



Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro

Nr. 12 – 22. März 2019

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Frohlocken bei Grünen und SPD
Wagenknechts Rückzug erhöht die Chancen für R2G **2**

Deutschland

Raffgierige Samariter
Geschäftsführer soll drei Millionen Euro Asylsucherhilfe veruntreut haben **3**

Hintergrund

Ernsthafte Gefahren aus dem Weltall für die Erde
Wie der Westen »Killer-Asteroiden« bekämpfen will **4**

Preußen / Berlin

Rot-rote Torschlusspanik
Die Wahlen im September verheißen nichts Gutes für Brandenburgs Linkskoalition **5**

Ausland

Europas Hauptstadt der Messerattacken
Mordhäufung in London **6**

Kultur

Episches Bildungsfernsehen
Erst »Die Manns«, jetzt »Brecht« von Breloer **9**

Geschichte

Blankoscheck für Polen
Die britisch-französische Garantieerklärung **11**



Schock und Anteilnahme nach der Bluttat: Einwohner von Christchurch vor der Moschee

Bild: Imago

Im Morast des Zynismus

Der Massenmord von Christchurch wird hemmungslos politisch missbraucht

Die wahren „Instrumentalisierer“ laufen zur Hochform auf. Es wird sichtbar, wie verroht und zynisch die Terrordebatte geführt wird.

Der Massenmord eines 28-jährigen Australiers an 50 muslimischen Gläubigen in einer Moschee im neuseeländischen Christchurch hat die Welt erschüttert. Der Täter hat ein „Manifest“ verbreitet, in dem ein wirres Potpourri an angeblichen Motiven für sein abscheuliches Verbrechen zusammengedröhrt ist.

Er bezeichnet sich als „Ethno-Nationalist“, „Sozialist“ oder „Ökofaschist“. Er gibt vor, für „Arbeiterrechte“ oder „Umweltschutz“ zu kämpfen und bekundet seinen Hass auf Moslems und Juden. Die allermeisten Medien verkürzten den Standort des Massenmörders hernach umgehend auf „rechtsextrem“ und sind seit-

dem bemüht, die Bluttat in ihren ideologischen Kampf einzubauen.

Kommentatoren, die sonst von verwirrten Einzeltätern sprechen, die mit nichts etwas zu tun hätten und deren Tat nicht politisch instrumentalisiert oder zum Pauschalverdacht missbraucht werden dürfe, begannen hemmungslos zu instrumentalisieren und Generalverdachte auszusprechen.

Ein Beispiel: Dass die AfD „erst“ zwei Stunden nach der Tat Stellung genommen habe, erklärt NTV zum „vielsagenden Schweigen“ mit „unmissverständlicher Botschaft“. Dass Kanzlerin Anegla Merkel auf das Massaker vom Berliner Breitscheidplatz im Dezember 2016 erst am folgenden Morgen reagiert

hat, führte zu keinen solchen Unterstellungen.

Kritische Kommentatoren weisen zudem darauf hin, dass erst vor wenigen Wochen auf den Philippinen 20 Christen in einer Kirche ermordet worden seien, was, ganz im Gegensatz zu Christchurch, bloß eine Randnotiz in deutschen Medien wert war.

Wenn nach einem Mord durch einen abgelehnten Asylbewerber oder illegal Eingereisten nach der Verantwortung dafür gefragt wird, dass die Täter noch im Lande waren, so soll dies eine unstatthafte „Instrumentalisierung“ der Tat darstellen. Wenn hingegen eine deutsche Partei oder gar alle „rechtsoffenen“ Personen („Spiegel online“) in die geistige Nähe von

Massenmördern gerückt werden, ist das angeblich keine solche „Instrumentalisierung“.

Dabei ist die Lawine an Übergriffen und Attentaten, welche (West-)Europa seit einigen Jahren heimsucht, von deutlich benennbaren politischen Versäumnissen und ideologisch motivierten Fehlentscheidungen gar nicht zu trennen. Viele Deutsche verstehen nicht, warum man dies nicht aussprechen darf, ohne als „Instrumentalisierer“ oder Schlimmeres verunglimpft zu werden.

Dass nun genau jene Verunglimpfer das Attentat von Christchurch so hemmungslos für ihre Zwecke missbrauchen, setzt dem Schwindel die Krone auf. Und es zeigt, wie verroht und verlogen die Debatte in Deutschland mittlerweile geführt wird. Die Trauer und die Wut versinken im Morast des Zynismus. *Hans Heckel*

Jüngste Attentate auf Christen waren nur Randnotiz

Männlich, muslimisch, Mittelschichtler

Erkenntnisse aus der EU-Asylsucherstatistik 2018

Laut dem Bericht der EU-Statistikbehörde Eurostat beantragten im Jahr 2018 rund 580.000 Asylsucher erstmals Schutz in der EU. Das sind elf Prozent weniger als im Jahr davor und weniger als die Hälfte des Spitzenwerts von 2015, als 1,25 Millionen erstmalige Asylsucher registriert wurden. Die EU-Grenzschutzagentur Frontex geht davon aus, dass ungefähr 150.000 Personen illegal in die EU eingereist sind, auf welche Weise wird nicht spezifiziert.

Nur 20 Prozent der Erstanträge wurden 2018 positiv beschieden. Der Anteil von Deutschland an der Asylsucherstatistik, der vor einigen Jahren noch bei mehr als 50 Prozent lag, ist 2018 auf 28 Prozent ge-

sunken. Damit ist der Anteil immer noch knapp doppelt so hoch wie der Bevölkerungsanteil Deutschlands an der EU-Bevölkerung, der bei etwa 15 Prozent liegt.

Fast die Hälfte aller Asylsucher in der EU ist zwischen 18 und 34 Jahre alt. Deutschland und Österreich weisen den mit Abstand jüngsten Altersdurchschnitt der Asylsucher auf. Fast 50 Prozent der Asylsucher aus nicht europäischen Ländern sind hier sogar jünger als 15 Jahre, ein Beweis dafür, dass dank der sehr üppigen Familiensozialleistungen vor allem kinderreiche Familien nach Deutschland und ins Alpenland strömen.

Eurostat hat auch bestätigt, dass die Asylyzuwanderung eine männ-

liche ist. Aus den islamischen Ländern, in denen ja vor allem Frauen Opfer von Unterdrückung sind, drängen in der genannten Altersgruppe jedoch seltsamerweise zu 80 Prozent Männer in die EU und geben vor, Opfer von Verfolgung zu sein. Erst bei den über 65-Jährigen überwiegen auch in der Asylstatistik die Frauen. Ebenso ist die Zuwanderung zu 80 Prozent eine muslimische, auch wenn darüber Eurostat keine Auskunft erteilt. Man kann sie jedoch anhand der Nationalitätenauflistung und der Religion der ersten sechs Herkunftsländer, die muslimische Staaten sind, erschließen.

Syrer, Afghanen und Iraker führen weiter die Nationalitätenhit-

te in der EU an, allerdings mit sehr starken länderspezifischen Differenzen. Vor allem die Syrer zieht es mit Macht nach Deutschland, während beispielsweise in einigen ehemaligen Ostblockländern die Asylsucher aus Russland an erster Stelle stehen. Nur in drei Ländern liegen afrikanische Länder, nämlich Eritrea und Angola, an erster Stelle der Bewerbernationalitäten. Dies sind Dänemark, Luxemburg und die Schweiz. In Spanien standen Venezuela und Kolumbien auf den ersten Plätzen der Länderstatistik, die über Spanien in die EU eingereisten Nordafrikaner und Schwarzafrikaner sind anscheinend in andere Länder weitergezogen.

Interessant sind auch die Veränderungen in der nationalen Zusammensetzung der Asylsucher. Den größten Anstieg, nämlich eine Verdoppelung, von allen Asylsuchern gab es bei denen aus Georgien, nicht etwa weil dort die Verfolgung zunahm, sondern weil von dort die Visumpflicht wegfiel und man plötzlich mit einem Flugzeugticket in der EU einen Asylantrag stellen kann, der immerhin zu einer kostenlosen, jahrelangen sozialen Komplettversorgung führt, auch wenn am Ende eine Abschiebung steht.

Am meisten zurückgegangen sind die Asylsucherzahlen aus Nigeria, Mali und Senegal. Hier haben sich die Zahlen ebenfalls

halbiert, vielleicht weil dort erstmals Fluchtursachenbekämpfungsprogramme Wirkung zeigen oder vielleicht auch nur, weil durch die ökonomischen Dauerkrisen in diesen Ländern sich immer weniger Menschen die teure Flucht durch die Sahara leisten können. Denn Asylbewerber aus Schwarzafrika und Asien kommen nicht aus den verelendeten Massen, wie das hierzulande linksgrüne „Flucht-Helfer“ suggerieren wollen, sondern aus den Ober- und Mittelschichten der Länder. Aus vielen anderen schwarzafrikanischen und nordafrikanischen Ländern stagniert der Asylsucherzugang, allerdings auf hohem Niveau.

Bodo Bost

JAN HEITMANN:

Wortbruch

Es ist gerade einmal ein Jahr her, da haben Union und SPD in ihren Koalitionsvertrag geschrieben: „Die deutschen Volksgruppen und Minderheiten sind Teil unserer kulturellen und historischen Identität, bereichern die kulturelle Vielfalt in ihren Ländern und stellen ein wichtiges Band der Verbindung zwischen Deutschland und seinen Partnerländern dar. Wir wollen sie weiter fördern und unterstützen.“

Schnee von gestern, möchte man denken. Denn die Bundesregierung will die für die Projektförderung der deutschen Minderheiten aus dem Haushalt des Auswärtigen Amtes zur Verfügung stehenden Mittel noch im laufenden Jahr um eine Million Euro kürzen. Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten, der Dachverband der deutschen Verbände in über 20 Staaten, sieht durch die geplante Kürzung „die Substanz der Minderheitenförderung gefährdet“.

Dass Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) ganz andere Prioritäten hat, machte er im November letzten Jahres bei einer internationalen Konferenz über „Ein Jahrhundert deutsche Polenpolitik“ deutlich: „Bis heute wird den Verbrechen gegenüber Polinnen und Polen in Deutschland viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. ... Wir haben uns zum Ziel gesetzt, das zu ändern und gemeinsam eine angemessene Erinnerungskultur zu schaffen.“ Daher wolle man ein Programm finanzieren, bei dem deutsche und polnische Schüler „gemeinsam die Schicksale von Opfern deutscher Kriegsverbrechen in Polen und von Opfern des Holocaust nachzeichnen“. Angesichts des hehren Zieles der Schuldkulturpflege bleibt für die Unterstützung der deutschen Minderheiten natürlich nicht mehr viel übrig. Was zählen da schon die Bekenntnisse von gestern.

MELDUNGEN

Preußens Erbe in Gefahr

Potsdam – Preußens Erbe in Berlin und Brandenburg ist bedroht. Die von der Stiftung Preussische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) verwalteten Einrichtungen und Anlagen haben mit Besucherschwund, Vandalismus und Vermüllung zu kämpfen. In den vergangenen zehn Jahren mussten die zum Weltkulturerbe zählenden Objekte einen Rückgang der Besucherzahlen um 20 Prozent auf gut 1,6 Millionen im vergangenen Jahr verkraften. Gleichzeitig sei „weniger Respekt“ etwa beim Müll zu beobachten, ein „geändertes Verhalten“ mache viele Nachpflanzungen notwendig, teilt die SPSG mit. „Das bildungsbürgerliche Publikum kann man nicht mehr voraussetzen“, beklagt SPSG-Direktor Christoph Martin Vogtherr. Die SPSG müsse „eine zeitgenössische Sprache der Vermittlung finden“. Dafür kündigte er neue Konzepte an. *J.H.*

Schädel zurück nach Australien

Stuttgart – Baden-Württemberg will zehn menschliche Schädel an Australien zurückgeben. Die Schädel wurden im 19. Jahrhundert für die Rassenforschung gekauft und gelangten in medizinische Sammlungen und Völkerkundemuseen. Sie stammen vermutlich aus den Gräbern australischer Ureinwohner. Zwei Schädel liegen im Stuttgarter Linden-Museum und acht befinden sich in der Universität Freiburg. Für die Übergabe wird im April eine australische Delegation nach Stuttgart reisen. Ihr sollen neben Vertretern der australischen Behörden Vertreter der Aborigines angehören. Bereits 2014 hatte die Universität Freiburg 14 Schädel an Namibia zurückgegeben. Der Anthropologe Alexander Ecker hatte in Freiburg eine Sammlung aus menschlichen Gebeinen zusammengestellt. Das Land will jetzt feststellen lassen, wo es weitere menschliche Überreste gibt, woher sie kommen und ob eine Rückgabe erfolgen sollte. *J.H.*

»Neudeutsche« in der AfD

Frankfurt am Main – Mehrere AfD-Politiker mit Wurzeln außerhalb der Bundesrepublik Deutschland haben den Verein „Die Neudeutschen“ gegründet, Ziel sei es, „patriotisch gesinnte Bürger mit Migrationshintergrund“ für die AfD zu werben, sagte einer der Initiatoren, der Thüringer Bundestagsabgeordnete Anton Friesen. Friesen wurde 1985 als Kind eines deutschstämmigen Vaters und einer russischen Mutter in Uspenka im Norden Kasachstans geboren und kam im Alter von neun Jahren mit seinen Eltern nach Deutschland. In einem „Neudeutschen Manifest“ setzen sich die Gründungsmitglieder „für die Bewahrung der abendländischen Zivilisation und der deutschen Sprache“, die „Vermittlung einer positiven Identifikation mit der deutschen Kultur und Geschichte im gesamten Bildungswesen“, die „Erziehung zum Patriotismus von Anfang an“, eine „umfassende Deislamisierung Deutschlands“ und ein „hartes Vorgehen gegen jeglichen Antisemitismus“ ein. Den Gründungsmitgliedern gehe es auch darum, gegen das Image der AfD als Partei der Ausländerfeinde anzugehen, so Friesen weiter. Da seien „Zerrbilder entstanden“. Nach Angaben Friesens hat der Verein über 20 Mitglieder. *J.H.*

Frohlocken bei Grünen und SPD

Sahra Wagenknechts Rückzug erhöht die Chancen für Rot-Rot-Grün

Der Linkspartei drohen wieder einmal enorme Turbulenzen. Sahra Wagenknechts Verzicht auf den Fraktionsvorsitz könnte den Abstieg einleiten, aber auch neue Perspektiven ermöglichen.

Die Ehefrau des früheren Parteivorsitzenden Oskar Lafontaine galt als erbitterte Gegnerin eines Regierungsbündnisses mit SPD und Grünen. „Zu den politischen Mythen hierzulande zählt, dass SPD, Grüne und Linke 2013 eine

schlechter ausgefallen – zum Beispiel so wie 2017 bei Martin Schulz, der Rot-Rot-Grün nie ausgeschlossen hatte“, schreibt das Blatt weiter. Vor einigen Wochen hat die SPD auch auf anderem Gebiete eine Kehrtwendung Richtung Linkspartei vollzogen: weg vom „Fördern und Fordern“, hin zur „Respekt-Rente“. Die Umfragerwerte für die Partei stecken nach wie vor im Keller.

Und nun droht sich die Linkspartei öffentlich zu zerlegen. Ihr

gesundheitliche Gründe, Stress und Überlastung an.

Dass ausgerechnet Lutze ihr öffentlich zur Seite sprang, ist beachtlich. Der Saarländer gilt in seinem heimischen Landesverband als erbitterter Gegenspieler von Lafontaine. Dessen Ehefrau hatte in den vergangenen Wochen krankheitsbedingt pausiert. In Berlin ist von einem Burn-Out-Syndrom die Rede. Anfang der vergangenen Woche meldete sie sich mit einem Paukenschlag zu-

Deutschland ausgelöst. Nun steht das linke Lager abermals vor einer Zäsur. Die „Bild“-Zeitung zitiert einen Eingeweihten mit den Worten, dass „die Stimmung in der Fraktion unerträglich“ sei. „Der Mobbing-Terror gegen Wagenknecht und Dagdelen geht auf keine Kuhhaut. In der Fraktion ziehen Bernd Riexinger, Katja Kipping, Caren Lay, Anke Domscheit-Berg, Sabine Leidig, Cornelia Möhring und Martina Renner permanent über sie her.“

Schlamm Schlacht zu beteiligen. Sie müsse mit Blick auf ihre Gesundheit „schauen was geht und was nicht geht“. Sie habe erkennen müssen, „dass meine Gesundheit mir Grenzen gesetzt hat“. Stress und Überlastung seien „der Auslöser, dass ich so nicht weitermachen kann“. Allerdings erklärte sie auch, dass die zurückliegenden Jahre an der Fraktionspitze „eine sehr anstrengende Zeit“ gewesen und „auch an die Substanz“ gegangen seien. Ihr Bundestagsmandat will sie behalten, offenbar auch um auszuloten, welche politische Optionen es noch für sie gibt.

Das frühere Linken-Alphatier Gregor Gysi, selbst nicht unbedingt ein Lafontaine-Freund, hat kürzlich im Interview mit dem „Stern“ Wagenknecht unter die zehn besten Redner der deutschen Geschichte gezählt. Für die Linke wäre es fatal, sollte sie sich ganz abwenden. Denn weder die Parteichefs Katja Kipping und Bernd Riexinger noch der Co-Fraktionsvorsitzende Dietmar Bartsch sind geschliffene Rhetoriker. Bodo Ramelow, der einzige Ministerpräsident der Linkspartei, steht in Thüringen vor einer problematischen Landtagswahl und wird sich bundespolitisch eher nicht einmischen.

Allerdings hat Wagenknechts Rückzug die Debatte um neue Regierungsoptionen entfacht. Sie wünsche sich sehr, „dass es unterschiedliche Optionen gibt, dieses Land zu regieren. Und da kann die Linkspartei einen Beitrag leisten“, erklärte die Grünen-Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt der „Freien Presse“. Der SPD-Linksaußen Ralf Stegner erklärte, nach Wagenknechts Rückzug werde „es jetzt vielleicht leichter, die Potenziale für eine progressive Regierungskoalition diesseits der Union auch zu realisieren“. In der SPD gilt es als sicher, dass Wagenknechts Ehemann Lafontaine die treibende Kraft hinter der Ablehnung eines rot-rot-grünen Bündnisses war. Dessen Zeit, so die Einschätzung von Stegner, sei nun endgültig vorbei. *Peter Entinger*



Am 12. März bei einer Presseerklärung aus Anlass ihrer Entscheidung, sich aus den Führungsgremien der Bewegung „Aufstehen“ zurückzuziehen und im Herbst nicht mehr für den Fraktionsvorsitz der Linken im Bundestag zu kandidieren: Sahra Wagenknecht

Bild: Imago

Mehrheit hatten, um eine Regierung zu bilden“, kommentierte die Wochenzeitung „Die Zeit“ Wagenknechts Rückzug. Diese Annahme habe allenfalls rechnerisch gestimmt, politisch sei es eine Fehleinschätzung. Nur weil der Kanzlerkandidat Peer Steinbrück damals eine Regierungsbildung mit der Linken abgelehnt habe, sei die SPD auf 25,7 Prozent gekommen. „Hätte er Rot-Rot-Grün für vorstellbar erklärt, wäre das Ergebnis der SPD wohl eher

Bundestagsabgeordneter Thomas Lutze hat der Parteispitze vorgeworfen, die Fraktionschefin schlecht behandelt zu haben. „Für eine linke Partei war der Umgang mit Sahra Wagenknecht ein unwürdiges Schauspiel“, sagte Lutze der Deutschen Presse-Agentur. Die Parteivorsitzenden hätten ihre Verantwortung nicht wahrgenommen. Wagenknecht hatte angekündigt, im Herbst nicht erneut für den Fraktionsvorsitz zu kandidieren. Die 49-Jährige gab dafür

rück. Erst kündigte sie an, sie werde sich aus der Spitze der Sammlungsbewegung „Aufstehen“ zurückziehen, dann erklärte sie ihren Verzicht auf den Fraktionsvorsitz. Dass sie ausgerechnet einen Jahrestag wählte, sei „ein blöder Zufall“ gewesen. Exakt 20 Jahre zuvor hatte Wagenknechts heutiger Ehemann, der damalige SPD-Politiker Oskar Lafontaine, seinen Rückzug von allen politischen Ämtern erklärt und damit die Spaltung des linken Lagers in

Nach dem Rückzug von Wagenknecht hatte auch die ihr politisch nahestehende stellvertretende Fraktionsvorsitzende Sevim Dagdelen ihren Rückzug aus dem Fraktionsvorstand angekündigt. Dagdelen gehört wie Wagenknecht zum linken Flügel der Partei und ist dort eine der Wortführerinnen. Sie war auch als mögliche Nachfolgerin gehandelt worden. Während ihrer Rückzugsankündigung hat es Wagenknecht vermieden, sich an einer

Großbritannien soll Diego Garcia abtreten

Der Internationale Gerichtshof in Den Haag hat das Atoll der Republik Mauritius zugesprochen

Der Internationale Gerichtshof in Den Haag hat befunden, das Vereinigte Königreich müsse Diego Garcia, das gemessen an der Landfläche größte Atoll des Chagos-Archipels, des letzten verbliebenen Teils des Britischen Territoriums im Indischen Ozean, an die Republik Mauritius abtreten. Damit ist ein jahrzehntelanger Streit juristisch beigelegt.

Seit 1814 steht die Inselgruppe unter britischer Hoheit. Nach dem Ende der napoleonischen Kriege musste Frankreich Diego Garcia zusammen mit der Insel Mauritius an Großbritannien abtreten. London setzte Mauritius als Verwaltungssitz für beide Atolle fest. So blieb es, bis im Jahr 1965 die Selbstständigkeit von Mauritius bevorstand. Damals verlegten die Briten die Verwaltung nach Diego Garcia. Kurz darauf wurden die Inseln an die USA verpachtet. Der aktuelle Vertrag läuft bis 2036.

Nun hat sich alles geändert. Diego Garcia, inmitten des Indischen Ozeans gelegen, hat zwischen Afrika, der Golfregion, Indien und dem südwestlichen Pazifik eine bestimmende geostrategische Bedeutung. Die USA deportierten die gesamte Bevölkerung und ver-

schleppten sie nach Mauritius und den Seychellen. Gleichzeitig wurde eine kolossale militärische Infrastruktur aufgebaut.

Großbritannien hatte zusätzlich die Gewässer um das Archipel zu seiner „exklusiven Meeresregion“ erklärt, in der das internationale Recht auf freie Seefahrt nicht gilt. Diese Zone umfasst – gegenüber den 27 Quadratkilometern der Inselgruppe – 500.000 Quadratkilometer. Zum Vergleich: Das Vereinigte Königreich hat weniger als

TWO, 21 Operations Group. Insgesamt handelt es sich um 13 Einheiten mit bald 5000 Soldaten. Die Engländer unterhalten dort als Hausherrn ebenfalls ein Kontingent, allerdings nicht mehr als symbolische 50 Mann.

Wie bei den rund 1000 US-Militärbasen – jedenfalls den wichtigsten – rund um den Globus üblich, stehen dort nicht nur GI in Sold und Brot, sondern ebenso eine Reihe von Vertretern der CIA, die Nachrichten sammeln oder Fol-

Kriege geführt haben, müsste nun Diego Garcia an Mauritius fallen, und die USA stünden vor der Herausforderung, in überschaubarer Frist Mannschaften und Material von den Inseln abzuziehen und nach einem Ersatz mit vergleichbaren strategischen Vorzügen Ausschau zu halten.

Daher kann es nicht verwundern, dass London umgehend nach dem Spruch von Den Haag ankündigte, das Urteil „sorgfältig zu prüfen“, was so viel heißt wie, sich nicht darum zu kümmern. Mit Konsequenzen hat London nicht zu rechnen, denn der Internationale Gerichtshof hat keine Möglichkeit, sein Urteil zu exekutieren, jedenfalls nicht gegenüber einem Prozessbeteiligten wie London im Verein mit Washington. So kommt nach dem Urteil immer noch die Frage nach der Stärke des betroffenen Staates, und reicht diese aus, bleibt alles, wie es ist. Das Schicksal der Inseln im Indischen Ozean ist also bis auf Weiteres absehbar: Sie bleiben Militärbasen, welches Urteil Den Haag auch immer fällen mag.

London lieferte auch gleich die Begründung dafür, dass man das Urteil weiter nicht beachten werde: Der Stützpunkt sei notwendig,

Ungeachtet des Urteils ist nicht zu erwarten, dass England auf die Inselgruppe verzichtet

halb so viel Fläche. Nutznießer dieser eigenwilligen Regelung sind in erster Linie die Vereinigten Staaten von Amerika.

Heute sind auf Diego Garcia die verschiedensten US-Einheiten stationiert. Das geht von der Pacific Air Force Detachment ONE, 36 Mission Support Group (MSG) über das U.S. Fleet and Industrial Supply Center (FISC), Diego Garcia Detachment bis zur Ground-based Electro Optical Deep Space Surveillance (GEODSS), Air Force Space Command Detachment

tergefängnisse betreiben. Zumindest für das frühere Vorhandensein einer solchen Einrichtung auf Diego Garcia gibt es glaubhafte Zeugenaussagen. Das Gefängnis wurde zu Beginn des Afghanistankrieges eingerichtet und im Einvernehmen mit Großbritannien von der CIA betrieben.

Vor diesem Hintergrund kommt das Urteil aus Den Haag natürlich äußerst ungelegen. Gemäß dem Ideal der Rechtsstaatlichkeit, um dessentwillen sowohl Großbritannien als auch die USA schon viele

um „die Menschen in Großbritannien und auf der ganzen Welt von terroristischen Bedrohungen, organisierter Kriminalität und Piraterie zu schützen“.

Ähnlich verhält es sich mit dem Schicksal der deportierten Einwohner. Diese sogenannten Chagosianer klagten im Jahre 2010 in Den Haag unter anderem, weil die versprochenen Entschädigungen für die Deportation der Bevölkerung nie geleistet worden waren. Schließlich verabschiedete die UN-Vollversammlung mehrheitlich eine Resolution, die den Internationalen Gerichtshof zu einem beratenden Urteil aufforderte, um zu klären, ob der Status quo von Diego Garcia und die anhaltende Verhinderung einer Wiederansiedlung rechtlich in Ordnung sind.

Ein Blick auf die Länder, die gegen diese Resolution stimmten, legt den Verdacht nahe, dass die Gegenstimmen eher auf politisch-strategische denn auf rechtliche Erwägungen zurückzuführen sind. Die Gegenstimmen kamen von den USA, Großbritannien, Australien, Neuseeland und Frankreich. Deutschland und die Mehrheit der übrigen EU-Länder enthielten sich der Stimme. *Florian Stumfall*

Raffgierige Samariter

Geschäftsführer Mohamed Abou Taam soll drei Millionen Euro Asylsucherhilfe veruntreut haben

Die Asylsucherbetreuung bietet vielfältige Möglichkeiten der Bereicherung. Einigen scheinen die legalen Möglichkeiten nicht auszureichen. So steht der Geschäftsführer des ASB in Hannover, Mohamed Abou Taam, unter dem dringenden Tatverdacht, sich selbst mit drei Millionen Euro illegal versorgt zu haben.

Als Folge der Merkelschen Asyl- und Zuwanderungspolitik hat sich innerhalb kürzester Zeit eine regelrechte Asylindustrie etabliert aus kirchlichen Gruppen, karitativen Vereinen, gemeinnützigen Unternehmen und anderen angeblich uneigennütigen Organisationen. Über das große Geschäft mit der Asylwelle darf nur hinter vorgehaltener Hand gesprochen werden, weil die Hauptprofiteure die sogenannten Hilfsorganisationen sind, die sich nach außen sozial geben, im Hintergrund aber skrupellos abkassieren. Seit 2015 wurden Milliarden von Steuergeldern an Hilfsorganisationen verschleudert, ohne dass diese nachprüfbar nachweisen müssen, wie viel sie wofür ausgegeben haben.

Der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), war nur einer der vielen Profiteure dieser Politik. Bei der SPD-nahen Hilfsorganisation müssen die öffentlichen Gelder nur so in die Kassen gesprudelt sein, denn sonst wäre ihr Geschäftsführer in Hannover, Mohamed Abou Taam, wohl kaum auf die Idee gekommen, mit einem Kompagnon fiktive Rechnungen in Millionenhöhe zu erstellen, um dieses Geld in die eigene Tasche fließen zu lassen. In Absprache mit dem Betreiber eines Sicherheitsdienstes für Bewachungsleistungen in Asylunterkünften hat er insgesamt mehr als drei Millionen Euro für Dienstleistungen abgerechnet, die nach Meinung der Staatsanwaltschaft Hannover niemals erbracht wurden. Neben Unterschlagung werden dem in Untersuchungshaft sitzenden 46-Jährigen auch Bestechlichkeit und Bestechung

vorgeworfen. Ersten Angaben zufolge bestreitet Abou Taam alle Tatvorwürfe.

Der Bundesgeschäftsführer des ASB, Ulrich Bauch, zeigte sich bei

sich der Geschäftsführer des ASB vom hohen Ross aus noch gewiegt, für Mitglieder, Abgeordnete und Mitarbeiter der AfD einen Erste-Hilfe-Kurs abzuhalten, wie

Asylhilfe kam erst 2015 wie ein Mannesegen hinzu.

In Niedersachsen wie in anderen SPD-regierten Bundesländern wurden die Hilfsorganisationen

Herbst 2015 laut der „Hildesheimer Allgemeinen“ zu den Ersten, die sich um die neu ankommenden Asylsucher gekümmert hatten. Er erklärte damals Minister-



Wenn man auf der Internetseite des ASB Hannover auf „Geschäftsführung. Wir über uns“ klickt: Verärgerung

Bild: Screenshot ASB

den Ermittlungen kooperativ und teilte kleinlaut mit: „Solange die Ermittlungen laufen, werden wir zu dem Verdacht keine Stellung beziehen.“ Zugleich kündigte er an, Abou Taam werde von seiner bisherigen Position abberufen und fristlos gekündigt. Im Oktober vergangenen Jahres hatte

dies vorgeschrieben ist. Nach seiner Satzung sollte der ASB „allen Menschen, unabhängig von ihrer politischen, ethnischen, nationalen und religiösen Zugehörigkeit“ helfen. Der Arbeiter-Samariter-Bund ist als Rettungsdienst, in der Pflege von Senioren und im Katastrophenschutz tätig. Die

zu Beginn der Asylkrise mit so viel Geld „zugeworfen“, das sie es gar nicht ausgeben konnten, wie ein NDR-Bericht vom Dezember 2016 nahegelegt. Der ASB-Bundesvorsitzende Knut Fleckenstein ist SPD-Mitglied und SPD-EU-Abgeordneter dazu. ASB-Mann Abou Taam gehörte im

präsident Stephan Weil, dass einige Asylsucher aus Afghanistan die 6000 Kilometer von ihrem Heimatland nach Hannover in Badelatschen zurückgelegt hätten. Niedersachsens Ministerpräsident zeigte sich damals beeindruckt und dankte ihm ausdrücklich. *Bodo Bost*

MELDUNGEN

Viele Schüler sind Ausländer

Berlin – Im Schuljahr 2018/2019 sind unter den rund elf Millionen Schülern der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen 1,2 Millionen, die nur eine ausländische und keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Das entspricht einem Anteil von 11,2 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einer Zunahme von drei Prozent. Eine allgemeinbildende Schule besuchen knapp 881 000 Ausländer, was eine Zunahme von 4,6 Prozent entspricht. An den beruflichen Schulen hingegen sank die Anzahl der ausländischen Schüler gegenüber dem Schuljahr 2017/2018 um 1,6 Prozent auf knapp 320 000. An den Schulen des Gesundheitswesens erhöhte sich die Anzahl der Ausländer wiederum um 11,1 Prozent auf 22 700. *J.H.*

Zahlen zu Abschiebungen

Berlin – Im vergangenen Jahr gab es nach Angaben der Bundesregierung gut 23 600 Abschiebungen aus Deutschland. Dabei wurden 21 000 Abschiebungen auf dem Luftweg vollzogen, knapp 2500 auf dem Landweg und 92 Abschiebungen auf dem Seeweg. Gut 1600 Abschiebungen scheiterten auf dem Luftweg aufgrund von Widerstandshandlungen der Betroffenen, 107 aufgrund medizinischer Gründe, 506 aufgrund von Weigerungen der Fluggesellschaft oder Flugzeugführer und 15 Abschiebungen aufgrund der Weigerung der Zielstaaten, Abzuschiebende aufzunehmen. Wie viele Abschiebungen bereits im Ansatz scheiterten, weil die Betroffenen am Tag der Abschiebung nicht in ihrer Unterkunft angetroffen wurden, kann die Bundesregierung nicht sagen. Zurückweisungen auf dem Luftweg und dem Landweg betrafen jeweils etwa 6000 Personen, auf dem Seeweg dagegen nur 20. *J.H.*

Krimineller Wildwuchs

Shisha-Bars gelten als Biotop von Straftätern – NRW will damit jetzt aufräumen

Hausdurchsuchungen in der Bundeshauptstadt Berlin, Messerstechereien in der Saar-Metropole Saarbrücken und Festnahmen im Ruhrgebiet – immer wieder geraten Shishabars in das Visier der Fahnder. Offenbar sind dort kriminelle Strukturen entstanden.

Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul (CDU) sagte, viele Bars seien ein Brennpunkt für „krumme Geschäfte“. Es sei höchste Zeit durchzugreifen. In Dortmund, Essen, Recklinghausen, Duisburg und Gelsenkirchen durchsuchten Beamte Shisha-Bars, Wettbüros, Cafés und Teestuben. In Essen wurde eine Person festgenommen. Es gehe um den Verdacht der Geldwäsche, Steuerhinterziehung und auch um Schwarzarbeit, sagte eine Ministeriumssprecherin.

Das Geschäft mit den Wasserpfeifen boomt. Zur jährlichen Shisha-Messe wie zuletzt in Berlin kamen nach Angaben der Morgenpost mehrere Tausend Besucher. Deutschlands Tabakbauern leben inzwischen fast ausschließlich von Shisha-Rauchern. 96 Prozent des Anbaus landen irgendwann in einer Wasserpfeife, jedes Jahr fast 5000 Tonnen.

Dennoch sind genau in den Shisha-Bars geschieht, darüber herrschte

lange Unklarheit. In der Hochburg Berlin weiß der Senat fast nichts über die Läden, die seit mehreren Jahren zahlreich eröffnet wurden. Er weiß nicht einmal, wie viele dieser Wasserpfeifen-Lokale es gibt. Offensichtlich ist nur, dass ziemlich selten kontrolliert wird. „Valide Angaben zur



Rauchen bis der Notarzt kommt: In einer Shisha-Bar in Lörrach kam es zu einer Kohlenmonoxidvergiftung von Gästen

Zahl der Kontrollen“ könnten nicht gemacht werden, teilte Innenstaatssekretär Torsten Akmann (SPD) kürzlich mit.

In Nordrhein-Westfalen ist man mit den Erkenntnissen schon einen Schritt weiter. In vielen Regionen haben sich die Anzahl der Shisha-Lokale seit 2009 vervierfacht, sagt Reul. Der Staat vermu-

det in vielen Etablissements immer wieder Familienclans, die sich anderer illegaler Machenschaften wie beispielsweise der Geldwäsche bedienen.

Die Art des Tabakrauchens wurde im 16. Jahrhundert in Indien erfunden und verbreitete sich vor allem in Persien. Das persische

nenminze. Die Meldungen über Probleme mit den Bars haben in der Vergangenheit zugenommen, was aber nicht nur an kriminellen Umtrieben liegt. In mehreren deutschen Städten wurden verbindliche Regeln gefordert, nachdem es mehrfach zu Kohlenmonoxidvergiftungen von Gästen gekommen war.

Berlins Gesundheitssenatorin Dilek Kolat (SPD) will Shisha-Bars stärker in die Pflicht nehmen. Demnach soll die Ausnahmeregelung für Wasserpfeifen wegfallen – das vor zehn Jahren beschlossene Nichtrauchererschutzgesetz gilt derzeit nicht für Shisha-Bars. Andere Bundesländer wollen nachziehen. Künftig sollen Shisha-Bars so behandelt werden wie Kneipen, Restaurants und Kantinen. Zigaretten, Zigarren und Pfeifen sind dort verboten.

Künftig sollen auch Shisha-Bars in Raucher- und Nichtraucherbereiche aufgeteilt werden – oder die Betreiber melden ihre Lokale explizit als Rauchergaststätte an. Dann dürften sie keine Speisen servieren. NRW-Innenminister Reul räumt ein, dass der Staat den Wildwuchs mit den Bars zu lange ignoriert habe. Es sei eine „in jeder Hinsicht gefährliche Subkultur entstanden“. *Peter Entinger*



Preussische Allgemeine Zeitung

Woche für Woche
Orientierung in der Medienflut
Klartext für Deutschland

Probeabo anfordern:
Tel 040-41 40 08 42
vertrieb@preussische-allgemeine.de
Fax 040-41 40 08 51

Zeitzeugen



Bild: Archiv

Russell „Rusty“ Schweickart – Im Mai 1969 nahm der US-Astronaut als Besatzungsmitglied an der Apollo-9-Mission teil, bei der das Mondlandemodul zum ersten Male im Weltraum getestet wurde. 39 Jahre später empfahl er der NASA, eine Arbeitsgruppe für Planetare Verteidigung zu gründen.

Victor Buso – Dem argentinischen Amateur-Astronomen gelang es am 20. September 2016 als erstem Menschen weltweit, einen sterbenden Stern genau im Augenblick seiner Explosion zu fotografieren. Die Wahrscheinlichkeit, dass jemand gerade dann das Teleskop auf die entsprechende Himmelsregion richtet, wenn solch ein Ereignis stattfindet, liegt bei rund eins zu einer Million. Glücklicherweise stellte die so entdeckte Supernova SN 2016gkg in der 86 Millionen Lichtjahre entfernten Spiralgalaxie NGC 613 keine Gefahr für die Erde dar.



Bild: Archiv

Richard A. Kowalski – Am 6. Oktober 2008 entdeckte der US-Forscher mithilfe des 1,5-Meter-Teleskops des Mount-Lemmon-Observatoriums bei Tucson (Arizona) den Asteroiden 2008 TC₃, der 20 Stunden später, so wie von Kowalski vorhergesagt, in der Nubischen Wüste einschlug. So etwas war noch keinem Astronomen vor ihm gelungen. Am 1. Januar 2014 wiederholte Kowalski dieses wissenschaftliche Bravourstück: Nimm er kündigte den Einschlag von 2014 AA im Mittelatlantik an.

Marc Worch – Gemeinsam mit Gerald Braun vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR) leitet der Oberstleutnant im Generalstab das Weltraumlagezentrum der Bundeswehr. Dessen Aufgabe besteht unter anderem darin, nach potenziell gefährlichen Himmelskörpern zu suchen und Prognosen über den Eintritt kosmischer Objekte in die Erdatmosphäre sowie daraus resultierende Schäden zu erstellen.

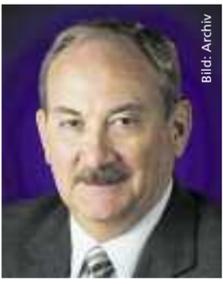


Bild: Archiv

Lindley Johnson – Als erster Planetary Defense Officer der USA steht der ehemalige Oberstleutnant und Pilot der US Air Force an der Spitze des Planetary Defense Coordination Office der NASA. Er wäre somit dafür verantwortlich, die Abwehrmaßnahmen zu organisieren, wenn sich ein großer Asteroid auf Kollisionskurs mit der Erde befindet.

Gefahren aus dem Weltall

Die Bevölkerung wird möglicherweise bewusst im Unklaren gelassen

Der Erde drohen ernsthafte Gefahren aus dem Weltall. Deshalb bemühen sich die westlichen Industrienationen derzeit um den Aufbau einer planetaren Verteidigung.

In der Vergangenheit gingen immer wieder größere Himmelskörper auf die Erde nieder. So zum Beispiel 1490 in China, als beim Ch'ing-yang-„Ereignis“ über 10 000 Menschen starben. Oder 1908. Damals verwüstete ein unbekanntes kosmisches Objekt rund 2000 Quadratkilometer der sibirischen Taiga und fällte 60 Millionen Bäume an der Steinigen Tunguska. Ebenso resultierte das Aussterben der Dinosaurier vor 66 Millionen Jahren höchstwahrscheinlich aus dem Einschlag eines sogenannten Erdbahnkreuzers von rund zehn Kilometern Durchmesser, bei dem so viel Energie frei wurde wie bei der Explosion von 200 Millionen Hiroshima-Atombomben.

Deshalb gibt es inzwischen diverse Suchprogramme wie NEO-WISE, LINEAR (Lincoln Near Earth Asteroid Research, Lincoln-

Institut zur Erforschung erdnaher Asteroiden) und KaBOOM, um potenziell gefährliche Objekte im Kosmos ausfindig zu machen. In deren Rahmen wurden bisher über 2000 Asteroiden von mehr als 140 Metern Durchmesser lokalisiert, die unseren Planeten irgendwann treffen könnten. Allerdings gehen Experten der US-Weltraumbehörde NASA davon aus, dass noch drei Viertel aller möglichen „Global Killer“ unentdeckt im All lauern.

Zwei Asteroiden von glücklicherweise kleinerem Umfang sind in den letzten Jahren auf der Erdoberfläche eingeschlagen: 2008 TC₃ ging am 7. Oktober 2008 bei Almahata Sitta im Nordsudan nieder und 2014 AA stürzte am 2. Januar 2014 in den Atlantik – beide wurden nur wenige Stunden vor ihrem Auftreffen erstmals gesichtet. In anderen Fällen kam es lediglich zu Beinahe-Kollisionen mit der Erde, jedoch entdeckte man einige der

kosmischen Geschosse erst nach ihrem Vorbeiflug. Besonders dicht heran kamen dabei die Asteroiden 2011 MD, der am 27. Juni 2011 in 12 000 Kilometern Entfernung vorbeiraste, und 2004 FU162, der sich am 31. März 2004 bis auf 6400 Kilometer näherte – das war lediglich ein Sechzigstel der Entfernung von der Erde zum Mond.

Angesichts der also durchaus realen Bedrohungslage richtete die NASA Anfang 2016 eine Koordinierungsstelle für planetare Verteidigung und Katastrophenhilfe

nach folgensweren kosmischen Einschlägen ein, das Planetary Defense Coordination Office (PDCO) in Washington. Eine vergleichbare Institution existiert auch am Europäischen Weltraumforschungsinstitut (ESRIN, European Space Research Institute) mit Sitz in Frascati bei Rom. Dazu kommt das Weltraumlagezentrum (WRLageZ) der Bundesluftwaffe in Uedem am Niederrhein.

Etat-Verdreifachung des Planetary Defense Coordination Office

Nicht nur Einschläge sind gefährlich

Das Leben auf der Erde wird nicht nur durch Himmelskörper gefährdet, deren Einschlag vernichtende Folgen haben könnte. Vielmehr vermögen auch weit entfernte Supernovae den Tod zu bringen. Hierbei handelt es sich um Explosionen von Sternen am Ende ihrer Lebenszeit, bei denen eine extrem starke Gammastrahlung frei wird. Derartige kosmische Ereignisse kommen mehrere Tausend Mal pro Jahr vor, was aber nicht weiter dramatisch ist, wenn sie in hinreichend großem Abstand von unserem Sonnensystem stattfinden.

Anders sieht die Situation hingegen bei einer kürzeren Distanz aus. Läge diese bei 300 Lichtjahren, würde es problematisch, und unter 100 Lichtjahren kritisch. Dann nämlich bestünde die Gefahr einer kompletten Zerstörung der Ozonschicht mit all den damit verbundenen fatalen Konsequenzen für Mensch, Tier und Vegetation. Möglicherweise geht das große Artensterben am Ende des Ordoviziums vor rund 440 Millionen Jahren auf genau so ein Ereignis zurück.

Gefährdung durch Gammastrahlung

Potenziell besonders gefährlich sind Sterne vom Typ „Dunkler Weißer Zwerg“, die wegen ihrer Unauffälligkeit nicht sonderlich im Fokus der Astronomen stehen. Zu den erdnächsten Kandidaten dieser Art zählt IK Pegasi (HR 8210), ein rund 150 Lichtjahre entfernter Doppelstern im Pegasus. Glücklicherweise bewegt er sich mit 20 Kilometern pro Sekunde von der Erde fort.

Supernovae sind allerdings nicht die einzige mögliche Quelle tödlicher Gammastrahlung aus dem All. Diese entsteht auch beim Zusammenstoß zweier Neutronensterne oder dem Kollaps extrem schwerer Sterne. Hier entweicht die Strahlung stark gebündelt entlang zweier enger Kegel. Daher kann sie auch über viele Tausend Lichtjahre Distanz noch immensen Schaden stiften. Der wichtigste mögliche Verursacher eines solchen Gammastrahlen-Infernos ist der veränderliche Doppelstern Eta Carinae in 7500 Lichtjahren Entfernung im Sternbild Schiffskiel. Der gilt als gigantisches kosmisches Pulverfass mit brennender Lunte. W.K.



Wenn keine Zivilisation einen Einschlag verhindert: Der Barringer-Krater im Coconino County, Arizona, USA

Bild: action press

Zerstören oder Ablenken?

Verschiedene Methoden zur Bekämpfung von »Killer-Asteroiden«

Wissenschaftler haben inzwischen verschiedene Abwehrszenarien für den Fall erarbeitet, dass ein riesiger sogenannter Killer-Asteroid auf die Erde zurast. Dazu gehört auch eine Zerstörung des Asteroiden durch Kernwaffen wie im Science-Fiction-Film „Armageddon“. Allerdings könnten dann Bruchstücke des Himmelskörpers auf die Erde niederregnen und immensen Schaden anrichten.

Eine bessere Methode wäre daher die Zündung von Nuklearsprengköpfen in der Nähe des Asteroiden mit dem Ziel, diesen nicht zu zerstören, sondern von seinem Kurs auf die Erde abzubringen. Dieses Ziel wird auch mit der Laserablation, auch Laserverdampfen genannt, verfolgt. Mit dem so bewirkten Ablagen von Oberflächenmaterial soll ebenfalls die Flugrichtung des Objekts verändert werden.

Die NASA hatte zudem die Idee, „Gefährder“ mit einem Umfang von bis zu 500 Metern per Sonnensegel vom Kurs abzubringen. Eine weitere Alternative ist die Schwerkraftmethode. Wenn ein 20-Tonnen-Satellit längere Zeit in 150 Metern Abstand neben einem mittelgroßen

Ausreichend Vorwarnzeit ist nicht immer gegeben

Asteroiden mit Kurs Erde herfliegt, dann hätte dies eine für die Verhinderung eines Einschlags ausreichende Bahnänderung zur Folge.

Die ESA arbeitete ab 2005 an dem Projekt Don Quijote. Das sah einen massiven Einschlagsonde, einen sogenannten Impaktor, namens „Hidalgo“ vor, der wie die

Lanze des Ritters aus dem Roman von Miguel de Cervantes auf den Himmelskörper auftrifft, um ihn abzulenken, was bei Objekten von bis zu einem Kilometer Durchmesser Erfolg verspräche. Nachdem die ESA Ende 2016 wegen Budgetkürzungen aus dem Projekt ausgestiegen ist, will die NASA den ersten entsprechenden Praxistest im Oktober 2022 durchführen. Dann soll die Sonde DART (Double Asteroid Redirection Test) mit sechs Kilometern pro Sekunde auf den 170 Meter messenden Asteroiden (65803) Didymos B treffen, während ihre Schwestersonde AIM (Asteroid Impact Mission) die daraus resultierende Bahnabweichung ermittelt.

Voraussetzung für das Gelingen all dieser Verfahren in der Praxis ist eine hinreichend lange Vorwarnzeit, die jedoch nicht immer gegeben ist. W.K.

Preussische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATTChefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinsler-Schut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – ISSN 0947-9579.

Die Preussische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbe-

stellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Rot-rote Torschlusspanik

Die Wahlen im September verheißen nichts Gutes für Brandenburgs Linkskoalition



Plötzliche Arbeitswut: Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD, r.) mit seinem Vize Christian Görke (Linkspartei) in Potsdam

Bild: Imago

Noch Anfang des Jahres war in Brandenburg die Stimmung zwischen SPD und Linkspartei derart schlecht, dass sogar ein Platzen der rot-roten Koalition und vorzeitige Neuwahlen möglich schienen. Nun hat eine überraschende Entwicklung eingesetzt.

Ausgerechnet auf zwei besonders heiklen Feldern haben SPD und Linkspartei eine Einigung gefunden. Besonders frappierend ist die Entwicklung beim Thema Verfassungsschutz. Erst vor wenigen Wochen hatte SPD-Innenminister Karl-Heinz Schröter eine schwere Krise innerhalb der Koalition ausgelöst. Ohne Rücksprache mit der Linkspartei kündigte Schröter an, er wolle Brandenburgs Verfassungsschutz 27 zusätzliche Mitarbeiter geben. Ohne Erfolg beim Koalitionspartner hatte Schröter zuvor schon mehrmals eine Personalaufstockung beim Landesgeheimdienst gefordert.

Inzwischen hat der Streit eine erstaunliche Wendung genommen. Brandenburgs Verfassungsschutz erhält nicht nur 27 Mitarbeiter mehr, der Personalbestand soll sogar um 37 Stellen steigen. Obendrein erhält das Land auch noch ein neues Verfassungsschutzgesetz. Wegen Vorbehalten der Linkspartei war allgemein erwartet worden, dass sich erst der nächste Landtag nach den Wahlen im September mit einem neuen Gesetz beschäftigen würde.

Geeinigt hat sich Rot-Rot auch beim neuen Polizeigesetz, das unter den Genossen ebenfalls lange Zeit als politisches Minenfeld galt. Schröter konnte zwar Forderungen wie elektronische Fußfesseln für terroristische Gefährder oder Online-Durchsuchungen nicht durchsetzen, allerdings trägt die Linkspartei einige andere bemerkenswerte Verschärfungen mit. Sogenannte Gefährder können in Brandenburg mit dem neuen Gesetz beispielsweise künftig bis zu vier Wochen in Vorbeugehaft genommen werden.

Die rot-rote Koalition hat sich für die letzten Monate der Legislaturperiode noch mehr vorgenommen. Brandenburg will die Mittel des Bundes aus dem „Gute-Kita-Gesetz“ nicht nur zur Finanzierung längerer Betreuungszeiten nutzen. Ab September sollen im Land zudem die Kita-Beiträge für Eltern mit geringem Einkommen abgeschafft werden. Noch vor der Landtagswahl will die Koalition auch die umstrittenen Straßenausbaubeiträge abschaffen.

Dass sich die Landesregierung ausgerechnet in der Schlussphase der Legislaturperiode noch so ein hohes Arbeitspensum vornimmt, liegt nicht zuletzt an der verpatzten Kreisgebietsreform. Für Rot-Rot war der Reformver-

such das wichtigste politische Projekt überhaupt. Bei den Beteiligten hat es dementsprechend viel Energie gefordert. Nach massivem Widerstand der märkischen Kommunen stoppte SPD-Ministerpräsident Dietmar Woidke das Vorhaben allerdings im November 2017. Vor diesem Hintergrund kann die momentane Arbeitswut von Rot-Rot auch als Versuch gesehen werden, den Wählern bei den Landtagswahlen im September überhaupt etwas präsentieren zu können.

Dazu kommt noch eine weitere Entwicklung. Jüngste Umfragen der Meinungsforscher deuten darauf hin, dass die Bildung einer neuen Regierung nach den Landtagswahlen im Herbst sehr viel schwieriger werden dürfte als in der Vergangenheit. Speziell die seit 1990 in Brandenburg durchgehend dominierenden Sozialdemokraten müssen zur Kenntnis nehmen, dass sie nur noch gleichauf mit Union und AfD rangieren.

Aus Sicht der Linkspartei ist es zudem wichtig, gerade beim Thema innere Sicherheit als regierungsfähig zu gelten. Das gilt nicht nur im Hinblick auf eine Neuauflage von Rot-Rot: Bereits im vergangenen Jahr signalisierte CDU-Landeschef Ingo Senftleben, er

würde eine Koalition mit der Linkspartei nicht generell ausschließen wollen.

In Brandenburg, aber auch bundesweit, könnten durch die anhaltende Schwäche der alten Volksparteien SPD und Union künftig Dreierkoalitionen zum neuen Normalfall werden. Damit wird es immer schwieriger, eigene politische Vorstellungen noch unverwässert umzusetzen. Speziell bei der Haushaltsplanung für die Jahre 2019 und 2020 wirft die Opposition der rot-roten Regierungskoalition vor, sie würde dem nächsten, noch nicht einmal gewählten Landtag Vorgaben machen, ihn quasi vor vollendete Tatsachen stellen. Ein Rechtsgutachten des parlamentarischen Beratungsdienstes stufte den Plan für einen wahlperiodenübergreifenden Doppelhaushalt als „rechtlich nicht geboten, aber zulässig“ ein.

Wie die Nutzung von momentan noch vorhandenen Mehrheitsverhältnissen im Landtag wirkt auch das Gleichstellungsgesetz für Wahlen, das im Januar mit den Stimmen von SPD, Linkspartei und Grünen beschlossen wurde. Parteien werden mit dem Gesetz gezwungen, ab 2020 ihre Wahllisten für den Landtag paritätisch mit Frauen und Männern zu besetzen. Mehrere Parteien haben aus verschiedenen Gründen bereits Klagen gegen das bundesweit erste „Parité-Gesetz“ vor dem Landesverfassungsgericht angekündigt.

Norman Hanert

Nach jahrelanger Lähmung will man etwas bieten

Eklat im »House of One«

Unternehmen Dussmann verlässt interreligiöses Projekt in Berlin

Catherine von Fürstenberg-Dussmann, Chefin des Medienunternehmens Dussmann, hat ihren Rückzug aus der Stiftung für das interreligiöse Projekt „House of One“ in Berlin bekanntgegeben. Damit endet auch ihr finanzielles Engagement für das Projekt. Grund ist der muslimische Vertreter in der Stiftung, dem von anderen Muslimen vorgeworfen wird, der Bewegung von Fethullah Gülen nahestehen.

Andere muslimische Verbände und Moscheevereine lehnen aus diesem Grund eine Beteiligung an dem Vorhaben ebenfalls ab. Kadir Sanci, Imam und Mitglied des Präsidiums im „House of One“, kontert: „Der Dialog scheitert nicht an fehlendem Bemühen unsererseits.“ Die weiteren Beteiligten am „House of One“ sind die Evangelische Gemeinde St. Petri/St. Marien und das Abraham-Geiger-Kolleg – ein Rabbinerseminar. Auf dem Petri-Platz in Berlin-Mitte, auf dem seit 1230 die

Petri-Kirche stand, die im Zweiten Weltkrieg schwer beschädigt und auf Veranlassung der SED 1964 abgetragen wurde, soll das Projekt realisiert werden.

Statt eines Wiederaufbaus des Gotteshauses soll hier ein „interreligiöses Bet- und Lehrhaus“ ent-

»Neue Konflikte statt Dialog zwischen den Religionen«

stehen. Es soll Christen, Moslems und Juden gleichermaßen dienen. Dussmann erklärte in einer Pressemitteilung, sie könne die polarisierende Präsenz des muslimischen Trägervereins nicht mehr akzeptieren: „Ich kann kein Projekt unterstützen, das anstelle Verständigung und Dialog zwischen und innerhalb der Religionen zu fördern, neue Konflikte erzeugt.“

Inwieweit der Rückzug Dussmanns die Finanzierung infrage stellt, ist noch ungewiss. Zwar hat der Berliner Senat der Stiftung das Grundstück für einen einzigen Euro für 99 Jahre in Erbpacht zukommen lassen, aber der Bau selbst soll 43,5 Millionen Euro kosten. Der Bund hat einen Zuschuss von zehn Millionen Euro zugesagt, wenn der Senat den gleichen Betrag aufbringt. Der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) wird nach einem Senatsbeschluss den Vorsitz des Stiftungskuratoriums übernehmen.

Die fehlenden 23,5 Millionen Euro sollen durch Spenden zusammengebracht werden. Bisher sind aber nur 8,5 Millionen Euro gesammelt worden. Catherine von Fürstenberg-Dussmann will durch ihren Vorstoß eine neue Debatte um die Ausrichtung des „House of One“ anstoßen. Sie ist, wie sie sagt, nach wie vor von der Richtigkeit des Projekts überzeugt.

Frank Bückler

Terroristin: Auftritt gestoppt

Verurteilte Palästinenserin darf nicht in Berlin reden

Praktisch erst in letzter Sekunde hat der Berliner Senat den Auftritt der mittlerweile 72-jährigen Terroristin Ramea Odeh in den Räumlichkeiten der alevitisch-muslimischen Der-sim-Gemeinde in Berlin-Neukölln untersagt. Sie wollte dort bei einer Veranstaltung des israelfeindlichen Kampagnennetzwerkes „Boycott, Divestment and Sanctions“ (BDS) sprechen.

Odeh hatte im Auftrag der palästinensischen Terrorgruppe PFLP im Februar 1969 auf einem Jerusalemer Supermarkt ein Bombenattentat verübt, bei dem zwei Menschen starben und neun verletzt wurden. Sie war zunächst zu lebenslanger Haft verurteilt worden, aber schließlich mit anderen Terroristen gegen einen gefangen gehaltenen israelischen Soldaten ausgetauscht worden.

Der geplante Auftritt wurde vielfach kritisiert. Lala Süsskind, Vorsitzende des Jüdischen Forums: „Es ist unerträglich,

dass hier in Berlin eine palästinensische Terroristin für ihren mörderischen Kampf gegen Israel und die Juden als Freiheitskämpferin verklärt und gefeiert werden soll ... Veranstaltungen wie diese zeigen einmal mehr, wie BDS und Konsorten offen

Auf Odehs Konto geht ein tödlicher Bombenanschlag

mit antisemitischen Terroristen sympathisieren.“

Innensenator Andreas Geisel (SPD) erklärte: „Wir sehen es mit Sorge, wenn in unserer Stadt das hohe Gut der Meinungs- und Versammlungsfreiheit missbraucht wird, um antiisraelische und antisemitische Propaganda zu verbreiten.“ Zunächst hieß es, dass es keine Handhabe gebe, die Veranstaltung zu untersagen. Dann fand

sich aber doch noch ein Ausweg. Begründet wurde das Auftrittsverbot mit befürchteter Hetze gegen Israel. Ihr wurde eine politische Betätigung untersagt. Grundlage hierfür ist Paragraf 47 des Aufenthaltsgesetzes. Danach kann die politische Betätigung eines Ausländers in Deutschland beschränkt oder untersagt werden, wenn er die politische Willensbildung, das friedliche Zusammenleben von Deutschen und Ausländern oder die öffentliche Sicherheit und Ordnung der Bundesrepublik beeinträchtigt oder gefährdet. Odehs Schengen-Visum wurde zudem aufgehoben. Sie muss Deutschland verlassen.

Auch der US-Botschafter in Berlin, Richard Grenell, hatte gegen Odehs geplanten Auftritt protestiert. In den USA fungiert sie als Vize-Direktorin des „Arab Women's Network“ und ist eines der Gesichter des „Women's March“ am 21. Januar 2017 gegen US-Präsident Donald Trump. F.B.

Was bleibt?

Von VERA LENGSELD

Am 18. März wäre die Grande Dame der DDR-Schriftsteller, Christa Wolf, 90 Jahre alt geworden. Anlässlich dieses Jubiläums brachte der Suhrkamp-Verlag den Text „Was bleibt“ neu heraus, den Wolf schon 1976 geschrieben, aber erst nach dem Ende der DDR veröffentlicht hatte.

Der Text war Anlass einer großen, kontroversen Debatte, weil er die Überwachung der Schriftstellerin durch die Staatssicherheit, der sie nach ihrem Protest gegen die Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann ausgesetzt war, thematisiert. Kurz darauf wurde bekannt, dass Wolf selbst in jüngeren Jahren Inoffizielle Mitarbeiterin der Staatssicherheit war. Diskutanten aus dem Westen warfen Wolf vor, sich einem diktatorischen Regime angedient zu haben, aus dem Osten wurde ihr übelgenommen, nicht von selbst mit ihrer Stasi-Mitarbeit an die Öffentlichkeit gegangen zu sein. Wolf schien die Sache vergessen zu haben, bis sie schmerzhaft daran erinnert wurde.

Ich war damals erschrocken über die Häme und die Unerbittlichkeit, mit der die Debatte geführt wurde, besonders von Menschen, die den SED-Staat nicht selbst erdulden mussten. Bei manchen Beiträgen schien die Lust eine große Rolle zu spielen, eine Ikone der DDR-Literatur vom Sockel zu stoßen. Christa Wolf gehörte zu den ganz wenigen in Westdeutschland bekannten und viel gelesenen Schriftstellerinnen der DDR, obwohl sie nicht zu den Dissidenten gehörte, die wegen ihrer oppositionellen Haltung eine gewisse Aufmerksamkeit erlangten. Bei Wolf war es ihr Können, mit dem sie überzeugte. Für meine Generation waren die „Kindheitsmuster“, in denen sie über ihre schlesische Kindheit berichtete, ein Augenöffner. Über die Vertriebenen wurde in der DDR nicht geredet. Für meine westdeutsche Freundin war Wolfs Griechenland-Roman dabei, als sie das Land bereiste.

Ich kannte Christa Wolf persönlich. Als ich 1983 wegen meiner Aktivitäten in der kirchlichen Friedensbewegung als Lektorin Berufsverbot bekam, hörte Wolf davon. Sie rief mich an und lud mich zu sich ein. Nach unserem Gespräch schrieb sie an mehrere Politbüro-Mitglieder, wohl auch an Parteichef Erich Honecker, und bat, mein Berufsverbot rückgängig zu machen.

Sie hatte keinen Erfolg, aber als ich dann als Imkerin meinen Lebensunterhalt verdiente, kam sie regelmäßig, um ihren Bedarf an Honig bei mir zu kaufen. Für diese Unterstützung für eine ganz Unbekannte bin ich noch heute dankbar. Eines Tages stand sie auf dem Balkon meiner Wohnung, schaute auf den Malienpark und sagte: „Hier möchte ich wohnen.“ Es dauerte kein halbes Jahr, und ich konnte die Bücherregale hinter ihren erleuchteten Fenstern sehen. Seitdem standen häufig zwei Stasi-Autos auf dem Platz; vor ihrer und vor meiner Tür. Diese Erinnerung bleibt.

MELDUNGEN

Europas Hauptstadt der Messerattacken

In London hat sich die Deliktzahl in zwei Jahren verdoppelt – Polizei fordert mehr Personal

Dramatische Verluste für SPÖ

Wien – Einen historischen Wahlsieg für die Österreichische Volkspartei (ÖVP) brachte die Gemeinderatswahl in Salzburg. Mit 36,7 Prozent war die ÖVP erstmals stimmenstärkste Partei in Salzburg-Stadt und hat die Zahl ihrer Mandate auf 16 Sitze verdoppelt. Große Verluste hingegen mussten die Sozialdemokraten (SPÖ) und die Freiheitlichen (FPÖ) hinnehmen. So kam die SPÖ nur noch auf 27 Prozent, das ist ihr schlechtestes Ergebnis seit 1945. Ebenso verlor die FPÖ und erhielt nur 8,4 Prozent der Stimmen. Die Grünen legten leicht zu und erreichten 15,2 Prozent. Die Wahlbeteiligung war mit 63,1 Prozent so niedrig wie nie zuvor. M.L.

Danzig hat erste Bürgermeisterin

Danzig – Aleksandra Dulkiewicz ist in der Nachfolge des ermordeten Pawel Adamowicz zur ersten Stadtpräsidentin beziehungsweise Bürgermeisterin von Danzig gewählt worden. Bereits den ersten Wahlgang konnte die 39-jährige Juristin als Kandidatin der von ihrem Amtsvorgänger gegründeten Lokalpartei „Alles für Danzig“ mit über 82 Prozent klar für sich entscheiden, wobei sie auch von der Bürgerplattform, der Bauernpartei, der Modernen und der neuen Partei „Frühling“ unterstützt wurde. Bereits ihre Eltern waren bei der Stadt Danzig tätig, und Dulkiewicz selbst stieg direkt nach ihrem Studium, das sie kurzzeitig nach Salzburg geführt hatte, als Assistentin von Adamowicz in die Stadtpolitik ein. Nach Zwischenstationen bei den Konservativen und der Bürgerplattform trat sie im Vorjahr während der letzten Bürgermeisterkampagne ihrer jetzigen Partei bei, als sie deren Wahlkampf führte. Ab Anfang 2017 wirkte sie als stellvertretende Bürgermeisterin. T.W.W.

Die britische Öffentlichkeit wird seit Monaten nicht nur durch das Brexit-Chaos in Atem gehalten, sondern auch durch immer neue Schlagzeilen über Messermorde. Im vergangenen Jahr wurden allein in England und Wales 285 Menschen erstochen, so viele wie noch nie seit Ende des Zweiten Weltkrieges.

Zuletzt hat es an einem Wochenende gleich vier tote Messeropfer in London gegeben. Besonders erregte die Gemüter, dass zwei der vier Opfer, ein 17-jähriges Mädchen und ein gleichaltriger Junge, Schüler einer teuren Privatschule waren. Während die Opfer immer mehr aus den gutbürgerlichen Kreisen kommen, sind Täter vor allem Habenichtse aus den Problemvierteln, egal ob schwarz oder weiß. Oft sind es junge Leute ohne Job und Perspektive, die nichts mit ihrer Freizeit anzufangen wissen und sich nichts von der Zukunft erhoffen. Unrechtsbewusstsein ist bei diesen Menschen kaum vorhanden – genauso wenig wie die Hemmschwelle, ihr Messer im Alltag bei Streitigkeiten einzusetzen. Es gehört mittlerweile sogar zum Alltag, dass Messer auch mit in die Schule gebracht werden.

Dem Innenministerium zufolge hat sich die Zahl minderjähriger Straftäter, die ihre Opfer mit Messern bedrohten, binnen zwei Jahren um 53 Prozent erhöht. Das nationale Gesundheitssystem verzeichnete binnen fünf Jahren eine Verdoppelung der Zahl der Kinder und Jugendlichen unter 16 Jahren, die wegen Stichwunden behandelt werden mussten. 2017 hielten messerstechende Moslems beim britischen Parlament und in einer belebten Einkaufsstraße die Stadt und die gesamte Weltgemeinschaft stundenlang in Atem.

Die Horrorszenarien von messerstechenden Jugendlichen, die im Osten Londons miteinander kämpfen, haben zwar meistens keinen politischen oder religiösen Hintergrund, aber sie sind nicht



Auch diesmal ein Messer: Londoner Polizist mit einer sichergestellten Tatwaffe

Bild: action press

weniger brutal und angsteinflößend. Mehr und mehr Teenager tragen Messer bei sich, in den allermeisten Fällen aus Furcht, selbst angegriffen zu werden. Binnen eines Jahres stellten Londons Polizisten 2600 Messer bei Durchsuchungen von Jugendlichen auf der Straße sicher.

Nach harscher Kritik von Opposition und Polizei hat die britische Premierministerin Theresa May die Bekämpfung der Epidemie von Gewaltverbrechen mit Messern zur Chefsache erklärt. Offenbar hat sie ein besonderes Schuldbewusstsein, denn nachdem May 2010 Innenministerin der konservativ-liberalen Koalition

geworden war, stand den Polizeibehörden von England und Wales real ein Fünftel weniger Mittel zur Verfügung, mehr als 20 000 Stellen wurden seitdem eingespart. Mittlerweile hat die konservative Minderheitsregierung das Steuer herumgerissen und den Verbrechensbekämpfern bis zu 970 Millionen Pfund (1,1 Milliarden Euro) mehr Geld zur Verfügung gestellt. In der Kabinettsitzung verlangte der jetzige Innenminister Sajid Javid zwar noch mehr Mittel von Finanzminister Philip Hammond, das lehnte dieser jedoch ab.

Der Zusammenhang zwischen der Zahl der Polizeibeamten und

der Gewaltverbrechen sei keineswegs eindeutig, beteuerte May in einem Fernsehinterview. Die Londoner Stadt-Polizisten, die sogenannten Bobbies, könnten einen Messerangriff auch kaum unterbinden, sie sind immer noch unbewaffnet.

Eine andere Ursache des Anstiegs der Messerkriminalität könnte ein anderes Erbe aus Mays Amtszeit sein: 2014 hatte May die Polizeibehörden angewiesen, weniger häufig schwarze Jugendliche auf der Straße anzuhalten und zu kontrollieren. Diese Praxis, eigentlich ein wichtiges Instrument der Prävention, war plötzlich als Symbol einer Stigmatisierung durch

die Mehrheitsgesellschaft gesehen worden. Die Zahlen sprechen dafür, dass unter Opfern wie Tätern Menschen mit dunkler Hautfarbe überproportional stark vertreten sind. Soziologen machen dafür die vergleichbar höhere Armut und geringere soziale Aufstiegschancen verantwortlich. Die sozialen Unterschiede sind nicht nur in England in den letzten Jahren gewachsen und dürften mit dem Brexit nicht unbedingt geringer werden. Die Teenager-Messermorde sind ein Beweis für eine kaputte Gesellschaft, geprägt von zerfallenen Familien, Alkohol, radikalem Islam, Drogen, Gewalt und Ignoranz. Bodo Bost



Bestellen Sie ganz einfach per Email
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name/Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.preussische-allgemeine.de.

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

BIC: _____

Datum, Unterschrift: _____

Kritisch, konstruktiv, Klartext für Deutschland.

Die PAZ ist eine einzigartige Stimme in der deutschen Medienlandschaft.

Lesen auch Sie die PAZ im Abonnement.



Gleich unter
040-41 40 08 42
oder per Fax
040-41 40 08 51
anfordern!

Prämie: 40 Euro

Erfüllen Sie sich einen Wunsch...

Die Geldprämie wird nach Zahlung des Jahresbeitrages auf Ihr Konto überwiesen.

Preussische Allgemeine Zeitung.
Die Wochenzeitung für Deutschland.

Verstrahltes Land

Die 5G-Mobilfunktechnologie wird als Heilsbringer gepriesen – Gesundheitsrisiken werden ausgeblendet

Am Ausbau des 5G-Funknetzes verdient die Bundesregierung kräftig mit. Den Preis zahlen die Bürger durch mögliche Gesundheitsschäden.

Am 19. März fand in Mainz die erste Lizenzversteigerung der Bundesnetzagentur für das 5G-Mobilfunknetz statt. Versteigert wurden Frequenzen in den Bereichen 2 Gigahertz (GHz) und 3,4 GHz bis 3,7 GHz. 5G steht für die fünfte Generation der Telekommunikation. Der schnellere Mobilfunkstandard ist zugeschnitten auf die Bedürfnisse der Industrie. Die noch bestehenden Funklöcher wird er nicht schließen können. Auffällig war, dass die Politik es vorgezogen hat, sich an der seit Monaten schwelenden gesellschaftlichen Debatte über mögliche Risiken für die menschliche Gesundheit und die Umwelt durch 5G nicht zu beteiligen.

Auch den sogenannten Leitmedien war dieser Aspekt offenbar zu heiß. Am 12. Januar wurde die überfällige öffentliche Diskussion über mögliche gesundheitliche Risiken durch 5G im „Berliner Tagesspiegel“ angestoßen. Symptomatisch für den Umgang der Politik mit dem Thema ist die Aussage des Kabinettschefs des EU-Gesundheitskommissars Vytenis Andriukaitis, der erklärte, „die Anwendung des Vorsorgeprinzips“ auf die Mobilfunktechnologie sei „eine zu drastische Maßnahme“.

Dabei war die Versteigerung erst der Anfang. Der kommende Mobilfunkstandard soll auch Mikrowellen im Millimeterbereich nutzen. Für den Hochfrequenzbereich von 26 GHz wird bereits ein Antragsverfahren erarbeitet. Später sollen Frequenzen bis zu 60 GHz hinzukommen.

Hochfrequenzwellen im Millimeterbereich haben eine geringere Reichweite, daher müssten neue Antennen für jeweils sieben bis acht Häuser in der Nähe jedes Turms installiert werden. Prognosen belaufen sich auf bis zu 750 000 Standorte. In der Folge würde sich die jetzt schon erheb-

liche Hintergrundstrahlung vor allem für Personen in dicht besiedelten Stadtgebieten nochmals stark erhöhen.

Im Internet kursieren Petitionen, in denen ein Moratorium beim Ausbau von 5G gefordert wird. Die Unterzeichner verweisen auf Studien mit beunruhigenden Ergebnissen. 5G-Strahlung im Millimeterbereich koppelt sich über die Haut in den Organismus ein und verursacht nachweislich Zellstress. Das sei der Boden für

schungsbedarf bestehe, besonders für den Bereich ab 26 Gigahertz.

Der Aufbau von 5G würde jedoch stattfinden, die Grenzwerte würden eingehalten. Doch die Grenzwerte beziehen sich nur auf die Wärmewirkung von Hochfrequenzstrahlen, nicht aber auf deren nichtthermischen Effekte in lebenden Zellen, erläutert Franz Adlkofer, der von 2000 bis 2004 ein EU-Forschungsprojekt leitete, das sich mit der biologischen Wirkung elektromagnetischer Fel-

Nicht zuletzt im Hinblick auf Kinder und kleine Lebewesen wie Insekten müssten industrieunabhängige Forschungen zunächst den Nachweis erbringen, dass durch die Implementierung von 5G keine irreversiblen negativen Konsequenzen für lebende Organismen entstehen. Eine Antwort ist ausgeblieben.

Für die Bundesregierung war die Versteigerung erneut ein Milliardengeschäft, für die Mobilfunkindustrie soll es das erst noch

Willen von Politik und Industrie soll Deutschland mit an der Spitze stehen im globalen Konkurrenzkampf bei den Schlüsseltechnologien.

Die 5G-Befürworter wollen die Vernetzung der Verkehrsangebote vor allem in Großstädten durchsetzen. Dazu gehören das autonome Fahren mit autonomem Navigieren, autonome S-Bahnen und Busse und auch die Erfassung aller Verkehrsteilnehmer zur Lenkung der Bewegungsströme.



Neue Dachkrone mit viel Strahlendpotenzial: Für den Mikrowellenempfang von 5G muss in Städten bald ungefähr alle 100 Meter ein Mobilfunkmast errichtet werden

Bild: Imago

Entstehung und Verstärkung aller Krankheiten von Herz-Kreislaufstörungen bis zu Krebs, warnt etwa der renommierte Schweizer Mobilfunkexperte Niels Kuster.

Auch Mediziner des „Ärztvereins digitaler Medien Stuttgart“ fordern in einem offenen Brief an Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer einen Ausbaustopp. Auf Nachfrage der PAZ räumte ein Mitarbeiter des Ministeriums ein, dass noch For-

der befasste. Außerdem seien die Grenzwerte im Sinne der Industrie zu hoch angesetzt. Adlkofer und der Biologe Ulrich von Weizsäcker unterzeichneten mit mehr als 400 Wissenschaftlern und Ärzten einen Appell für ein Moratorium beim Ausbau von 5G an die UN, die Weltgesundheitsorganisation und führende Politiker in aller Welt. Sie sind besorgt wegen der „dramatischen, sich überstürzenden Entwicklung“.

werden. Mit einem voluminösen PR-Aufgebot werben die Anbieter bei ihren Privatkunden für Anwendungen wie sekundenschnelles Streaming von Videos.

Relevant sind die enorm kurzen Reaktionszeiten von 5G jedoch nur für die Industrie. Den Autobauern soll es eine Datenübertragung in Echtzeit ermöglichen. Benötigt werden daher eigentlich nur eigene 5G-Netze für große Firmen. Dennoch, nach dem

Millionen Geräte sollen durch Smart Home und hunderttausende autonome Autos über WLAN und 5G vernetzt werden.

Ausgeblendet wird, dass der Energieverbrauch durch den Ausbau der Mobilfunkinfrastruktur explodieren wird. Immer mehr Menschen stellen sich allerdings die Frage, welchen Preis sie am Ende für Smart City werden zahlen müssen. Er könnte sehr hoch sein. *D. Jestrzemska*

Etwas ist faul am Belt

Wirtschaftlichkeit der Fehmarnbeltquerung wird infrage gestellt

Die Überschrift eines am 6. März im „Flensburger Tageblatt“ erschienenen Artikels, der dem regionalen Dauerthema Feste Fehmarnbeltquerung (FFBQ) gewidmet ist, lautete: „Ist etwas faul in Dänemark?“ An dem geplanten Tunnel unter der Meerenge zwischen der dänischen Insel Lolland und der schleswig-holsteinischen Insel Fehmarn sind insbesondere Dänemark und Schweden interessiert, hätte man damit doch nichts weniger als den Festlandanschluss Skandinaviens erreicht.

Dänemark ist zuständig für Bau, Planung und Finanzierung des mautpflichtigen Absenktunnels unter der 19 Kilometer breiten Meerenge der Ostsee. Bei Baubeginn im kommenden Jahr könnte die Inbetriebnahme 2028 erfolgen. Bislang erfolgt der Personen-, Bahn- und Autotransport über den Fehmarnbelt durch Fähren.

Das größte Bauprojekt in der Geschichte Dänemarks ist auf umgerechnet 8,3 Milliarden Euro veranschlagt. Die Kosten sollen binnen 39 Jahren durch die Mautgebühren für die Nutzung des Tunnels refinanziert sein. Deutschland übernimmt lediglich den Ausbau der Straßen und der Eisenbahntrasse zwischen Puttgarden/Fehmarn und Lübeck.

Nach derzeitigem Stand belaufen sich die Kosten auf vier Milliarden Euro.

In Dänemark kritisiert die Presse seit Jahren, dass der Vorhabenträger Femern A/S Transparenz vermissen lasse. Hatte das Gericht der Europäischen Union gerade erst das dänische Finanzierungsmodell des Belttunnels infrage gestellt, so sorgten Ende Februar Berichte in dänischen Zeitungen für Überraschung, in denen von einer vorzeitig beendeten Prüfung der

Aktennotiz zu den Risiken des Projektes wurde geschwärzt

Verkehrs- und Finanzanalysen zur FFBQ durch den Haushaltsausschuss der dänischen Regierung im Juni 2018 die Rede ist.

Die Untersuchung begann im November 2017 und wurde sieben Monate später aufgrund einer Anordnung der obersten Reichsrevisorin Lone Strøm abgebrochen. Jetzt erklärte Strøm, das Verfahren sei mit Rücksicht auf das gleichzeitig in Deutschland laufende Genehmigungsverfahren ausgesetzt worden. Auf Nachfrage der Zeitung „Jyllands Posten“, ob

eine Einmischung der Regierung oder des Bauträgers Femern A/S stattgefunden habe, antwortete Strøm, dass man mit verschiedenen involvierten Stellen im Gespräch sei.

Zwei skeptische Haushälter verlangen Aufklärung. Der Grund: Ende Februar 2018 hatte Femern A/S dem Haushaltsausschuss eine zwölfseitige Aktennotiz zu Risiken einer Wirtschaftlichkeitsprüfung für das FFBQ-Projekt vorgelegt. Das Dokument stammte aus der Feder der deutschen Rechtsanwältin von Femern A/S. Eine Akteneinsicht zeigt ein größtenteils geschwärztes Dokument.

Aktuell hat die Deutsche Bahn angekündigt, dass es bereits ab Dezember keinen Haltepunkt der Eurocity-Züge von Hamburg nach Kopenhagen in Schleswig-Holstein mehr geben werde. Der schleswig-holsteinische Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag, Konstantin von Notz, zeigt sich entsetzt. Die Entscheidung sei schlicht eine Katastrophe. Damit werde eintreten, wovon Kritiker seit Jahren warnen, die befürchten, dass Schleswig-Holstein durch die FFBQ zu einem reinen Transitland degradiert wird. *D.J.*

Das Boeing-Desaster

US-Flugzeughersteller nach zwei Abstürzen in Folge unter Druck

Seit mehr als 50 Jahren stellt der US-Flugzeugbauer Boeing die 737 her. Besonders für Mittelstrecken ist die Maschine besonders beliebt, Millionen von Deutschen fliegen mit ihr in Urlaub. In der vergangenen Woche meldeten mehrere Fluggesellschaften, zu deren Flotte die neue Boeing 737 Max 8 gehört, dass sie ihre Jets am Boden lassen. Offiziell war stets von einer Vorsichtsmaßnahme die Rede. Es ist aber nicht das erste Mal, dass Boeing Probleme mit einem neuen Modell hat.

Innerhalb von wenigen Monaten sind zwei Maschinen des gleichen Typs abgestürzt. Am 10. März war eine fast fabrikneue Maschine der Fluglinie Ethiopian Airlines nur wenige Minuten nach dem Start nahe der Hauptstadt Äthiopiens, Addis Abeba, verunglückt. Ende Oktober war eine Lion-Air-Maschine in Indonesien abgestürzt, ebenfalls kurz nach dem Start. Bereits damals wurden Probleme mit dem Autopiloten als mögliche Ursache ausgemacht. Insgesamt kamen dabei 346 Menschen ums Leben.

Die Sperre des deutschen Luftverkehrs für das Boeing-Modell gilt vorläufig für drei Monate. Bis einschließlich 12. Juni dürfe kein Flugzeug des Typs Boeing 737

Max 8 und Max 9 über der Bundesrepublik fliegen, erklärte die Deutsche Flugsicherung.

Die Auswirkungen sind erst einmal gering. Der weltgrößte Reisekonzern TUI legt infolge des Flugverbots in Großbritannien seine 15 Flugzeuge vom Typ Boeing 737 Max 8 vorübergehend still. Der Konzern will den Ausfall dieser Boeing-8-Flotte auch durch das Fremdchartern von Flugzeugen kompensieren. „Für Deutschland ist das Thema ja bisher nicht

Ist die neue Software beim Modell 737 Max ein Sicherheitsrisiko?

relevant, weil wir hier noch keine Maschinen dieses Typs haben. In anderen Ländern gibt es jedoch schon Maschinen. Dort wurden jedoch heute schon alle Flüge über Ersatzkapazitäten bereitgestellt und Flugzeuge dazu geleast“, sagte TUIfly-Sprecher Aage Dünhaupt gegenüber dem Reiseportal „Travelbook“.

Für den US-Konzern Boeing, bisher der weltweit größte Hersteller von Militär- und Personenflugzeugen, ist die Angelegenheit eine Katastrophe. Alle Flugzeuge

MELDUNGEN

Manager sollen haften

Berlin – Die AfD-Bundestagsfraktion hat einen Gesetzentwurf eingebracht, der die „persönliche Vorstandshaftung mit Managergehältern bei pflichtwidrigem Fehlverhalten“ vorsieht. Manager sollen nicht nur bei „Unredlichkeit“ oder „grober“ Pflichtverletzung haften müssen, sondern „in allen Fällen der pflichtwidrigen Schadensverursachung“. Außerdem sollen klagende Aktionäre im Erfolgsfall prozentual an den Einnahmen beteiligt werden, die der Gesellschaft durch Zahlungen der beklagten Vorstände oder Aufsichtsratsmitglieder zufließen. *J.H.*

Weniger Arbeitslose

Wiesbaden – Im Januar 2019 waren nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) 44,7 Millionen Personen mit Wohnort in Deutschland erwerbstätig. Gegenüber dem Vorjahresvergleichsmonat nahm die Zahl der Erwerbstätigen um 1,1 Prozent zu, was 483 000 Personen und damit der Vorjahresveränderungsrate in den beiden letzten Monaten des Jahres 2018 entspricht. Erwerbslos waren im Januar 2019 rund 1,5 Millionen Personen, 71 000 weniger als ein Jahr zuvor. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.928.181.186.312 €

Vorwoche: 1.928.238.745.050 €

Verschuldung pro Kopf:
23.261 €

Vorwoche: 23.261 €

(Dienstag, 19. März 2019,
Zahlen: www.steuertzahler.de)

Der US-Flugzeughersteller Boeing selbst gab bisher keine Stellungnahme zu der möglichen Ursache ab. Das Unternehmen twitterte, es sei „zutiefst traurig, vom Tod der Passagiere und der Besatzung zu erfahren“. *Peter Entinger*

Stuhl vor die Tür

Von Bodo Bost

Die CDU-Bundestagsabgeordnete Karin Strenz bekam Geld über Scheinfirmen aus Aserbaidschan und verschleierte dies. Deshalb muss sie nun 20 000 Euro Bußgeld zahlen. Mit der nun beschlossenen Strafzahlung in Höhe von zwei Gehältern eines Abgeordneten blieb das Bundestagspräsidium allerdings deutlich unter der möglichen Höchststrafe von sechs Abgeordnetengehältern.

Im Bundestag darf Strenz weiter sitzen. Dabei hat es seit den Zeiten von Rainer Barzel, als die DDR-Staatsicherheit 1972 zwei CDU-Bundestagsabgeordnete kaufte, um das von Barzel initiierte Misstrauensvotum gegen SPD-Kanzler Willy Brandt scheitern zu lassen und ihn an der Macht zu halten, solch einen offensichtlichen Korruptionsfall im Bundestag nicht mehr gegeben.

Es ist seit Langem bekannt, dass Aserbaidschans herrschende Elite fast drei Milliarden Euro an Staatsfondsgeldern aus den sprießenden Öleinnahmen benutzt, um die Kritik an dem düsteren Menschenrechtsrekord des Landes mit verdeckten Zahlungen an führende europäische Politiker zu unterbinden. Strenz hat Aserbaidschan mehrmals besucht, auch als Wahlbeobachterin, und sie ist Vorsitzende der deutsch-süd-kaukasischen Freundschaftsgruppe im Bundestag. Sie hatte ein Foto auf ihrer Website veröffentlicht – Slogan: „Politik kann anders sein“ – mit dem autoritären Führer Aserbaidschans, Ilham Aliyev.

Strenz hat für eine Beratungsfirma des ehemaligen Bundestagsabgeordneten Eduard Lintner (CSU) gearbeitet, die offen Lobby-Arbeit für Aserbaids-

chan machte und von Baku finanziert wurde. Diese Tätigkeit, ihre Verbindungen zum Aliyev-Regime und die dabei erzielten Einkünfte hat sie der Bundestagsverwaltung zu spät beziehungsweise nur verschleiert gemeldet. Bis heute hat sie nicht erklärt, ob die Zahlungen aus Aserbaidschan ihre Stimmrechtsakte in Berlin und im Europarat beeinflusst haben, wo sie seit 2009 Mitglied der parlamentarischen Versammlung ist. Im Juni 2015 stimmte sie als einzige Deutsche dort gegen eine Resolution, die Aserbaidschan aufforderte, seine politischen Gefangenen, zu denen eine Reihe kritischer Journalisten gehörte, freizulassen. Sie hat auch als einzige Wahlbeobachterin ein positives Urteil über die letzten Parlamentswahlen in Aserbaidschan abgegeben, im Gegensatz zu allen anderen Beobachtern, die Kritik am Ablauf der Wahl äußerten.

Strenz meint nun, mit der Strafzahlung sei es getan. Der Vorwurf der Bestechlichkeit und Wählertäuschung steht aber weiter im Raum. Und Korruption ist keine Kleinigkeit. Sie „rührt an die Grundfesten der Demokratie“, meint der SPD-Bundestagsabgeordnete Frank Schwabe. Deshalb fordert seine Partei Strenz zum Mandatsverzicht auf.

Die Sozialdemokraten können sich sogar die Aufhebung der Immunität und ein Strafverfahren vorstellen. Für die Union dürfte es schwer sein, das Fehlverhalten ihrer Parteifreundin einfach zu ignorieren. Die SPD hat sie bereits aufgefordert, Strenz „den Stuhl vor die Tür zu setzen“. Für Strenz, der ein guter Draht zu Angela Merkel nachgesagt wird, könnte es jetzt eng werden.

Der letzte Schrei von Politik und Medien heißt „Inklusion“. Das lateinische Wort für Einschluss verheißt körperlich und geistig Behinderten Teilhabe überall. Minister, Abgeordnete, Gemeinden und Einrichtungen aller Art wallen vor Einschlusseifer. Insbesondere sollen Demente wählen dürfen.

Wer den Bundestag daraufhin anschaut, gewinnt den Eindruck, dass die Mode wenig Neues bringt. Ein Teil der Besatzung arbeitet schon seit Jahren an der „Inklusion“ von zwei Dritteln der Menschheit. Wer „Asyl“ sagt, ist willkommen. Einschluss „anders Begabter“ hat hier offenbar Tradition.

Erwartungsgemäß gehen Grüne dabei voran. Ihrem Urgestein Joschka Fischer gelang keine Berufsausbildung. Dennoch brachte

er es zu Vizekanzler und Außenminister. Man sieht, selbst in der Regierung wird niemand „diskriminiert“. Auch wer sonst nichts kann, gehört dazu.

Nach wie vor steht Leuten, die von Vorbildung fast unbelastet sind, bei der Joschka-Partei eine Laufbahn offen. Wenige Semester eines abgebrochenen Studiums, und schon reißen sich staatstragende Medien um ein Interview mit ihnen oder überhäufen sie mit Einladungen zu „Talkshows“, weiland Gesprächsrunden.

Ob alle Wähler wirklich wissen, was sie tun, und bei wem sie ihr Kreuzchen machen? Welch ein hohes Maß an Diskriminierung liege allein in dieser Frage, könnten rüh-

rige Einschließer einwenden. Also Schwamm drüber.

In Bayern ist man schon einen Schritt weiter. Dort werden auch Leute eingeschlossen, die für Aus-

schluss sind, lateinisch „Exclusion“. In Schulen des Freistaats sind gesonderte Aborte für geschlechtlich „diverse“ Schüler vorgesehen. Ewiggestrige könnten argwöhnen, hier wisse die linke Hand nicht, was die rechte tut. Auch unter Seelenärzten gibt es noch verstockte, die von Bewusstseinsspaltung reden.

Die Kinder, die in einem unzeitgemäßen Sinn gesund und begabt sind, sollen sich jedenfalls bereichern fühlen. Man ermöglicht ihnen ihren Unterricht mit „anders

Befähigten“ zu teilen. Dazu kommen „Traumatisierte“ aus der lückenhaft beschulten Sahelzone, die erst die Landessprache lernen. Werfen solche Kameraden mal mit einem Stuhl nach Mitschülern oder Lehrern, wie zu hören ist, erfahren brave Pisa-Zöglinge viel über praktische „Inklusion“, wenn auch weniger über Rechnen und Schreiben.

So häufen sich die Stillblüten. Eine Sprachforscherin riet dem Ersten Fernsehen unlängst zum Preis von 120 000 Euro den Wahlspruch: „Wir sind Ihr“. Dessen Sinn leuchtet herkömmlich Begabten nicht auf Anhieb ein. Doch eine Deutung liegt nunmehr nahe. Womöglich ist die Verfasserin durch „Inklusion“ zu ihrem Auftrag gekommen. Vielleicht meinte sie: Wir sind irr. Auch das sollte man nicht ausschließen.

Wir sind irr

Von Volker Wittmann

Der letzte Schrei von Politik und Medien heißt »Inklusion«



Auch in Schulen Bayerns sind sie vorgesehen: Aborte für „Diverse“

Bild: Imago

Gerade in diesen Tagen, in überschaubarem Abstand zur EU-Wahl, wird dem Bürger eindringlich versichert, dass die Brüsseler Gemeinschaft ein Hort des Friedens sei. Was man gerne hört, glaubt man leicht, und so wird das Thema „Krieg und Friede“ in Bezug auf die EU auf deren Habenseite abgebucht. Bedenken anderer Art treten da zurück. Allerdings lohnt es sich, auf die Friedlichkeit der EU einen zweiten Blick zu werfen.

Dabei stellt sich heraus, dass Deutschland, um beim nächstliegenden Beispiel zu bleiben, mit seinem Militär in 16 Ländern der Welt vertreten ist, und kaum wo wurde die Bundeswehr eingeladen. Mit friedlichem Verhalten hat das wenig zu tun. Andererseits muss man sagen, dass keiner dieser Einsätze auf Entschluss und Initiative der Regierung in Berlin erfolgt, sondern ausschließlich wegen der Bündnisverpflichtungen gegenüber der NATO und eben auch der EU, welche die Freiheit des Handelns der deutschen Regierung stark einschränken. Demnach könnte die deutsche Regierung nur dann eine wahre Friedenspolitik machen, wenn sie nicht Mitglied internationaler Bündnisse wäre.

Was aber die „Friedensdividende“ der EU angeht, sieht diese so aus, dass nun das militärische Aggressionspotenzial der europäischen Länder nicht etwa unterdrückt, sondern nach außen gelenkt wird. Leid und Tod werden exportiert und nicht mehr wie in vergangenen Jahrhunderten in Europa ausgelebt.

Allerdings bleibt dieser Umstand nicht immer ohne Reaktion der Betroffenen. Dieser Tage ist vom Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster das Urteil in einer Berufungssache ergangen, bei der es um die Klage eines Somaliers gegen die Bundesregierung ging. Der Vater des Klä-

Gegenwind



Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der PAZ. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

gers wurde im Jahr 2012 bei einem US-Drohnenangriff getötet. Beschuldigt ist nicht explizit die U.S. Air Force, weil auch die CIA nach eigenem Recht Drohnen einsetzt. Es geht überhaupt nicht um die Rolle der USA, sondern um diejenige der deutschen Stellen. Die Argumentation: Ohne die Beteiligung der US-Militärbasis in Ramstein wäre der Drohnenangriff nicht möglich gewesen, genauso wenig wie ungezählte andere.

Mit dem Fall aus Somalia stand in Münster noch ein weiterer zur Entscheidung an. Hier waren es drei Kläger aus dem Jemen, die, ebenfalls persönlich betroffen, Deutschland eine Mitschuld an dem anhaltenden Drohnenkrieg der USA in ihrem Land anlasten. Daher die Klage gegen die Bundesregierung, hier stellvertretend das Bundesministerium der Verteidigung. Die Kläger forderten, die Bundesregierung solle den USA die Nutzung der US-Basis Ramstein als Schaltstelle für Drohnenkriege untersagen.

Hier aber wird die Sache brisant. Blättert man die einschlägigen Pressekonferenzen des Verteidigungsministeriums in der vergangenen Zeit nach, so stellt sich heraus, dass das Ministerium jede Kenntnis eines Zusammenhangs zwischen Ramstein und dem US-Drohnenkrieg leugnet. Damit stellt sich die Ministerin Ursula von

Von wegen »europäisches Friedensprojekt«

Von FLORIAN STUMFALL

der Leyen samt ihrem ganzen Stab ein blamables Zeugnis der Kenntnislosigkeit und des Versagens aus. Selbstverständlich weiß man auch auf der Hardthöhe, was in Ramstein so getrieben wird, warum also gibt man sich lieber der Lächerlichkeit preis, als zur Sache Stellung zu nehmen?

Die Antwort ist so einfach wie schwerwiegend. Die Ministerin und mit ihr die ganze Bundesregierung müssten eingestehen, dass sie über Ramstein, das auf deutschem Boden liegt, keinerlei Entscheidungsbefugnis haben. Die Vorstellung, Berlin könnte, wie die Kläger fordern, den US-Amerikanern irgendetwas untersagen, ist absurd. Unabhängig von der anhaltenden Diskussion über die deutsche Souveränität: Angenommen, es gibt sie, so endet sie doch spätestens an von GI bewachten Schlagbäumen, und das gilt nicht nur für Ramstein. Dieses Dilemma ist es, das von der Leyen scheut, und mehr noch die Kanzlerin.

Weil es aber so ist, durfte man vom OVG in Münster nichts anders als ein politisches Urteil erwarten. Die Kammer lehnte die Klage ab. Zur Begründung führte der Vorsitzende des 4. Senats in der mündlichen Urteilsbegründung aus: „Die Klage ist bereits unzulässig. Der Senat hat nicht die Überzeugung gewinnen können, dass der Vater des Klägers tatsächlich bei dem angeführten Vorfalle am 24.2.2012 durch eine bewaffnete amerikanische Drohne getötet worden sei.“ Und insgesamt: „Zivile Opfer sind neben voneinan-

der abweichenden Angaben zu Opfern von al-Shabaab nicht erwähnt gewesen. Davon hat erstmals der Kläger gesprochen.“

Er wäre auch den Richtern eines Verwaltungsgerichts nicht zuzumuten gewesen, mit einem unbefangenen Spruch ein Präjudiz zur Frage nach der Souveränität Deutschlands zu schaffen. Legten sie der Regierung auf, bei den USA zu intervenieren und sich dabei lächerlich zu machen, dann könnte das nur mit Berufung auf die Souveränität erfolgen. Sprechen sie die Regierung von jeder Verantwortung bezüglich der Vorgänge in Ramstein frei, so geschieht das implizit mit der Begründung, dass Berlin in der US-Basis kein Recht ausüben kann.

Das gilt natürlich nicht nur für Ramstein. Dieser Ort kommt nur deshalb stellvertretend immer wieder in den Fokus, weil er mittlerweile einschlägig bekannt geworden ist. Doch noch mehr Bedeutung dürfte das United States Africa Command (AFRICOM) mit Sitz in Stuttgart haben. Dies ist eines von zehn Unified Combatant Commands (UCC) der US-Streitkräfte, welche die weltweiten militärischen Einsätze der USA koordinieren und lenken. Afrika, mit Ausnahme Ägyptens, wird also von Stuttgart aus betreut. Was in Ramstein im technischen Bereich geschieht, das wird in

Stuttgart strategisch vorbereitet. Dort ist man auch nicht dünnhäutig in Sachen Luftkrieg.

Als einzige militärische Instanz gibt das AFRICOM unumwunden zu, dass es in zwei Gebieten Somalias, genannt Shabeellaha Hoose und Shabeellaha Dhexe, einen Luftkrieg nicht nur mit Drohnen, sondern auch mit Kampffjets führt. Es fehlt auch nie an Erklärungen. Man kämpfe gegen Terroristen, heißt es stereotyp, Zivilisten kämen keine ums Leben. Angegliedert an die AFRICOM-Zentrale ist das United States Special Operations Command Africa (SOCAFRICA), das in den Kelley Barracks bei Stuttgart-Möhrungen stationiert ist. Dort war der heute pensionierte Brigadegeneral Donald Bolduc zwei Jahre lang Kommandeur. Auf die einschlägige Frage der US-Journalistin Amanda Sperber, die in Nairobi und Mogadischu lebt, räumte er die Möglichkeit ein, dass zivile Opfer nicht einmal registriert würden.

Von Stuttgart aus wurde im Jahre 2011 der Vernichtungskrieg des AFRICOM gegen Libyen geleitet. Heute ist das US-Militär in 56 Ländern Afrikas vertreten, offiziell, um dort politische Stabilität und Wirtschaftswachstum herbeizuführen.

Entwicklungshilfe mit der Army. Tatsächlich aber entstand das AFRICOM als Reaktion auf den immer größer werdenden Einfluss Chinas auf dem Schwarzen Kontinent. Was Peking im Bereich der Wirtschaft vorgelegt hat, will Washington militärisch nachholen.

Doch auch hier stellt sich die Frage, mit der sich die Münsteraner Richter herum-schlagen müssten: Wie stehen die deutsche Staatlichkeit und die militärischen Aktivitäten der USA, die von hier ausgehen, zueinander? Eine Frage, die in Münster nicht gestellt wurde und auf die es keine Antworten gibt.

Episches Bildungsfernsehen

Erst »Die Manns«, jetzt »Brecht« – Dokumentarfilmer Heinrich Breloer setzt seinen Deutschunterricht fort

Heinrich Breloer, Schöpfer der Dokudramen „Die Manns“ und „Todesspiel“, krönt sein Lebenswerk mit einem TV-Zweiteiler über den Dramatiker Bert Brecht.

Was auf Anhieb besticht, ist die Arbeitsweise des Autors und Regisseurs: Wie Breloer Originalaufnahmen und Spielszenen verblendet, ist meisterlich. Keiner beherrscht die Kunst der Schnittmontage so wie er. Eben noch sieht man die echte Helene Weigel als Mutter Courage mit dem Marktenderkarren über die Bühne rollen, schon übernimmt Adele Neuhauser deren Part – authentisch bis zum österreichisch gefärbten Tonfall.

Eben noch sieht der Zuschauer Fotos vom jungen Brecht in seiner Geburtsstadt Augsburg – schon erweckt Tom Schilling die Vorlagen zum Leben, umschmeichelt seinen Jugendschwarm „Bi“ bei einem Spaziergang in den Auen. Burghart Klaußner schließlich verkörpert den späten Brecht, auch er fast ein Doppelgänger.

Wer war dieser Eugen Berthold Friedrich Brecht, der das epische als Gegenentwurf zum klassischen Theater etablierte? Der rund 30 Theaterstücke, 1300 Gedichte, über 150 Prosastücke sowie zahlreiche Fragmente hinterließ und heute noch einer der meistgespielten Dramatiker im deutschsprachigen Raum ist? Es liegt nicht an Breloer, dass der Mensch und Künstler auch in dem hoch ambitionierten Zweiteiler „Brecht“ (Arte 22. März um 20.15 Uhr, Doku um 22.30 Uhr; Das Erste 27. März um 20.15 Uhr, Doku um 23.45) rätselhaft bleibt.

Brecht war ein lebender Widerspruch: Er verschrieb sich der Kunst, scheute sich aber nicht, Reklame zu texten. Er war überzeugter Kommunist und liebte teure Autos. Er gerierte sich als Moralist, war aber, so sein Schriftstellerkollege Lion Feuchtwanger, „Ein Menschenfresser in seiner Art.“ Er verfolgte mit seinem Wirken die Diktatur des Proletariats, verschloss vor dem Unrecht in

seiner späteren Wahlheimat DDR aber die Augen.

Ein Frauenheld war er gewiss. Beginnend mit der Augsburger Liebe zu „Bi“, jener Paula Banholzer, die Breloer vor ihrem Tod 1989 befragt hatte, und die sich kichernd an die Avancen des jungen Mannes erinnert. 17-jährig wurde sie von ihm schwanger und brachte Sohn Frank in einem versteckten Dorf im Allgäu zur Welt. Frank sollte im zweiten Weltkrieg an der Ostfront fallen. Es folgte die Opernsängerin Mari-

Küche der Helene Weigel auftaucht, diese am Spülstein werkelt und beim Aufsehen nur noch die Tür klappen sieht – Brecht hat sich mit seiner neuen Herzensdame leise verzogen.

„Für mich waren einige dieser Damen unverständlich“, bekennt Weigel in einem Interview. Und dann, nach einer Pause: „Aber so wichtig war es auch wieder nicht.“ Kühle Sätze wie von Brecht inszeniert, der seinen Schauspielern Distanz verordnete und sich jede emotionale Identifi-

Über Jahrzehnte hat sich Breloer mit Brecht beschäftigt, hat Material gesichtet und Zeitzeugen gesucht. Aber je mehr man erfährt, desto mehr entzieht sich dieser schillernde Literat, der in seinem kurzen Leben fünf Deutschlands erlebte – Kaiserreich, Weimarer Republik, NS-Diktatur, BRD und DDR. Als Hitler 1933 an die Macht kam, emigrierte Brecht mit seiner Familie über Prag, Wien, die Schweiz und Paris nach Dänemark. Sein berühmtes Gedicht „Die Legende

Breloer verschränkt beeindruckendes Original-Material mit Spielszenen, in denen Brechts Gefährtin Ruth Berlau (Trine Dyrholm) ihn ins Englische einweist. In holperig aufgesagten Sätzen wird Bert Brecht beteuern, nie Mitglied der kommunistischen Partei gewesen zu sein.

Schon einen Tag nach der Vernehmung verließ er die USA. Zuflucht fand die Familie zunächst in Zürich. Im Oktober 1948 siedelte Brecht mit Weigel nach Ost-Berlin über und gründete das berühmte „Berliner Ensemble“. Gemeinsam mit Weigel bewohnte er zunächst eine Villa am Weißensee, später, nach diversen künstlerischen Auseinandersetzungen, zog Weigel in die Berliner Chausseestraße um. Brecht allerdings hielt es ohne sie nicht lange aus, das Paar lebte später in getrennten Wohnungen im selben Haus.

„Es war eine große Liebesbeziehung“, sagt Helene Weigel in einem Original-Interview. Um dann doch einzuräumen: „Es hat alles sehr weh getan.“ Obwohl Brecht sich in der DDR künstlerisch verwirklichen durfte, wurde er nie Bürger des mitteldeutschen Staates, sondern nahm 1950 die österreichische Staatsbürgerschaft an. 1954 endlich ging sein Traum in Erfüllung: Das Berliner Ensemble fand eine Heimat im Theater am Schiffbauerdamm.

Aber die Genugtuung währte nur kurz. Am 14. August 1956 erlag der seit seiner Jugend unter Herzattacken Leidende mit nur 58 Jahren einem Infarkt. Den Ablauf seiner Beerdigung hatte er zuvor festgelegt: keine Reden, keine Gesänge. Helene Weigel hält sich akribisch daran. Immerhin: Zwei schlichte Feldsteine auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof erinnern heute an ihn und seine Gefährtin, die ihn um 15 Jahre überlebte.

Und nun setzt ihm auch dieser Film ein Denkmal – ein Meilenstein des Bildungsfernsehens und sicher auch das Vermächtnis des 77-jährigen Filmemachers Heinrich Breloer. *Anne Martin*



Feinstaubproduzent: Bertolt Brecht (Tom Schilling) verqualmt das Theater am Schiffbauerdamm

anne Zoff, Mutter von Brechts Tochter Hanne. Mit Marianne war er noch verheiratet, mit seiner Sekretärin Elisabeth Hauptmann liiert, als er Helene Weigel kennenlernte, seine künstlerische Komplizin, spätere Mutter von Barbara und Stefan.

Dann gab es noch Ruth Berlau, eine Dänin, die ihn durch jede Station des langjährigen Exils begleitete. Außerdem die viel jüngere Isot Kilian, die bis zuletzt seine Geliebte war, sowie ungezählte andere. Eine typische Szene zeigt, wie Brecht mit einer jungen Schauspielerin in der

kation mit der Rolle verbat. „Glottz nicht so romantisch!“, stand folgerichtig auf einem Plakat bei der Münchner Uraufführung seines Stückes „Trommeln in der Nacht“ im Jahre 1920. Brecht: „Ich vertraue auf die Menschen und ihre Lust zu denken!“

Brechts Starschauspielerin Regine Lutz war eine der ganz wenigen, die dem Frauenhelden widerstand. Im Film verrät die Schweizerin, dass sie sein „R“ charmant fand, wenn er sie Regine nannte – den Mann allerdings weniger. „Er war viel zu feige, um einen direkt anzusehen.“

vom toten Soldaten“, das nach dem Ende des Ersten Weltkrieges entstanden war, hatte ihn bereits 1923 auf die Schwarze Liste der Nationalsozialisten gesetzt.

In den zwölf Jahren seines Exils reiste er über Schweden, Leningrad, Moskau, Wladiwostok bis ins kalifornische Hollywood und später nach Santa Monica. Fern der Heimat schrieb er einige seiner bekanntesten Stücke wie „Mutter Courage und ihre Kinder“. In den USA geriet der Autor ins Visier des FBI. 1947 musste er vor dem McCarthy-Ausschuss Rechenschaft ablegen.

US-Energiebolzen singt Deutsch

Simply the Best – »Tina – Das Tina Turner Musical« bereichert Hamburgs Theaterszene

Lange Löwenmähne, unbändige Energie und eine unverwechselbare rockig-soullige Gänsehaut-Stimme – das ist Tina Turner. Die Rock-Königin gehört mit über 200 Millionen verkauften Tonträgern und zwölf „Grammy“-Auszeichnungen zu den größten Stars aller Zeiten. Ihre Lebensgeschichte ist jetzt als Musical im Operettenhaus am Spielbudenplatz an der Hamburger Reeperbahn zu sehen.

Das Stück „Tina“ zeigt in schnellen Schnitten ihre Anfänge in Tennessee, wo sie als Anna Mae Bullock aufwächst, im Kirchenchor singt und unter der Trennung ihrer Eltern leidet. Und es verfolgt die ersten Erfolge als junge Frau mit Hits wie „A Fool in Love“, „Proud Mary“ und „Nut-bush City Limits“, die sie mit Ike Turner sang. Der Sänger, den sie 1962 geheiratet hatte, förderte sie nicht nur, sondern nutzte sie aus und misshandelte sie. Danach ist der Weltstar zu sehen, der mit 45 Jahren in den 1980er Jahren eine Solokarriere startete.

Dieses pralle Leben und die Geschichte einer Frau, die Grenzen zwischen Kulturen überwand und gegen Vorbehalte ankämpfte, verdichteten Regisseurin Phyllida Lloyd („Mamma Mia – der Film“) und Autorin Katori Hall in enger

Abstimmung mit Tina Turner mit viel Empathie in drei Stunden für die Musicalbühne.

Die Inszenierung probiert dabei auch den schwierigen Spagat, in einem Unterhaltungsformat den Schattenseiten von Turners Leben gerecht zu werden. Vorangetrie-



Perfektes Turner-Double: Kristina Love in „Tina“ Bild: Manuel Harlan

ben wird die Handlung durch die großen Welthits, die mit ihrer Lebensgeschichte verknüpft werden und zum Teil auf Deutsch übersetzt wurden, damit die Zuschauer nicht allzu sehr aus der Handlung gerissen werden.

Was im ersten Akt noch gut funktioniert, entpuppt sich im zweiten Akt schon mal als pein-

Dass dieser Kraftakt trotzdem gelingt, ist Hauptdarstellerin Kristina Love zu verdanken. Es gibt keine Szene, in der sie nicht auf der Bühne steht, sich durch die verschiedensten Genres singt und tanzt, vom ernststen Dialog auf Konzertstimmung umschaltet und dabei die Körperspannung einer Tina Turner annimmt. Sie scheint

mit ihrer Figur eins zu werden. Bewundernswert ist zudem, wie die 29-Jährige es schafft, ihrer Figur emotionale Tiefe zu geben. Überzeugend spielt sie die Entwicklung Tina Turners vom willigen Opfer bis zur selbstbewussten Frau – und interpretiert deren Lieder mit ihrer Wahnsinnsstimme auf ihre eigene Art.

Alle anderen Darsteller fallen deutlich ab. Mandela Wee Wee hat es als Ike Turner schwer, gegen diesen Energiebolzen anzukommen. Die Härte von Tinas Mutter Zelma, noch auf dem Totenbett, bringt Adisat Semenitsch gut auf den Punkt. Nikolas Heiber spielt mit Witz den Manager Roger Davies, der ab 1980 Tina Turners Weg an die Spitze bahnt.

Fazit: „Tina – Das Tina Turner Musical“ hat alles, was eine gute Show braucht – eine dramatische Handlung, Lieder, die jeder kennt, und mit Kristina Love eine Hauptdarstellerin, welche die Turner glaubhaft in all ihren Facetten verkörpert. Das Stück ist momentan „simply the best“, was Hamburg auf der Musicalbühne zu bieten hat. *Andreas Guballa*

Karten von 59,90 bis 135,90 Euro unter der kostenpflichtigen Hotline 01805-4444. Weitere Infos: www.stage-entertainment.de

Sagenhafte Vier

Bremer Stadtmusikanten werden 200

Auswärtige Bremen-Besucher müssen sich in der Innenstadt häufig durchfragen: Wo eigentlich stehen die Bremer Stadtmusikanten? Die 1953 von Gerhard Marcks geschaffene Skulptur liegt nämlich ziemlich versteckt an einer schattigen Mauer des Bremer Rathauses.

In diesem Jahr dürften mehr als die gewöhnlichen Besuchermassen das Bremer Wahrzeichen aufsuchen, um die bronzenen Hufe des Esels noch blanker zu putzen, weil dies angeblich Glück bringen soll. Denn die Geschichte der vier tierischen Stadtmusikanten feiert Geburtstag. Vor 200 Jahren wurde das Märchen um die Reise von Esel, Hund, Katze und Hahn nach Bremen erstmals in den „Kinder- und Hausmärchen“ der Brüder Grimm veröffentlicht.

Anlässlich des Jubiläums widmen die Kunsthalle Bremen und das Staatsarchiv Bremen dem Märchen mit „Tierischer Aufstand. 200 Jahre Bremer Stadtmusikanten in Kunst, Kitsch und Gesellschaft“ eine Sonderausstellung. Vom 23. März bis 1. September zeigt die Präsentation die Wege der Märchenfiguren von den historischen Vorlagen ins Märchen, vom Buch- in den Bildraum, von der Stadt ins Museum und von Bremen in die Welt. Zwi-

MELDUNGEN

»Tapetenwechsel« in Sachsen

Dresden – Schloss Moritzburg präsentiert ab dem 23. März unter dem Titel „Tapetenwechsel“ eine Sonderausstellung zu den sagenhaften Goldledertapeten von Moritzburg. Schloss und Park Pillnitz setzen die Reihe erfolgreicher Sonderausstellungen über historische Persönlichkeiten fort und laden vom 13. April an in die Ausstellung „Seiner Zeit voraus – Prinz Max von Sachsen“. Ebenfalls vom 13. April an wird in der Sonderausstellung „Himmel und Hölle im Schloss Weesenstein – der König und die Göttliche Komödie“ die herausragende Übersetzung von Dantes Meisterwerk thematisiert, die im Schloss Weesenstein entstand. *tws*

Die Fotos einer »Bilderkriegerin«

Köln – Das Käthe-Kollwitz-Museum am Neumarkt 18–24 präsentiert vom 29. März bis zum 30. Juni Fotoreportagen von Anja Niedringhaus. 48-jährig wurde die deutsche Kriegsberichterstatlerin 2014 in Afghanistan von einem Attentäter getötet. Anlässlich ihres 5. Todestages ehrt das Museum die Pulitzer-Preisträgerin mit der aufrüttelnden Ausstellung „Anja Niedringhaus – Bilderkriegerin“. *tws*

Die Kunst einer Frühverstorbenen

Bielefeld – Die Kunsthalle Bielefeld zeigt vom 23. März bis zum 28. Juli die Ausstellung mit Werken der deutschen Künstlerin Anna Oppermann (1940–1993). Im Zentrum steht das umfangreiche Ensemble „Künstler sein (Zeichnen nach der Natur, zum Beispiel Lindenblätter)“, eines der Hauptwerke Anna Oppermanns, das 1977 auf der documenta 6 in Kassel gezeigt wurde. *tws*

schen historischem Bildmaterial und moderner Alltagskultur beleuchten unter anderem Werke bekannter Künstler wie Gerhard Marcks oder Jeff Koons den künstlerischen Umgang mit den vierbeinigen Protagonisten.

Die Ausstellung ist Teil des Bremer Stadtmusikantensommers 2019, mit dem bis zum 30. September verschiedene Festlichkeiten rund um die Märchenfiguren in Bremen stattfinden. Höhepunkt wird die fast einwöchige Geburtstagsfeier sein, welche die Innenstadt und die Weserwiesen im Rahmen der Breminale vom 3. bis 6. Juli mit bunten Aktionen füllt (www.stadtmusikantensommer.de).

Pünktlich zum Jubiläum kommt mit „Die sagenhaften Vier“ am 18. April außerdem ein Animationsfilm bundesweit in die Kinos, in dem unter anderem die Schauspieler Alexandra Neidel und Axel Prah den Tieren ihre Stimme leihen. *H. Tewes*



Die „Sagenhaften Vier“

Meuchelmörderisch durchbohrter Dichter

Vor 200 Jahren erstach ein Student den Erfolgsautor August von Kotzebue

Am 23. März 1819 wurde der Dichter August von Kotzebue ermordet. Die Tat bewirkte einen Rückschlag für die liberalen und nationalen Bestrebungen in deutschen Landen.

Im Herbst des Jahres 1818 beschäftigte sich der Jenaer Theologiestudent und Burschenschaftler Karl Ludwig Sand mit einem höchst unchristlichen Vorhaben: Er plante einen Mord. Die Tatwaffe, einen Dolch, bestellte er beim Schmied. Sein Opfer sollte der erzkonservative August von Kotzebue sein, ein bei den liberalen Studenten der deutschen Universitäten verhasster Mann.

Kotzebue war ein Bestsellerautor und konnte es an Popularität mit Johann Wolfgang von Goethe aufnehmen. An Produktivität übertraf er den Dichterstarken sogar. 200 Theaterstücke, unzählige Romane, Reisebeschreibungen und Aufsätze aus seiner Feder wurden in ganz Europa gelesen. Ludwig von Beethoven und Franz Schubert schrieben zu einigen seiner Stücke die Musik.

Der oft triviale Inhalt seiner Werke brachte Kotzebue aber auch viel Spott ein. Kein Schriftsteller seiner Zeit polarisierte so sehr wie der Vielschreiber aus Weimar. Der Gelehrte Georg Christoph Lichtenberg lästerte über ihn: „Mancher Schriftsteller, sobald er ein bißchen Beifall erhält, glaubt, alles von ihm interessiere die Welt. Der Schauspielschmierer Kotzebue hält sich sogar berechtigt, dem Publico zu sagen, daß er seiner sterbenden Frau ein Klistier gesetzt habe.“

Goethe urteilte milde über den Kollegen. Er hatte allen Grund dazu, denn die Stücke von Kotzebue – 87 wurden in 600 Vorstellungen in Goethes Weimarer Theater gezeigt – brachen immer Zuschauerrekorde. Zum Bruch kam es zwischen den beiden, als Goethe in

Kotzebues „Die deutschen Kleinstädter“, das einzige Stück, das heute noch gelegentlich gespielt wird, Streichungen vornehmen wollte. Kotzebue rächte sich, indem er in einer Schrift zu beweisen versuchte, „dass Goethe eigentlich kein Deutsch verstehe“.

Der am 3. Mai 1761 in Weimar geborene August von Kotzebue stammte aus einer angesehenen

Multitalent Karriere: Sekretär des Generalgouverneurs in St. Petersburg, Assessor des Obersten Gerichts in Reval, Direktor des Hoftheaters in Wien, Direktor des Deutschen Theaters in St. Petersburg, Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Berlin, Generalkonsul des russischen Reichs.

theder- und Stubengelehrten“, verspottete den populären „Turnvater Jahn“ und behauptete, die Bünde seien die Brutstätte der Revolution.

Im Herbst 1817 fand das erste Wartburgfest mit der Gründung der Allgemeinen Deutschen Burschenschaft statt. Die Versammlung verabschiedete ein Programm, das 35 Grundsätze und zwölf Beschlüsse umfasste. Der Je-

bisher unterdrückten Klassen zu fördern und die Gleichheit aller Deutschen vor Gericht und Anspruch auf ein gerechtes Verfahren zu garantieren seien. Die wichtigste Forderung war die Abschaffung der Kleinstaaterei und Gründung einer konstitutionellen Monarchie. Unter dem Jubel der Studenten gingen reaktionäre Schriften in Flammen auf, darunter auch die

der mal auf seinem Gut in Reval weilte, mal in Weimar, obwohl er dort nicht gut gelitten war, und mal in St. Petersburg. Im März 1819 erfuhr Sand, dass sich der Gesuchte in seinem Haus in Mannheim aufhielt. Ausgerüstet mit dem Dolch begab er sich dorthin. Ein Zeitgenosse schilderte den Tathergang so:

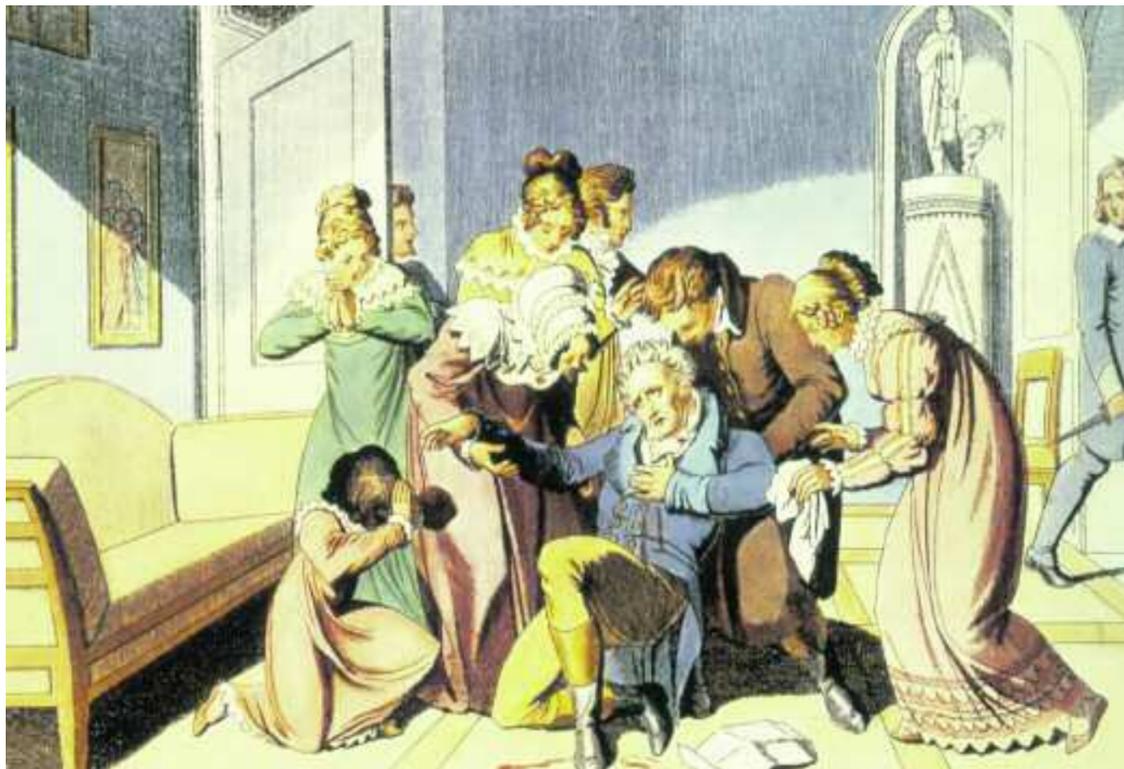
„Das Factum selbst ist, leider unbezweifelt, vereint man die Erzählungen unserer Zeitungen und einiger schriftlichen Nachrichten, so kam ein junger Mensch, der sich ... für einen Studenten aus Heidelberg ausgab, was er aber nicht war, am 23. März des jetzt laufenden Jahres nach Mannheim ... wo sich eben jetzt Kotzebue befand ... und ging zweimal zu ihm, kam aber nicht vor, traf ihn dann im Vorsaal an und durchbohrte ihn meuchelmörderisch vermittelst eines zwölf Zoll langen Dolchs.“

Ein Jahr nach dem Attentat fand der Prozess gegen den Mörder statt. Sands Anwalt versuchte, seinen Mandanten als schwärmerischen, wirrköpfigen jungen Mann darzustellen, der sich zum Märtyrer berufen fühlte. Sand wurde zum Tod durch Enthauptung verurteilt.

Die Ermordung Kotzebues wirkte das Gegenteil dessen, was Sand erreichen wollte. Aus Angst vor einer Revolution trafen sich die Minister des Deutschen Bundes im August 1819 in Karlsbad. In den Karlsbader Beschlüssen vereinbarten sie die Überwachung und Bekämpfung liberaler und nationaler Tendenzen, ein Verbot der Burschenschaften, die Schließung der Turnplätze, die Überwachung der Universitäten sowie die Zensur der Presse. Dem ermordeten Dichter schickte Lichtenberg noch eine Schmähung hinterher. Von Kotzebue werde nichts übrigbleiben als die Erinnerung an seinen gewaltsamen Tod. Er sollte recht behalten. *Klaus J. Groth*

Zeitgenössischer kolorierter Kupferstich: Kotzebues Tod

Bild: akg images



Familie. Sein Vater war Legationsrat. Verwandte führten den kleinen August im Haus am Frauenplan ein. Er stand als 15-Jähriger in Goethes Schauspiel „Geschwister“ als Briefträger auf der Bühne und entdeckte seine Leidenschaft für das Theater. Nach dem Abitur studierte er Rechtswissenschaften. Durch Beziehungen machte das

Als die Ideen der Französischen Revolution in deutschen Landen bei den Studenten und den Anhängern des Turnerbunds begeisterte Aufnahme fanden, setzte sich Kotzebue an die Spitze der reaktionären Gegenbewegung. In seiner in Weimar erscheinenden Postille „Literarisches Wochenblatt“ hetzte er gegen die „lüderlichen“ Studenten und ihre „Ka-

naer nationalliberale Historiker Heinrich Luden, den Sand glühend verehrte, hatte entscheidend daran mitgewirkt. In dem Programm wurde unter anderem verlangt, dass die politische Zerrissenheit Deutschlands der politischen Einheit weichen solle, alle Vorrechte durch Geburt und die Leibeigenschaft abzuschaffen, die

Kotzebues. Es war ein symbolischer Akt, was brannte, war Altpapier.

Karl Ludwig Sand wollte ein noch stärkeres Fanal setzen, „einen Brand schleudern in die jetzige Schlawheit“, wie er zu seiner Rechtfertigung sagte. Er begann, den Dichter auszuspähen. Kotzebue war ein Kosmopolit, dessen Spur quer durch Europa führte,

Dänen erinnern an Flüchtlingslager

Veranstaltung in der dänischen Botschaft in Berlin über das Projekt »Dänemarks Flüchtlingsmuseum«

Eine unerwartet hohe Zahl von über 150 Teilnehmern fand sich am 28. Februar in der Königlich Dänischen Botschaft in Berlin im „Felle Huus“ ein. Der Botschaftskomplex im Bezirk Tiergarten beheimatet seit 1999 alle fünf nordischen Botschaften.

Grund dafür war das Erinnern daran, dass vor 70 Jahren die letzten deutschen Kriegsflüchtlinge das Lager Oksböll in Dänemark verließen. Eingeladen hatte die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung (SFVV) zusammen mit der Botschaft zu einem Vortrag und Zeitzeugengespräch über ein belastendes Kapitel der unmittelbaren Nachkriegszeit, das es auch galt emotional zu erschließen. Primär ging es um deutsche Flüchtlinge, überwiegend aus Ost- und Westpreußen, auch aus Pommern und Mecklenburg, die ihr Leben haben retten können. Andererseits wurde auch die dänische Bevölkerung angesprochen, welche die bis Mai 1945 währende deutsche Besetzung erlebt hat und nach Abzug der Wehrmacht sich um die Flüchtlinge zu kümmern hatte.

Nach der Begrüßung durch den Leiter der politischen Abteilung der Botschaft, in Vertretung für den Botschafter, wurde das bereits weit fortgeschrittene Projekt „Dänemarks Flüchtlingsmuseum“, mit dem an die deutschen Flüchtlinge erinnert werden soll,

vorgestellt. Gleichfalls wurde der zeitgeschichtliche Kontext der Flüchtlinge, die überwiegend vor der Roten Armee geflohen sind, dargestellt. Sie lebten teilweise bis zum Jahr 1949 in speziellen Lagern in Dänemark.

Dänische Wissenschaftler und Museumsfachleute berichteten

Die Veranstaltung beinhaltet auch ein Zeitzeugengespräch als Programmpunkt: Der heute 80-jährige ehemalige Lagerinsasse Jörg Baden und der 1970 geborene wissenschaftliche Mitarbeiter der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung Andreas Kossert (von links)

Bild: Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung; Thomas Grabka



über die Zeit 1945 bis 1949 sowie über die Intention und räumliche Unterbringung des künftigen Flüchtlingsmuseums, das als ungewöhnliches Vorhaben in ganz Europa seinesgleichen sucht.

Bis Kriegsende waren etwa 250 000 Flüchtlinge meist über die Ostsee nach Dänemark ge-

Historiker- und Zeitzeugenberichten zeigte, alles in allem gut gelang.

Mit 35 000 Personen gab es im Jahr 1945 im westjütlandschen Oksböll das größte Flüchtlingslager in Dänemark. Bis Februar 1949 waren dort insgesamt 100 000 deutsche Flüchtlinge. Oksböll gehört zu der Gemeinde

Flüchtlinge berichte. Es sei aber auch für Dänemark wichtig, hierüber informiert zu sein.

Der an dem Projekt beteiligte Kurator der kommunalen Museen Varde, John V. Jensen, berichtete anschaulich über die damalige Situation des Lagers Oksböll und über das Leben der Menschen. Es war, wie er sagte,

„eine Geschichte mit vielen Phänomenen“. Verständlicherweise waren bei vielen Dänen die Flüchtlinge nicht gern gesehen. Dänische Widerstandsgruppen forderten unverblümt deren sofortige Abschiebung nach Deutschland. Dem widersetzten sich vor allem die Briten als Besatzungsmacht in Norddeutschland, und so musste das gerade befreite Dänemark die Verantwortung für die Deutschen übernehmen.

Ein Stamm von gerade einmal 27 Personen – Zivilisten und Militärs, Männer und Frauen – bildete die Verwaltung. Ansonsten gab es eine deutsche Selbstverwaltung. In Kürze waren zahlreiche feste Baracken hochgezogen, die auch strengen Wintern trotzen. Für Kinder wurde ein deutscher Schulunterricht eingerichtet, Lehrmaterialien kamen aus Deutschland oder der Schweiz oder waren Übersetzungen aus dem Dänischen. Den Kindern wurden auch relativ bald Ausflüge ans Meer erlaubt. Ansonsten war das Lager bewacht. Einen Schießbefehl gab es aber nicht.

Wie Jensen weiter berichtete, gab es, nachdem sich das Leben halbwegs eingespielt hatte, für jeden Deutschen eine Nahrungsration von 2270 Kalorien pro Tag. Er verwies auf Tagesrationen im damaligen Deutschland von teilweise nur 600 bis 1000 Kalorien, wo Hunger an der Tagesordnung war. Jensen: „Im Lager Oksböll hat

niemand gehungert.“ Angesprochen wurde auch die gerade in den ersten Monaten nach Kriegsende hohe Sterblichkeitsrate, was meist auf die Entbehrungen der Flucht zurückgeführt wird. In vielen Teilen Dänemarks zeugen nahe den damaligen Lagern bis heute Friedhöfe von den Flüchtlingen und sind in vielfacher Hinsicht Mahnung zugleich.

Jensens Angaben bestätigte im Gespräch mit dem Historiker, Publizisten und Mitarbeiter der SFVV Andreas Kossert der heute 80-jährige Zeitzeuge Jörg Baden, der damals als kleiner Junge zusammen mit seiner aus Rostock im letzten Moment geflüchteten Familie zweieinhalb Jahre im Lager gelebt hatte: „Ja, es war ein hartes Leben, aber es stimmt, gehungert haben wir nicht.“ Baden weiter: „Das Leben ging weiter, ich bin Dänemark sehr dankbar.“ Zwei seiner vier Kinder sind in Dänemark verheiratet.

„Dänemarks Flüchtlingsmuseum“, so der momentane Arbeitstitel, soll in Zusammenarbeit mit der SFVV entstehen. Die Direktorin der Stiftung, Gundula Bavendamm, begrüßte sowohl das Projekt als auch die angestrebte Zusammenarbeit. Dieses Beispiel zeige, wie an Flucht und Vertreibung im Geiste der Versöhnung erinnert werden könne. Wenn alles wie jetzt projektiert verläuft, soll das Museum im Jahr 2021 eröffnet werden.

Dirk Klose/PAZ

Der Fünf-Sterne-General im Weißen Haus

Trotz seiner deutschen Wurzeln entwickelte Dwight D. Eisenhower ein gespaltenes Verhältnis zu Deutschland

Nur fünf Männern haben die Vereinigten Staaten bislang den Rang eines General of the Army (Fünf-Sterne-Generals) verliehen. Einer von ihnen war der spätere US-Präsident Dwight David Eisenhower. In Erinnerung ist der vor 50 Jahren verstorbene Offizier mit den strahlend blauen Augen seinen Landsleuten daher auch eher als Soldat denn als Politiker.

Am 14. Oktober des Jahres 1890 soll der 34. Präsident der Vereinigten Staaten in der nordtexanischen Stadt Denison das Licht der Welt erblickt haben. Doch – ähnlich wie zuletzt bei Barack Obama – wurden die genauen Umstände der Geburt später vereinzelt in Zweifel gezogen. Nach der US-Verfassung muss der Inhaber des höchsten Amtes in den Vereinigten Staaten nämlich ein „natural born citizen“, also ein in den USA geborener Staatsbürger, sein. Eine Geburtsurkunde für Eisenhower lag in der zuständigen Gemeindeverwaltung im texanischen Sherman jedoch zunächst nicht vor. Die Ausstellung dieses Dokuments ließ er erst als Präsidentschaftskandidat durch eine New Yorker Anwaltskanzlei betreiben.

Eisenhowers Eltern waren beide deutschstämmig. Der ursprünglich deutsche Familienname Eisenhower war bereits länger in die anglierte Form Eisenhower überführt worden. Seine Freunde und Mitschüler machten sich jedoch nicht die Mühe, ihn bei seinem vollständigen Nachnamen zu rufen. Wie schon seine Brüder, wurde er nur kurz „Ike“ genannt. Dieser Spitzname sollte ihn sein Leben lang begleiten.

Da der Familie das Geld für eine reguläre Hochschulausbildung fehlte, bewarb Eisenhower sich 1911 bei der altherwürdigen Militärakademie in West Point. Den Ersten Weltkrieg verbrachte er in den Vereinigten Staaten, wo er am Aufbau der neuen Panzertruppe mitwirkte. Schnell stieg er in der militärischen Rangordnung auf, doch das Ende des Krieges brachte den weiteren Aufstieg des jungen Offiziers. Während seiner weiteren Laufbahn übte er ver-

schiedene Tätigkeiten aus, die überwiegend beratenden oder planerischen Charakter hatten.

In den frühen 30er Jahren absolvierte er das von Bernard Baruch zur besseren Vernetzung von Wirtschaft und Militär gegründete Army Industrial College, an dem er auch eine Zeitlang arbeitete. Durch seinen Kontakt zu Baruch legte Eisenhower den Grundstein für seine weitere Karriere, denn der einflussreiche Finanzinvestor war bis in höchste US-amerikanische und britische Regierungskreise bestens vernetzt. Auch nach seiner Wahl zum Präsidenten traf er sich mit Premierminister Winston Churchill in Baruchs New Yorker Wohnung zu vertraulichen Gesprächen.

Obwohl Eisenhower zuvor nie ein Truppenkommando inne hatte, wurde er nach dem Kriegseintritt der USA 1942 überraschend zum US-amerikanischen Oberbefehlshaber für Europa ernannt. Den Krieg führte er überwiegend vom Schreibtisch aus, und er hielt nur unzureichenden Kontakt zu seinen Kommandeuren, was ihm harsche Kritik einbrachte.

Während des Verlaufes der militärischen Auseinandersetzung veränderte sich seine Haltung zum Land seiner Vorfahren. In zahlreichen überlieferten Schriftstücken und Gesprächen machte er aus seinem Hass gegen die Deutschen keinen Hehl. Mehrfach gab er an, möglichst viele von ihnen töten zu wollen. Eine besondere Stärke erreichte seine Aversion gegen den Kriegsgegner, als er nach dem gescheiterten Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 feststellen musste, dass das nationalsozialistische Regime nach wie vor großen Rückhalt in der Bevölkerung hatte.

Viele Deutsche mussten diesen Hass mit dem Leben bezahlen. Nicht nur während der zahlreichen Terrorangriffe alliierter Flugzeuge auf deutsche Städte, auch nach dem Krieg ging das Sterben weiter. Völkerrechtswidrig ließ Eisenhower für nach der Kapitulation der Wehrmacht am 8. Mai 1945 in Gefangenschaft geratene deutsche Soldaten den Status der

„Disarmed Enemy Forces“ (DEF, entwaffnete feindliche Streitkräfte) einführen. Letzteren wurde damit ihr Anspruch auf Behandlung als Kriegsgefangene versagt. Zehntausende starben an Hunger und unzureichender medizinischer Hilfe, obwohl genügend Versorgungsgüter bereitstanden. Zudem war Eisenhower ein Ver-

fechter des für die US-amerikanischen Truppen in Deutschland geltenden Fraternalisierungsverbotes. Den GI war es untersagt, selbst mit deutschen Kindern zu sprechen. Als er in seiner späteren Funktion als Oberbefehlshaber der NATO gegenüber Bundeskanzler Konrad Adenauer eine Ehrenerklärung für die Soldaten

der Wehrmacht abgab, tat er dies ebenfalls nur mit Widerwillen und aus dem politischen Kalkül, dem von seinem Land geführten Bündnis einen eigenen Truppenbeitrag der Bundesrepublik zu ermöglichen.

Hingegen gänzlich unkritisch war seine Einstellung zunächst gegenüber der Sowjetunion. Ent-

gegen dem Rat seiner Offiziere ließ er 1945 den weiteren Vormarsch an der Elbe stoppen, um Josef Stalin den Triumph der Eroberung Berlins zu überlassen. Den Vorschlag von Wehrmachtgeneral Alfred Jodl, nur gegenüber den Westalliierten zu kapitulieren, wies Eisenhower zurück und drohte den Deutschen die Wiederaufnahme des Bombenkrieges an. Nach dem Ende der Kampfhandlungen lieferte er die russischen Kriegsgefangenen in Deutschland an die Sowjetunion aus. Viele von ihnen entzogen sich der erzwungenen Rückkehr in die rote Diktatur durch den Freitod.

Sein Verhältnis zu dem einstigen Verbündeten änderte sich erst mit dem einsetzenden Kalten Krieg, der auch seine gesamte, von 1953 bis 1961 dauernde Präsidentschaft prägen sollte. Zunächst bemühte sich der siegreiche Kandidat der Republikaner, den von seinem demokratischen Amtsvorgänger ererbten Koreakrieg unter Kontrolle zu bekommen. Nachdem sich die Containment-Politik Harry S. Trumans zur Eindämmung des kommunistischen Einflusses auf dem internationalen Parkett als unzureichend erwiesen hatte, gingen die USA mit der Rollback-Doktrin unter Eisenhower dazu über, diesen aktiv zurückzudrängen. Angesichts des zwischenzeitlich von der Sowjetunion erreichten Stands an nuklearer Rüstung wurde diese Politik schließlich durch das Prinzip der friedlichen Koexistenz der beiden Supermächte abgelöst.

Innenpolitisch punktete Eisenhower mit einem umfassenden Straßenbauprogramm. Durch eine moderate Wirtschafts- und Sozialpolitik erlebten die US-Amerikaner ein Jahrzehnt anhaltender Prosperität. In seiner vielbeachteten Abschiedsrede warnte der Präsident hellsichtig vor den Gefahren des Einflusses des militärisch-industriellen Komplexes auf Staat und Gesellschaft der USA, einem unheimlichen Machtgefüge, dem er freilich den größten Teil seines Lebens selbst treu gedient hatte. *Dirk Pelster*



Während seiner Amtszeit als 34. US-Präsident: Dwight David „Ike“ Eisenhower 1956 Bild: White House

Blankoscheck für Polen gegen Deutschland

Vor 80 Jahren gab Neville Chamberlain namens seiner und der französischen Regierung im Unterhaus eine Garantieerklärung ab

Vor 80 Jahren gaben Großbritannien und Frankreich eine Garantieerklärung zugunsten Polens ab, um sich der Loyalität dieses Verbündeten zu versichern und Adolf Hitler davon abzuhalten, die fortwährenden polnischen Provokationen mit Krieg zu beantworten. Hierdurch wurde Warschau ermutigt, seinen Konfrontationskurs gegenüber Deutschland zu verschärfen.

Die am 11. November 1918 gegründete Zweite Polnische Republik war das, was man heutzutage einen lupenreinen Schurkenstaat nennen würde. So kündigte Warschau 1934 den Minderheitenschutzvertrag mit den Alliierten, von dessen Unterzeichnung immerhin die Gewährung der staatlichen Unabhängigkeit Polens abgehängt hatte. Ebenso verstieß Polen gegen den Briand-Kellogg-Pakt von 1928 und den polnisch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 25. Juli 1932, indem es der Tschechoslowakei ungeachtet schärfster Warnungen aus Moskau 1938 Teile des Teschener Industriegebietes und des Arwa-Zips-Streifens entriss. Dabei war das nicht der einzige bewaffnete Konflikt, den Warschau gegen seine Nachbarn anzettelte.

Man denke nur an die „Aufstände“ und Kriege gegen Deutschland und den Sowjetstaat (1919–1921) sowie Litauen (Herbst 1920) zwecks Vergrößerung des polnischen Territoriums.

Gegenüber dem Dritten Reich zeigte sich die Regierung in Warschau selbst dann noch höchst unversöhnlich, nachdem Hitler und der polnische Marschall Józef Piłsudski Anfang 1934 einen Nichtangriffspakt geschlossen hatten, der zehn Jahre gelten sollte und die friedlich-einvernehmliche Lösung der bestehenden bilateralen Probleme vorsah. Fünf Mal versuchte Deutschland im Anschluss daran, in der Frage der Rückgliederung des autonomen Freistaats Danzig und der Eröffnung exterritorialer Zugangswege ins abgetrennte Ostpreußen eine beide Seiten befriedigende Kompromisslösung zu finden. Zum Beispiel, indem es Polen die formelle Anerkennung seiner Gebietswerbungen in Oberschlesien, Westpreußen und Pommern sowie die Verlängerung des Hitler-Piłsudski-Paktes bis 1959 anbot. Ausgerechnet Hitler ging sogar so weit, dem polnischen Außenminister Józef Beck im Januar 1939 bei Gesprächen auf

dem Obersalzberg zu versichern, das Reich brauche ein starkes Polen im Osten als Bollwerk gegen den Bolschewismus.

Dass Warschau derart unversöhnlich auftreten konnte, lag vor allem an der Unterstützung durch Frankreich, das Deutschland mithilfe einer sogenannten Kleinen Entente einzukreisen versuchte. Bereits am 19. Februar 1921 hatten beide Staaten einen Bündnisvertrag abgeschlossen, in dem sie sich verpflichteten, im Falle von Angriffen durch Dritte gegenseitig militärischen Beistand zu leisten.

Dahingegen war Großbritannien zunächst nicht bereit, als Schutzmacht des notorischen Unruhestifters Polen zu fungieren. Das änderte sich erst nach dem 16. März 1939, dem Tag, an dem Hitler die „Rest-Tschechei“ in ein Protektorat des Großdeutschen Reiches verwandelte. Nun befürchtete man in London, dass es bald auch zum Griff nach Danzig kommen werde – schließlich hatte sich Warschau ja immer noch keinen Millimeter auf Berlin zubewegt, was das Danzig- und Korridor-Problem betraf. Vielmehr verdoppelte der neue polnische Marschall Edward Rydz-Śmigły die Truppenstärke seines Landes

durch eine Mobilmachung und entsandte Kampfverbände in Richtung Danzig und Pommern, was zumindest dem Geist des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes von 1934 widersprach. Darin hieß es nämlich: „Unter keinen Umständen werden die Vertragsparteien zum Zweck der Austragung solcher Streitfragen zur Anwendung von Gewalt schreiten.“ Darüber hinaus entgegnete der polnische Botschafter in Berlin, Józef Lipski, am 26. März 1939 auf weitere Verhandlungsvorschläge des deutschen Reichsaußenministers Joachim von Ribbentrop, dass „er die unangenehme Pflicht habe, darauf hinzuweisen, dass jegliche weitere Verfolgung dieser deutschen Pläne, insbesondere soweit sie die Rückkehr Danzigs zum Reich betreffen, den Krieg mit Polen bedeuten.“

Nie zuvor war in den Verhandlungen zum Thema Danzig und Korridor das Wort „Krieg“ gefallen – und nun war der Pole der erste, der es in den Mund nahm und damit einen Tanz auf dem Vulkan eröffnete, der sein Land innerhalb weniger Monate in den Abgrund reißen sollte. Doch damit nicht genug: Während Lipski

Deutschland vollmundig mit Krieg drohte, gelang es dem Machiavellisten Beck, in London den Eindruck zu erwecken, dass vielleicht doch eine Einigung mit Hitler möglich sei. Dies löste bei den Briten die Sorge aus, dass Polen plötzlich auf die Seite der Achse wechseln könnte.

Deshalb gab Premierminister Neville Chamberlain am 31. März 1939 vor dem Londoner Unterhaus namens der britischen und französischen Regierung eilends folgende Erklärung ab: Sollte sich eine Situation ergeben, in der Polen zur militärischen Verteidigung seiner territorialen Unversehrtheit gezwungen sei, würden beide Mächte Polen in jeglicher Hinsicht Beistand leisten.

Damit erhielt Warschau quasi eine Blankovollmacht, die Provokationen gegenüber Deutschland auf die Spitze zu treiben. Und das tat es dann auch. So wurde die deutsche Minderheit in Polen noch stärker als bisher drangsaliert, und die Grenzzwischenfälle sowie der Druck auf Danzig nahmen ebenfalls massiv zu. Hitler reagierte hierauf, indem er am 11. April 1939 gegen Polen einen Aufmarschplan gegen Polen ausarbeitete. Außerdem kündigte er we-

nige Tage darauf den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt. Trotzdem hätte die Regierung in Warschau selbst am 30. August 1939 noch die Möglichkeit zum Einlenken gehabt, als sie ein deutsches 16-Punkte-Angebot erhielt, das abermals Vorschläge zur Lösung des Danzig- und Korridor-Problems beinhaltete. Doch Beck lehnte wiederum voller Arroganz ab – und zwar gegen den Rat vieler führender Diplomaten seines Landes. Daraufhin erfolgte am 1. September 1939 der Einmarsch der Wehrmacht.

Danach zeigte sich, was das britisch-französische Garantieverprechen und die danach noch hastig abgeschlossenen formellen Beistandsvereinbarungen wie die Kasprzycki-Gamelin-Konvention wert waren. Zwar erklärten die beiden Westmächte Deutschland tatsächlich am 3. September den Krieg, aber dann passierte keineswegs das, worauf man in Warschau gehofft hatte: Großbritannien beschränkte sich auf einige Luftangriffe und Seeoperationen und Frankreich begann im Anschluss an seine symbolische Offensive an der Saar einen „Sitzkrieg“ entlang der deutschen Westgrenze. *Wolfgang Kaufmann*

Wer hat Angst vorm weißen Mann?

Die Gretchenfrage oder: Wie das Klima zur »Religion« wurde, mit der sich die Menschheit beliebig gängeln lässt

Sollte man lachen oder lieber weinen, das ist hier die Gretchenfrage. Das Gretchen der Globalisten scheint jetzt der vorläufige Höhepunkt der Globalistenreligion des 21. Jahrhunderts zu werden.

Zeitgeistig schließt das inszenierte neue Umwelt-Martyrertum direkt an das Jenseitsversprechen des offenbar obsoleten Christentums an, dass wir als Sünder nur den einen Gott anzubeten bräuchten, um von aller Schuld frei zu werden. Dieser neue Gott wird uns nun präsentiert.

Als zentraler Gedanke dieser universalen Ersatzreligion muss die Beendigung und Beerdigung der technischen Zivilisation mit all ihren materiellen Errungenschaften und diesseitigen Glücksversprechen angesehen werden. So kann es nicht weitergehen. Angesichts der Forderungen selbsternannter Hohepriester einer transzendenten Ökologie wäre jegliches Bestehen auf dem Erreichten nichts weiter als antiökologische Blasphemie.

Umwelthilfe als Transformation der deutschen Umweltschuld: Ja wohl, so wollen sie das haben. Und nun tritt Gretchen auf in diesem Theaterstück. Gretchen, ein Kind der Weißen als Bote der Weisen im Mittelpunkt. Alle sind gekommen.

Alle schwänzen die Schule. Alle haben plötzlich ein Ideal und auch ein Idol. Ja! Wir sind Gretchen. Gretchen ist die Größte. Gretchen als Sprecherin der Entrechteten und Misshandelten, der Klimaflüchtlinge, der Opfer spätkolonialer Ausbeutung und der entrechteten Frauen. Wer für Gretchen ist, für den gelten keine staatlichen Gesetze. Wozu noch Gesetze? Es

Greta steht über allem, denn sie kämpft gegen das Böse

geht um Höheres. Sogar Kanzler sind dabei. Gretchen steht über allem. Gretchen kämpft gegen den bösen weißen Mann. Was kann uns das lehren?

Mit einem unschuldigen Kind, das seelisch tief gezeichnet ist von den Spuren der Zivilisation, wird die weiße Menschheit also vorbereitet auf das Bekenntnis ihrer universalen Schuld, auf die Aburteilung der Niederträchtigkeit ihres Handelns, ihres Egoismus und Opportunismus, ihrer Machtbesessenheit und ihres Absturzes ins Nihilistische. Dafür muss die Menschheit büßen. Dafür gibt es keine Entschuldigung. All das,

was die menschlichen Fehler ausmacht, wird nun vor dem höchsten Gericht bilanziert und vor das Fallbeil der Weltenretter gebracht werden.

Aber wir Weltenretter sind gnädig, es wird eine letzte Chance geben für Euch, die so abgrundtief gesunkene weiße Menschheit. Ihr bekommt einen Deal angeboten, der da lautet: Ihr sollt uns anbeten und keine anderen Götter haben neben uns. Wir sind das Zentrum des Planeten und wachen über Schuld und Unschuld. Wir sagen Euch, was gut und was böse ist und niemand anderes wird das tun ohne uns. Ihr habt Euch des Klimavergehens schuldig gemacht und darauf stünde eigentlich die Höchststrafe: Der Tod der gesamten weißen Menschheit.

Wenn es noch eine Rettung vor diesem Tod geben soll, dann gibt es keine Alternative, als uns zu folgen. Bedenkt dabei das eine: Nicht Christus rettet die Welt, sondern wir Lichtträger und Erleuchtete des Globalismus und des Universalismus sind es, die seit Jahrhunderten in geheimen Zirkeln sich versammeln und sich beraten, und die alle Eure ökologische, sozialkriminelle, koloniale, rassistische und menschenrechtliche Schuld vor das höchste irdische Gericht bringen werden.



Greta Thunberg

Bild: Imago

Dass wir an all dem beteiligt waren, steht jetzt nicht zur Debatte.

Dort werdet Ihr eine große Spendenkasse finden, in die Ihr schuldigen Weißen einzuzahlen habt mit allem, was Euch lieb ist. Nichts sollt Ihr mehr behalten, was ihr Euch erarbeitet habt, sondern Ihr sollt es abgeben an die, welche noch nicht genügend haben und vor allem an die, die immer noch nicht genug haben vom gigantischen Berg der Konsumgüter und der Summen auf ihren Kontoauszügen. Das nennen wir Teilhabe. So handelnd werdet Ihr erkennen, dass Ihr damit ein wenig von Eurer gigantischen

Schuld abtragen könnt und welches Glücksgefühl dies für Euch bedeuten wird.

Und was eignet sich besser für eine solche globale Religion der universalen Schuld als ein Gas, welches seit Millionen Jahren das Leben auf der Erde erhält, welches den Kohlenstoffwechsel und damit die Balance zwischen Pflanzen und Tieren, zwischen Lebendem und Unbelebtem aufrechterhält? Ein Atom Kohlenstoff und zwei Atome Sauerstoff sind es, die der Schöpfergott in die Lebenskreisläufe einbaute, die nun aber die Bösartigkeit des weißen Mannes herausgefordert haben und dabei sind, den Untergang des Planeten herbeizuführen.

Er selbst, der Mensch, nutzt dieses Gas sogar für sich zum Atmen, um am Leben zu bleiben, um den Odem des Schöpfergottes in jeder Minute seines Lebens zu spüren, und nun benutzt er dieses ausgeatmete Gas als Giftwaffe gegen den Planeten. Wie war das möglich? Wer gab ihm das Recht dazu? Wer finanzierte dies alles überhaupt, sodass es soweit kommen konnte?

Dieses Rätsel zu lösen, schicken sich im Auftrag der Weltenretter die Hohepriester der Globalreligion des Klimawandels an, indem sie aus dem Schuldablass zu-

nächst viel Geld eintreiben für die Kriegskasse des letzten Kampfes gegen die verruchte weiße Menschheit, der hier ausgetragen werden soll, eines Kampfes, den man nicht den überirdischen Kräften des Kosmos und der Weisheit der universellen Schöpfung überlassen will, sondern den man für sich selbst zu gewinnen denkt. Wer dem Materiellen so

Sie wollen die Nachfolge Gottes auf Erden antreten

eng verbunden ist wie sie, der sucht auch den materiellen Gewinn und wartet nicht auf jenseitige Verheißungen.

Wie sagte doch die Bibel: „Wollt Ihr so werden wie Gott? Ja? Bitte, dann esset von dieser Frucht. Sie wird euch gottgleich machen.“ Mit Gretchen hat es nun den Anschein, dass einige mächtige Eliten tatsächlich als die Nachfolger Gottes auf Erden antreten wollen und sich jedes Recht nehmen, mit der Menschheit zu machen, was ihnen gefällt. Soll sich die Menschheit das weiterhin gefallen lassen? Das ist die Gretchenfrage. Ulrich F. Sackstedt

»Weimar« als demagogische Waffe

Vergleiche der Gegenwart mit der Zeit von 1918 bis 1933 sind groß in Mode – Dahinter steckt oft politisches Kalkül

Neuerdings hört man immer öfter aus dem Munde von Politikern, Journalisten und Wissenschaftlern, dass uns hierzulande „Weimarer Verhältnisse“ drohten oder solche gar schon herrschten. Doch gibt es tatsächlich Parallelen zwischen der Weimarer Republik und der Bundesrepublik des Jahres 2019?

Einer der Cassandra-Rufer ist der Politologe Albrecht von Lukke, seines Zeichens Redakteur der Monatszeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik“: Durch den Einzug der Alternative für Deutschland (AfD) in den Bundestag sei das Parlament „hochgradig geschwächt“ worden, weil sich die Demokraten dort nun in der Defensive befänden. Deshalb werde es immer schwerer, tragfähige Regierungsmehrheiten zusammenzubekommen. Das erlaube nur einen Schluss: „Wir haben annähernd Weimarer Verhältnisse.“

Tatsächlich bestehen einige Gemeinsamkeiten zwischen der Weimarer Republik, die von 1918 bis 1933 existierte, sowie der fast 70 Jahre alten Bundesrepublik – wengleich auch nicht als Folge des Siegeszuges der AfD. Heute herrscht vielfach der gleiche politisch-moralische Rigorismus wie damals: Die Legitimität anderer Meinungen und Haltungen wird infrage gestellt oder gar völlig geleugnet. Über weite Strecken obsiegen das Schwarz-Weiß-Denken und die Einsortierung der Diskurspartner in Freund-Feind-Kategorien. Das hat nicht zuletzt etwas mit dem Fehlen allgemein akzeptierter nationaler Integrationsfiguren zu tun.

Gleichermaßen typisch ist für beide deutsche Republiken das Zusammenbrechen des konservativ-liberalen Pfeilers im Parteiensystem bei gleichzeitiger Verbreiterung der Ränder des politischen Spektrums. Und dann wäre da noch die ausgeprägte Unsicherheit in weiten Teilen der Be-

völkerung: Auch in den angeblich so „Goldenen Zwanzigern“ waren Technisierung und Globalisierung bereits dunkle Schatten auf die traditionelle Arbeitswelt. Beispielsweise machten die chinesischen Werften schon damals den deutschen Schiffbau-Unternehmen Konkurrenz. Andererseits gibt es aber auch ganz gravierende Unterschiede zwischen „Weimar“ und heute.

Zum Ersten sah die Verfassung der Weimarer Republik komplett anders aus als unser Grundgesetz von 1949. Dieses ist der totale Gegenentwurf zum seinerzeit äußerst ausgeprägten präsidentialen System, und plebiszitäre Elemente kann man gegenwärtig ebenfalls mit der Lupe suchen.

Zum Zweiten haben wir inzwischen eine über viele Jahrzehnte gefestigte republikanische Tradition, was sogar für die 1990 beigetretenen neuen Bundesländer zutrifft, die mittlerweile fast doppelt so lange zur Bundesrepublik

gehören als die Weimarer Republik insgesamt existierte. Deshalb sind die Eliten heute auch nicht ansatzweise derart republikfeindlich wie damals kurz nach dem Sturz der Monarchie. Das gilt in gleichem Maße für Beamte, Juristen, Militärs und Angehörige der Sicherheitsorgane. Dazu kommt der derzeit vorherrschende Linksdrill in der akademischen Welt, den es in „Weimar“ so ebenfalls in keiner Weise gab, weil er eine Nachwirkung der Entwicklung seit 1968 darstellt.

Zum Dritten leben wir nun generell in einem Links-Staat, was sich auch an den Medien zeigt, in denen Meinungspluralismus – im Gegensatz zur Weimarer Republik – zur Mangelware geworden ist. Ja, mehr noch: 2019 paktieren der Staat und die Regierungsparteien ziemlich offen mit linksextremen Kräften, obwohl diese die Axt an die Wurzeln der freiheitlich-demokratischen Grundordnung legen wollen. Vergleichbares wäre

in der Weimarer Republik völlig undenkbar gewesen.

Zum Vierten ist die AfD keine „rechte“ oder gar „rechtsextreme“ Partei, die irgendwelche Parallelen zur NSDAP aufweist. Die angeblich „radikalen“ Positionen der AfD wurden vor noch gar nicht allzu langer Zeit von Christ- und Sozialdemokraten geteilt, welche ihrerseits nun aber weit nach links gedriftet sind. Deshalb strebt die AfD im Gegensatz zur NSDAP auch keine grundlegende Systemänderung an, sondern die Bewahrung und Optimierung des Systems.

Zum Fünften fehlen heutzutage die paramilitärischen Formationen vom Schlage der SA und des Roten Frontkämpferbundes, wengleich die Antifa gewisse Ähnlichkeiten mit der Bürgerkriegstruppe der Kommunisten in der Weimarer Zeit aufweist, während es ein rechtes Pendant zu den organisierten linken Straßenschlägern von 2019 nicht gibt.

Deshalb geht die flächendeckende Gewalt in der politischen Auseinandersetzung jetzt nur von einer Seite aus.

Zum Sechsten gibt es überhaupt keine Parallelen zum Antisemitismus in der Weimarer Epoche: Der war damals definitiv deutscher Provenienz. Inzwischen handelt es sich jedoch um ein importiertes Phänomen, dessen Träger in aller Regel Muslime sind, welche als „Schutzsuchende“ in die Bundesrepublik kamen oder abgeschotteten Subkulturen entstammen, die man in der Weimarer Zeit so auch nicht kannte.

Zum Siebten sieht die materielle Situation der meisten Deutschen derzeit wesentlich besser aus als zwischen 1918 und 1933, weil sie eben – noch – keine Hyperinflation erleben mussten.

Und wenn doch so mancher der stetig wachsenden Unterschicht angehört und in teilweise sehr prekären Verhältnissen lebt, dann sorgt ein aufgeblähter Sozialstaat mit seiner Verteilungspolitik dafür, dass niemand wirklich um nackte Überleben kämpfen muss. Ebenso ist die für „Weimar“ höchst typische Massenarbeitslosigkeit kaum ein Thema in der Bundesrepublik der Gegenwart, in der man stattdessen immer stärker gegen den Fachkräftemangel anzukämpfen versucht.

Zum Achten hat sich die internationale Stellung Deutschlands völlig verändert: War die Weimarer Republik nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg eher ein Paria auf unserem Kontinent, so nimmt die Bundesrepublik heute die Rolle des Musterknaben innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft ein, wo man den permanent erhobenen moralischen Zeigefinger Berlins freilich zunehmend als lästig empfindet. Zugleich war „Weimar“ in kein solches riesiges zentralisiertes übernationales Gebilde eingebunden wie das heutige Deutschland.

Zum Neunten gehörte die Weimarer Republik definitiv auch

nicht zu den Einwanderungsländern dieser Welt, während für die Bundesrepublik das ganze Gegenteil gilt. Deshalb musste sich die „Weimarer“ Gesellschaft nur selten mit den Schattenseiten der Immigration herumschlagen, die das Leben in unserer Gegenwart mittlerweile so nachhaltig prägen.

Und zum Zehnten gab es bis 1933 keine geheimdienstliche Unterwanderung der deutschen Gesellschaft: Die Weimarer Republik verfügte weder über Verfassungsschutzämter noch andere Institutionen zur Überwachung der Bevölkerung und der politischen Szenerie, sondern lediglich

Doch was passiert, wenn die Wirtschaft einbricht?

über einen lächerlich kleinen militärischen Geheimdienst.

Ansichts all dessen verbietet es sich strikt, von „Weimarer Verhältnissen“ zu sprechen, wenn es um die heutige Bundesrepublik geht. Das wollen mittlerweile auch einige Politikwissenschaftler wie Steffen Kailitz vom Dresdner Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung erkannt haben, wobei sie zugleich die besorgte Frage aufwerfen: „Was passiert eigentlich, wenn es einen ähnlichen Zusammenbruch der Wirtschaft gibt wie bei der Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er/Anfang der 1930er Jahre?“

Das kann man durchaus als listig-versteckten Wink mit dem Zaunpfahl interpretieren, dass Parteien wie die AfD bis dahin unbedingt neutralisiert sein müssten, um eine zweite „Machtergreifung“ zu verhindern. So wird dann also doch wieder indirekt auf „Weimar“ Bezug genommen, um unterschwellige Ängste zu erzeugen und Stimmung gegen „Rechts“ zu machen. Wolfgang Kaufmann



Republik am Abgrund: Kommunisten-Unruhen in Berlin 1927

Bild: Ullstein



MELDUNGEN

Corinth-Haus verfällt

Tapiau – Das Haus, in dem der ostpreußische Maler Lovis Corinth gelebt hat, droht zu verfallen, obwohl es sich im Besitz der Gemeinde Tapiau befindet und als schützenswertes Objekt mit regionaler Bedeutung gilt. Auf Kritik seitens der Bevölkerung an dem Zustand des Hauses rechtfertigte sich die Stadt damit, dass das Gebäude ihr erst 2017 unterstellt worden sei und seitdem regelmäßig erhaltende Aufräummaßnahmen durchgeführt würden. Für eine Rekonstruktion fehlen umgerechnet 236 000 Euro. *MRK*

Bald wieder Zugverbindung?

Lyck – Die vor einigen Jahren stillgelegten Eisenbahn-Linien von Lyck nach Treuburg und Goldap und von Lyck nach Arys könnten wiederhergestellt werden. So sieht es das Regierungsprogramm „Eisenbahn Plus“ vor. Erforderlich sei aber eine Zusammenarbeit mit der Woiwodschaft und den lokalen Verwaltungen, sagte der Pressesprecher des Ministers für Infrastruktur und Woiwodschafts-Abgeordnete Pawel Czemieli in Lyck. Das Regierungsprogramm verspricht eine Finanzierungsbeteiligung von 85 Prozent bei der Wiederherstellung von Eisenbahn-Verbindungen. Die restlichen 15 Prozent müssen die Kommunen tragen. Die Linien, die wiederhergestellt werden sollen, müssen sich im Verkehrsplan der Woiwodschaft wiederfinden. Die Linie von Lyck nach Treuburg wurde 2012 eingestellt und die nach Arys drei Jahre zuvor. *PAZ*

Rentner erstürmen Fahrkartenkioske

Königsberg steigt auf elektronische Tickets im öffentlichen Personennahverkehr um

In Königsberg soll ein neues, elektronisches Fahrkartensystem eingeführt werden, das Schaffner in Zukunft überflüssig machen soll. Von der Neuerung sind jedoch nicht alle begeistert, da viele Preiserhöhungen befürchten.

In vielen europäischen Ländern und auch in einer Reihe russischer Regionen gibt es bereits elektronische Fahrkarten im öffentlichen Personennahverkehr. Nun sollen auch in Königsberg Kontaktkarten eingeführt werden, die man gegen einen speziellen Scanner im Fahrgastraum hält. Je nach System werden auf der Karte die bereits erfolgten Fahrten und das verbleibende Guthaben festgehalten.

Wenn es nach den Wünschen der Stadtverwaltung geht, werden in der Pregelmetropole noch in diesem Jahr die ersten dieser Karten eingeführt. Dabei ist geplant, sie für alle Arten des Stadtverkehrs einzuführen, also auch in Fahrzeugen privater Dienstleister.

Dass es derartige Pläne seit einigen Jahren gibt, ist schon länger bekannt, doch jetzt soll die öffentliche Ausschreibung für die Ausstattung des gesamten städtischen öffentlichen Nahverkehrs mit dem System wie auch für die Kartenausgabe erfolgen. Es müssen die entsprechende Software entwickelt sowie Ausrüstung und andere Elemente der Bezahlinfrastruktur installiert werden.

Gegenwärtig gibt es in Königsberg öffentlichen Verkehrsmitteln noch Schaffner, bei denen man Fahrkarten kaufen kann.

Die Stadtverwaltung geht davon aus, dass die Einführung des neuen Systems den Betrieb des öffentlichen Verkehrs verbessern wird, da elektronische Tickets eine bessere Auswertung über besonders stark frequentierte Strecken, Ziele und die gesamte Infrastruktur ermöglichen. Für die Einführung dieses neuen Systems sind im Stadthaushalt umgerechnet 540 000 Euro vorgesehen.



Schlangestehen wie zu Sowjetzeiten: Rentner vor einem Fahrkartenschalter

Bild: J.T.

Als weiteres Argument für das im Rathaus beschlossene neue System nennt die Verwaltung geringeres Konfliktpotenzial, da es bisher regelmäßig zwischen Passagieren und Schaffnern zu Konflikten beim Fahrkartenverkauf gekommen sei.

Regional- und Stadtregierung gehen davon aus, dass die Neueinführung sich auch positiv auf den Fahrpreis auswirken könnte. Denn zurzeit bestehe in Königsberg ein Überangebot, das dazu führe, dass einige Busse, insbesondere die Trolleybusse und

kreuzen ausgestattet werden sollen wie in Moskau, oder ob es in den Kleinbussen weiterhin Schaffner geben soll. Gegen Drehkreuze spricht, dass sie womöglich das Einsteigen der Passagiere verlangsamen. Es wird befürchtet, dass vor allem ältere Menschen Schwierigkeiten haben werden, ihre Fahrkarten zu scannen. Zudem versagt die Technik häufiger und gilt als instabil. Das kann man oft in Moskau beobachten, wo häufig in den Bussen die Karte nicht „gelesen“ werden kann, was dazu führt, dass sich eine Schlange ungeduldiger Passagiere bildet.

Höchstwahrscheinlich wird die Einführung des neuen Systems in Königsberg nur schrittweise erfolgen. Unrentable Fahrten könnten eingespart werden. Die Regierung geht davon aus, dass besonders Mehrfachfahrkarten in Zukunft günstiger werden dürften als heute.

Ungeklärt ist bis jetzt, ob die Fahrzeuge am Eingang mit Dreh-

kreuzen ausgestattet werden sollen wie in Moskau, oder ob es in den Kleinbussen weiterhin Schaffner geben soll. Gegen Drehkreuze spricht, dass sie womöglich das Einsteigen der Passagiere verlangsamen. Es wird befürchtet, dass vor allem ältere Menschen Schwierigkeiten haben werden, ihre Fahrkarten zu scannen. Zudem versagt die Technik häufiger und gilt als instabil. Das kann man oft in Moskau beobachten, wo häufig in den Bussen die Karte nicht „gelesen“ werden kann, was dazu führt, dass sich eine Schlange ungeduldiger Passagiere bildet.

Höchstwahrscheinlich wird die Einführung des neuen Systems in Königsberg nur schrittweise erfolgen.

Viele Fragen noch ungeklärt

Armes Südostpreußen

Laut Eurostat: Region rangiert am unteren Ende der Skala

Laut dem europäischen Statistikamt Eurostat befinden sich drei der 20 ärmsten Regionen der Europäischen Union in der Republik Polen, darunter auch das südliche Ostpreußen. Warschau dagegen zählt zu den 20 reichsten Gebieten der EU.

Auf zwei entgegengesetzten Polen, in Bezug auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf, befanden sich der Nordwesten Bulgariens (31 Prozent des EU-Durchschnitts) und London City (626 Prozent). Wie Eurostat mitteilte, gab es 2017 in 20 Regionen der Europäischen Union ein Pro-Kopf-BIP nach Kaufkraftstandards unter 50 Prozent des EU-Durchschnitts. Drei dieser Regionen sind polnische Woiwodschaften: das Karpatenvorland (49 Prozent), das südliche Ostpreußen (49 Prozent) und Lublin (48 Prozent).

Den Daten der EU-Behörde zufolge war die reichste polnische Region die Warschauer Hauptstadtregion, die statistisch von Masowien getrennt betrachtet wurde. Warschau erreichte zusammen mit neun benachbarten Kreisen 152 Prozent des EU-Durchschnitts (der verbleibende Teil der Woiwod-

schaft 59 Prozent). Die polnische Hauptstadt nimmt damit den 19. Platz in der gesamten Europäischen Union vor Wien (151 Prozent) ein. In der Woiwodschaft Niederschlesien lagen die Werte bei 77, in Großpolen bei 76 und in Schlesien bei 72 Prozent.

Zu den reichsten Regionen in der EU gehören außer London City: Luxemburg (253 Prozent), Südirland (220 Prozent), Hamburg (202 Prozent), Brüssel (196 Prozent), der zentralöstliche Teil Ir-

EU-Mittel für Polen sollen um ein Viertel reduziert werden

lands (189 Prozent) und Prag (187 Prozent).

Unter den 20 ärmsten Gebieten, in denen das Pro-Kopf-BIP unter der Hälfte des EU-Durchschnitts liegt, befinden sich fünf in Bulgarien, vier in Griechenland und Ungarn, drei in Polen, zwei in Rumänien und zwei in den französischen Überseegebieten. Die wirtschaftlichen Ergebnisse der Regio-

nen bilden die Grundlage für die Zuweisung von EU-Mitteln im Rahmen der Kohäsionspolitik (Zusammenhalt zwischen einzelnen Staaten und Regionen). Sie umfasst alle Gebiete der Europäischen Union, aber die meisten Strukturfonds sind Regionen zugeteilt, in denen das Pro-Kopf-BIP 75 Prozent des Durchschnitts der EU-Mitgliedstaaten nicht überschreitet.

Derzeit basiert die Mittelzuweisung auf dem durchschnittlichen Pro-Kopf-BIP von 2007 bis 2009. Gerade wird der nächste EU-Haushalt vorbereitet, der nach dem Jahr 2020 gültig wird. Der von der Europäischen Kommission vorgelegte Vorschlag zeigt, dass die Mittel für Polen möglicherweise um ein Viertel reduziert werden. Gegen die Kürzungen sind das Europäische Parlament und der Europäische Ausschuss der Regionen, das beratende Gremium der EU. Die Mitgliedstaaten sind in dieser Angelegenheit sehr gespalten. Polen ist zusammen mit 15 EU-Ländern bereit, die Mitgliedsbeiträge zu erhöhen, um das Budget der Kohäsionspolitik aufrechtzuerhalten. *Edyta Gladkowska*

Pläne für Burg Ortelsburg

Umfangreiche Restaurierung beabsichtigt, aber mit Verzögerung

Wegen zu hoher Preise hat die Stadtverwaltung Ortelsburg die Ausschreibung der Restaurierung der Ruinen der Ordensburg auf Eis gelegt. Die Stadtbehörden kündigten an, das Ausschreibungsverfahren zu wiederholen, um einen günstigeren Unternehmer zu finden. Die Ausschreibung wurde aufgehoben, weil die abgegebenen Angebote die Höhe von umgerechnet 2,1 Millionen Euro überstiegen, welche die Stadt zur Verfügung stellen wollte. Eine der interessierten Firmen verlangte für die Ausführung der Arbeiten knapp drei Millionen Euro, eine andere sogar 3,4 Millionen Euro.

Die Burg soll eine touristische Attraktion für Ortelsburg werden. Die Stadtverwaltung hat für diesen Zweck eine Mitfinanzierung durch die Europäische Union erreicht. Die Beendigung der Arbeiten ist jetzt für April 2021, und nicht, wie bisher, zum November des nächsten Jahres, geplant. Eine Stadtvertreterin sagte: „Wir werden uns mit Sicherheit nicht aus der Investi-

tion zurückziehen, denn das (die Burg) ist unsere Perle“.

Das Projekt beinhaltet den Erhalt der alten ordenszeitlichen Befestigung und das Bewahren der Ruine. Die mittelalterlichen Mauern werden gesichert, und die unterirdischen Räume werden zur Besichtigung zugänglich gemacht. Über dem Keller entsteht ein Raum mit Glasdach. Dort sollen ein Ausstellungs-Saal und ein Ort für Kammer-Konzerte entstehen.

Zweite Ausschreibung soll helfen, zu hohe Kosten zu senken

Geplant ist auch die Rekonstruktion des Brunnens, der Zutritt zum steinernen Fundament und die Wiederherstellung des Burggrabens. Die Burg in Ortelsburg stammt aus der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts. Sie war Sitz eines Ordenspflegers, der einen der Verwaltungs- und militärischen Bereiche verwaltete, in die der Ordensstaat eingeteilt

gen. Zunächst werden die Schaffner in den Verkehrsmitteln mit einem Handscanner ausgestattet, durch den der Fahrpreis mit Bankkarten oder einem elektronischen Ticket bezahlt werden kann. Parallel dazu kann bar bezahlt werden. Der endgültige Umstieg auf elektronische Tickets wird etwa in zwei Jahren erfolgen. Zu diesem Zeitpunkt sollen in allen Fahrzeugen des öffentlichen Personennahverkehrs stationäre elektronische Fahrkartenscanner vorhanden sein. Gleichzeitig wird der Fahrer Tickets gegen Bargeld verkaufen.

Es soll auch nach Einführung des neuen Fahrkartensystems Nachlässe für bestimmte Personengruppen geben. Kinderreiche Familien, Rentner und Schüler können im Zentrum für öffentliche Dienstleistungen („Ein-Schalter-Dienst“) Anträge stellen, um vergünstigte Monatskarten zu erhalten.

Diejenigen Rentner, die jetzt schon die Möglichkeit haben, vergünstigte Mehrfachkarten für umgerechnet 6,75 Euro pro Monat zu erwerben, sind über die bevorstehende Änderung beruhigt. Sie haben gedroht, die Verkaufsstellen zu erstürmen. Vor Kurzem haben sich bereits vor den Verkaufsstellen in der ganzen Stadt lange Schlangen gebildet. Die älteren Menschen befürchten, dass der jetzt noch gültige ermäßigte Tarif bald gestrichen wird, und versuchen, sich so schnell wie möglich Vergünstigungen für die elektronische Monatskarte zu sichern. In einigen Kiosken kam es sogar eine Stunde vor Öffnung zu Warteschlangen. *Jurij Tschernyschew*

Wir gratulieren ...

ZUM 107. GEBURTSTAG

Bach, Brunhilde, geb. **Schramm**, aus Wehlau, am 25. März

ZUM 99. GEBURTSTAG

Venohr, Rita, geb. **Boguschewski**, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 24. März

ZUM 98. GEBURTSTAG

Bruhnke, Elisabeth, geb. **Meyer**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 28. März

Riehl, Charlotte, geb. **Reich**, aus Taplacken, Kreis Wehlau, am 28. März

ZUM 97. GEBURTSTAG

Beckherrn, Herbert, aus Lyck, Lycker Garten 29, am 22. März

Negraßus, Kurt, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 28. März

Schwartz, Elfriede, geb. **Volkmann**, aus Lyck, Otto-Reinke-Straße 4, am 24. März

ZUM 96. GEBURTSTAG

Chedor, Hildegard, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 24. März

Harmsen, Elfriede, geb. **Troeder**, aus Amalienhof, Kreis Ebenrode, am 26. März

Kastner, Gertrud, aus Lyck, am 22. März

Langkeit, Heinz, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 27. März

Neumann, Hildegard, aus Bärwalde, Kreis Fischhausen, am 26. März

Schönwald, Erna, geb. **Donner**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 25. März

Schulz, Marie, geb. **Rama**, aus Winken, Kreis Neidenburg, am 25. März

Walka, Gerda, geb. **Labeit**, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 28. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Casper, Hildegard, geb. **Sbosny**, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 27. März

Gryzewski, Werner, aus Lyck, am 25. März

Habicht, Heinrich, aus Maldanen, Kreis Ortelsburg, am 22. März

Krause, Luise, geb. **Kyjewski**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 26. März

Maxim, Hugo, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 28. März

Pohl, Erwin, aus Mohrunen, am 25. März

Rudolph, Asta, geb. **Milewski**, aus Lyck, am 28. März

Schönfelder, Margo, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 22. März

Anzeige

Suche Infos

zu **Frieda Gerullis**, geb. 28.12.1901 in Schloßberg und ihrer Mutter **Johanna Gerullis** geb. Görke.

Telefon 03461-2756989
Fr. Helga Scherbart bitte nochmal anrufen und Tel.-Nr. auf den Anrufbeantworter sprechen.

ZUM 94. GEBURTSTAG

Geniffke, Irma, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 25. März

Kepp, Franz, aus Zimmerbude, Kreis Fischhausen, am 24. März

Knischewski, Ernst, aus Reinental, Kreis Treuburg, am 26. März

König, Hildegard, geb. **Kaupat**, aus Schneckenmoor, Kreis Elchniederung, am 23. März

Körber, Lucie, geb. **Faust**, aus Korben, Kreis Fischhausen, am 26. März

Lawes, Anneliese, geb. **Grunau**, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 22. März

Naujok, Erna, geb. **Quednau**, aus Biothen, Kreis Wehlau, am 22. März

Oertwig, Rosemarie, geb. **Titius**, aus Wehlau, am 24. März

Pallasch, Walter, aus Groß Blumennau, Kreis Ortelsburg, am 22. März

Rehra, Walter, aus Gordeiken, Kreis Treuburg, am 28. März

Sender, Erna, geb. **Jobs**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 27. März

Staffelt, Helene, geb. **Roy**, aus Tannau, Kreis Treuburg, am 24. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Heitger, Bernhard, aus Stuhr, Kreis Wehlau, am 27. März

Komm, Alma, geb. **Fegletef**, aus Schiewenau, Kreis Wehlau, am 22. März

Kuhn, Erika, geb. **Wochnowski**, aus Neidenburg, am 27. März

Maier-Solkg, Roswitha, geb.

Luft, aus Lötzen, am 23. März

Mix, Irmgard, geb. **Roß**, aus Millau, Kreis Lyck, am 27. März

Murach, Wilma, geb. **Arndt**, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 24. März

Riedel, Hildegard, geb. **Gebert**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 22. März

Schmidt, Charlotte, geb. **Legien**, aus Rantau, Fischhausen, am 25. März

Schnitzler, Erika, geb. **Sdunek**, aus Tälhöfen, Kreis Neidenburg, am 26. März

Schulewski, Ernst, aus Waldwender, Kreis Lyck, am 24. März

Senf, Erich, aus Worfengrund, Kreis Ortelsburg, am 24. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Dander, Kurt, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 28. März

Pawellek, Helene, geb. **Masanek**, aus Neidenburg, am 23. März

Rega, Ruth, geb. **Mrotzek**, aus Borken, Kreis Lyck, am 25. März

Martini, Christel, geb. **Möller**, aus Timmerdorfer Strand, KG Wehlau, am 27. März

Schönfeld, Martha, geb. **Artischewski**, aus Statzen, Kreis Lyck, am 24. März

Steinbrich, Hildegard, geb. **Kozziol**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 24. März

Stöllger, Berthold, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 23. März

Tertel, Edith, geb. **Melchin**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 22. März

Wesolowski, Renate, geb. **Huck**, aus Radnicken, Kreis Fischhausen, am 26. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Alexi, Heinrich, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 27. März

Bahlo, Reinhold, aus Talussen, Kreis Lyck, am 28. März

Bednarz, Ernst, aus Groß Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 25. März

Conrad, Gotthard, aus Königsberg, am 27. März

Flade, Elfriede, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 22. März

Hoff, Elli, geb. **Pudert**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 28. März

Kallinowski, Manfred, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 25. März

Krusholz, Anneliese, geb. **Pudellek**, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 22. März

Lohmeyer, Ella, geb. **Elnzer**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 25. März

Lötz, Irmgard, geb. **Tuttas**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 25. März

Mengel, Maria, geb. **Friedel**, aus Lyck, am 24. März

Philipp, Willi, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 22. März

Scheffler, Heinz, aus Rhein, Kreis Lötzen und Königsberg, am 24. März

Sokolowski, Günter, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 28. März

Anzeige

BUCHTIPP: Hitlers verborgene Motive - Chronik einer Enttarnung von Jürgen Hanselmann

Die neue Hitler-Biografie in Form einer Chronik deckt Hitlers Hintergedanken bei seinen wichtigsten Entscheidungen auf! ISBN-13-978-3746731162, 380 S. für 20,99 Euro Bei „epubli“ oder im Buchhandel!

Staiger, Luise, geb. **Holstein**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 28. März

Steinmeier, Brigitte, geb. **Rhode**, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 22. März

Strüver, Ernst August, aus Sandtitten, Kreis Wehlau, am 24. März

Wittkowski, Horst, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 28. März

Wittkowski, Horst, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 28. März

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bee, Alice-Lotte, geb. **Embacher**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 24. März

Behrend, Ella, geb. **Kaulitzki**, aus Hohenberge, Kreis Elchniederung, am 28. März

Benjestorf, Frieda, geb. **Stelzer**, aus Seepers, Kreis Mohrunen, am 28. März

Buchholz, Hannelore, aus Tälfriede, Kreis Ebenrode, am 24. März

Degler, Grete, geb. **Schmidt**, aus Neidenburg, am 22. März

Didjurgait, Günter, aus Guhsen, Kreis Treuburg, am 24. März

Draack, Hans, aus Imten, Kreis Wehlau, am 28. März

Gallein, Erich, aus Kischen, Kreis Elchniederung, am 27. März

Grefrath, Lore, geb. **Ruhnke**, aus Crazn, Kreis Fischhausen, am 26. März

Isselhorst, Martha, geb. **Spittka**, aus Groß Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 22. März

Koppert, Elisabeth, geb. **Janz**, aus Gilgetal, Kreis Elchniederung, am 27. März

Kyewski, Gertrud, geb. **Robatzek**, aus Brodau, Kreis Neidenburg, am 27. März

Neumann, Alfred, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 22. März

Plotkowiak, Hedwig, geb. **Kipar**, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 24. März

Seidel, Herbert, aus Neidenburg, am 28. März

Sewz, Walter, aus Ortelsburg, am 27. März

Taschke, Fritz, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 24. März

Walther, Irmgard, geb. **Stepputis**, aus Nautzwinkel, Kreis Fischhausen, am 24. März

Walter, Irmgard, geb. **Liedtke**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 28. März

Zimmermann, Gertrud, geb. **Kschonsek**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 28. März

Zimmermann, Gertrud, geb. **Kschonsek**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 28. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bendrick, Erwin, aus Kraam, Kreis Fischhausen, am 28. März

Bigalke, Werner, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 24. März

Güldner, Christel, geb. **Müller**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 28. März

Hahn, Irene, geb. **Schucany**, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 23. März

Jegelka, Horst, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 28. März

Kalwa, Siegfried, aus Frankenau, Kreis Neidenburg, am 28. März

Glückwünsche
Fortsetzung auf Seite 17

Auf nach Wolfsburg!

Ostpreußen aus allen Teilen Deutschlands und aus der Heimat werden am 11. Mai im CongressPark Wolfsburg zum Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen erwartet.

Die Besucher können sich auf ein reichhaltiges und kurzweiliges Programm freuen. Das Jahrestreffen beginnt mit einer Kranzniederlegung am Mahmal für die deutschen Heimatvertriebenen auf dem Klieversberg. Der nur wenige Gehminuten von dem CongressPark errichtete 14 Meter hohe Obelisk gehört zu den beeindruckendsten Denkmälern für die deutschen Opfer von Flucht

und Vertreibung im gesamten Bundesgebiet.

Ab 10 Uhr beginnt das musikalische Vorprogramm mit der Siebenbürger Blaskapelle Wolfsburg. Es folgt die Festveranstaltung, die traditionell mit dem Glockengeläut des Königsberger Domes und dem stimmungsvollen Einmarsch der Fahnen der ostpreußischen Kreise eröffnet wird. Das geistliche Wort übernimmt Domherr André Schmeier aus Allenstein und für die heimatverbliebenen Ostpreußen wird Heinrich Hoch, der Vorsitzende der deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen, das Wort ergreifen. Höhepunkt

des Vormittags ist dann die Ansprache des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat. Eine zweistündige Mittagspause schließt sich an, die zur kulinarischen Stärkung einlädt und Gelegenheit bietet, sich die Stände und Ausstellungen der Kreisgemeinschaften sowie der Aussteller im Foyer anzuschauen. Der Nachmittag steht ganz im Zeichen der ostpreußischen Kultur. Auftreten werden die französische Sopranistin Isabelle Kusari mit ostpreußischen Volksliedern, die Volkstanzgruppe Saga aus Bartenstein und der bekannte Heimatsänger BernStein, der

auch durch das Programm führt. Es gibt also viele Gründe, nach Wolfsburg zu kommen und der Öffentlichkeit gegenüber zu dokumentieren, dass die Ostpreußen fast ein Dreivierteljahrhundert nach Flucht und Vertreibung eine vitale Gemeinschaft sind.

Karten können im Vorverkauf zum Preis von 10 EURO (Versand zusätzlich 1 EURO) bei der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0, E-Mail: selke@ostpreussen.de und an der Tageskasse in Wolfsburg erworben werden.

Landsmannschaft Ostpreußen



Am 11. Mai werden hier die Elchschaufelfahnen hängen: CongressPark Wolfsburg

Bild: D Wecke Photodesign

Sonnabend, 11. Mai 2019
10 - 17 Uhr CongressPark Wolfsburg
www.ostpreussen.de

Jahrestreffen

der Landsmannschaft Ostpreußen

Festveranstaltung mit Ansprache des Sprechers, Fahneneinmarsch, Kulturprogramm u.v.m.

CongressPark Wolfsburg
Heinrich-Heine-Straße, 38440 Wolfsburg
(Zufahrt über die Straße Klieverhagen)

Bitte beachten: Die Eintrittskarten zum Preis von 10€ (bei Versand 1€ zusätzlich) sind im Vorverkauf und an der Tageskasse erhältlich. Sichern Sie sich jetzt Ihre Karte im Vorverkauf: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: 040-41 40080, selke@ostpreussen.de. Eintritt nur mit gültiger Karte.

Die Heimattreffen 2019

Auf einen Blick: Von Allenstein bis Wehlau – die wichtigsten Termine unserer Heimatkreise bis zum Dezember

ALLENSTEIN-LAND



Gelsenkirchen – Freitag, 13., und Sonnabend, 14. September: 64. Jahrestreffen der Stadtgemeinschaft – Sonnabend, 14. September, 13 Uhr, Schloss Horst: Jahrestreffen der Stadt- und Kreisgemeinschaft Allenstein.

KIRCHSPIELE

Alle Kirchspiele – Sonntag, 5. Mai: Wallfahrt Werl.

Alt Schöneberg, Göttendorf, Jonkendorf zusammen mit Kirchspiel Dietrichswalde, Nagladen und Woriten zum 38. Mal – Sonnabend, 25. Mai, ab 14 Uhr, Gemeindesaal der Herz-Jesu Gemeinde, Hölterweg 4, 44894 Bochum-Werne: Treffen. Weitere Informationen bei Familie Sawitzki unter Telefon (0234) 230624 oder bei Johann Certa, Telefon (02334) 54077.

Deuten – Sonnabend, den 14. September, ab 13 Uhr, Schloss Horst, Turfstraße, 45899 Gelsenkirchen: Heimattreffen Kreisgemeinschaft Allenstein mit Kirchspiel Deuten.

Grieslienen, Honigswalde, Plautzig, Stabigotten und Wemiten – Sonnabend, 6. April, 10 Uhr, Südtiroler Stuben, Freiherr-vom-Stein-Straße 280, 45133 Essen: Treffen. Weitere Informationen: Hildegard Gerigk, Ginsterweg 7, 40880 Ratingen, Telefon (02102) 471477.

Groß Bertung, Jomendorf – Sonnabend, 28. September, ab 13 Uhr, Gemeindehaus der Evangelischen Johannes-Kirchengemeinde, Eschenstraße 25, 42855 Remscheid: Treffen. Weitere Informationen: Robert Wiech, Telefon (02131) 940955, oder Martin Bielecki unter Telefon (02191) 74700.

Groß Kleeberg, Groß Purden, Jonkendorf, Klaukendorf, Mondtken, Polleiken, Wengaiten und Steinberg – Palmsonntag, 14. April, 10 Uhr, Messe in St. Antonius-Kirche, Küttings Garten 3, 45279 Essen-Steele, Freisenbruch: Gottesdienst, dann im Pfarrsaal mit warmer Mahlzeit. Weitere Informationen über das Pfarramt Telefon (0201) 505570 oder Irene Lankau unter Telefon (02133) 633184.

ANGERAPP



Handeloh – Sonnabend, 11. Mai, 11 Uhr, Hotel Fuchs (Telefon 04188/414), 21256 Handeloh /Nordheide: Jahrestreffen mit Wahl des Kreistages und -ausschusses. Wahlvorschläge müssen bis zum 3. Mai bei E. Mai eingereicht sein, Name, Vorname, Geburtsdatum, Heimat- wie aktuelle Anschrift des/der Kandidaten/in sowie dessen/deren Zustimmung enthalten.

ANGERBURG



Rotenburg – Sonnabend, 14., und Sonntag, 15. September, Theodor-Heuss-Schule, Gerberstraße 16 (neben dem Ratsgymnasium), 27356 Rotenburg (Wümme): 65. Angerburger Tage (Kreistreffen).

BARTENSTEIN



Nienburg – Sonnabend, 7. September: Hauptkreistreffen.

BRAUNSBURG



Münster – Sonnabend, 28. September, 15 Uhr, Johanner-Akademie, Münster: Mitgliederversammlung.

Münster – Sonntag, 29. September, 10.30 Uhr, ebendort: festliche Stunde des Kreistreffens.

Heimatreise – Sonnabend, 15. bis Dienstag, 25. Juni: Busreise der KG Braunsberg nach Ostpreußen mit den Stationen Posen, Thorn, Masuren, Braunsberg/Ermland, Danzig, Hela, Stettin. Auskünfte und Reiseprospekte bei manuela.begett@t-online.de

EBENRODE



Winsen/Luhe – Sonnabend, 22. Juni, Brasserie am Schloß, Rathausstraße 5, 21423 Winsen/Luhe: Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft Ebenrode. Die ordentliche Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Ebenrode (Stallupönen) findet ab 14 Uhr statt.

Termine der KG Ebenrode sind der Internetseite der Kreisgemeinschaft zu entnehmen.

ELCHNIEDERUNG



Eisenach – Sonnabend, 23. März: Nachbarschaftsgespräch Tilsit, Tilsit-Ragnit und Elchniederung (nur Vorstandsmitglieder).

Heinrichswalde – 1. Wochenende im August: Teilnahme am Stadtfest und Übergabe der Bruderhilfe mit Gottesdienst.

Bad Nenndorf – Freitag, 6., bis Sonntag, 8. September: Kreistreffen mit Mitgliederversammlung und Delegiertenversammlung.

Hamburg – Dienstag, 14. Mai, 24. September und 26. November, jeweils 14 Uhr, Berenberg-Gossler-Haus, Niendorfer Kirchweg 17: Treffen der Heimatgruppe „Elchniederung Hamburg“. Nähere Informationen bei Helga Bergner, Telefon (040) 5226122.

FISCHHAUSEN



Pinneberg – Sonnabend, 14., bis Sonntag, 15. September, Hotel Cap Polonio, Fahltkamp 48, in 25421 Pinneberg: Kreistreffen.

Wie gewohnt findet das Treffen am 3. Wochenende im September statt. Entgegen der bisherigen Treffen findet nur die Festveranstaltung am Sonnabend im Hotel statt.

Anschließend gehen wir gemeinsam in unser Museum und können hier den Tag mit interessanten Gesprächen ausklingen lassen. Dies hat sich bereits bei unserem letzten Treffen bewährt und wurde von allen Teilnehmern gut angenommen. Das vollständige Programm wird rechtzeitig bekannt gegeben.

GERDAUEN



Rendsburg – Sonnabend, 12., bis Sonntag, 13. Oktober, Hotel Conventgarten, Hindenburgstraße 38, 24768 Rendsburg: Hauptkreistreffen mit einem Vortrag von Christopher Spatz „Heimatlos - Friedland und die langen Schatten von Krieg und Vertreibung“.

GOLDAP



Goldap – Sonnabend, 27. Juli, Haus der Heimat, Goldap: Goldaper Gartenfest. **Stade** – Freitag, 13., bis Sonntag, 15. September: Goldaper Heimattreffen.

GUMBINNEN



Spornitz – Sonnabend, 23. März, 10 bis 15 Uhr, Landhotel: 53. Gesamtdeutsches Heimattreffen des ostpreussischen Regierungsbezirkes Gumbinnen.

Bielefeld – Freitag, 12., bis Sonnabend, 13. April: Treffen der Arbeitsgemeinschaft „Ostpreußisch Platt“.

Chemnitz – Freitag, 10., bis Montag, 13. Mai, Schloss Klaffenbach: Schweizertaler Dorftreffen.

Busreise – Mittwoch, 22., bis Mittwoch, 29. Mai: Reise in die Heimat „Gumbinner zeigen Gumbinnen“.

Bad Essen – Freitag, 24., bis Montag, 27. Mai: Treffen der ehemaligen Meelbeck-Schülerinnen.

Gumbinnen und Judtschen/Kanthausen – Donnerstag, 6., bis Mittwoch, 12. Juni: Pflingstreffen der Hugenottenfamilie Loyal.

Otterndorf – Mittwoch, 17., bis Montag, 29. Juli: Deutsch-russisches Kinder-Ferienlager geplant von der KG Schlossberg.

Lasdehnen im Rayon Krasnoznamensk – Mittwoch, 17., bis Sonntag, 28. Juli: Deutsch-russisches Jugendzeltlager, geplant von der KG Schlossberg.

Bielefeld – Sonnabend, 7., bis Sonntag, 8. September: Bundestreffen mit Wahlen der KG Gumbinnen, Konzert mit Kammerchor „Kant“ in der Lutherkirche.

HEILIGENBEIL



Burgdorf – Freitag, 21., bis Sonntag, 23. Juni, Hotel Haase, Lehrter Straße 12, 31303 Burgdorf, Telefon (05136) 88790, E-Mail: info@hotel-gasthaus-haase.de: Kreistags- und Vorstandssitzung. – Sonnabend, 7., und Sonntag, 8. September, Hotel Haase, Lehrter Straße 12, 31303 Burgdorf: Hauptkreistreffen in Burgdorf. – Freitag, 6. September, 19 Uhr, Hotel Haase, Lehrter Straße 12, 31303 Burgdorf: Matjesessen. Anmeldungen hierzu sind an den 1. stellvertretenden Kreisvertreter Christian Perbandt, Im Stegefild 1, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 57052 oder E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de zu richten. – Sonnabend, 7. September, 15.30 Uhr, Hotel Haase, Lehrter Straße 12, 31303 Burgdorf: Sondertreffen Stadtgemeinschaft Zinten unter der Leitung von Viola Reyentanz, geb. Schlenger.

Altenau – Freitag, 29. März, bis Sonntag, 31. März, Pension „Quellenhof“ Altenau, An der Schwefelquelle 18, 38707 Altenau/Harz: 31. Sondertreffen Kirchspiel Zinten-Land unter der Leitung von Irmgard Lenz, geb. Wengel.

HEILSBERG



Ein Kreistreffen ist erst im kommenden Jahr wieder geplant. Jedoch wird es die Teilnahme an diversen ermländischen oder ostpreussischen Veranstaltungen und Treffen, zum Beispiel in Werl, Wolfsburg, Schloß Burg geben. Dazu sind alle Mitglieder und

Freunde der Kreisgemeinschaft willkommen. Ebenso sind Besuche in unserer Heimatstube in Werlte nach einer vorherigen Terminabsprache möglich.

INSTERBURG



Krefeld – Sonnabend, 12. Oktober: 67. Jahreshaupttreffen.

HEIMATGRUPPEN

Darmstadt – Sonnabend, 6. April, 11.30 Uhr, Bürgermeister-Pohl-Haus, Im Appensee 26, 64291 Darmstadt-Wixhausen: Stammtisch. – Sonnabend, 15. Juni, 11.30 Uhr, Bürgermeister-Pohl-Haus, Im Appensee 26, 64291 Darmstadt-Wixhausen: Stammtisch. – Sonnabend, 17. August, 11.30 Uhr, Bürgermeister-Pohl-Haus, Im Appensee 26, 64291 Darmstadt-Wixhausen: Stammtisch. – Sonnabend, 5. Oktober, 11.30 Uhr, Bürgermeister-Pohl-Haus, Im Appensee 26, 64291 Darmstadt-Wixhausen: Stammtisch. – Sonntag, 7. Dezember, 11 Uhr, Bürgermeister-Pohl-Haus, Darmstadt-Wixhausen: Weihnachtsfeier.

Nähere Informationen: Jürgen Pantel, Telefon (06103) 42744.

Hamburg – Mittwoch, 3. April, 12 Uhr, Hotel Zeppelin, Veranstaltungsraum Empore, Frohmestraße 123-125, 22459 Hamburg: Frühlingstreffen mit Liedern und Vorträgen. – Mittwoch, 1. Mai, 12 Uhr, Hotel Zeppelin, Veranstaltungsraum Empore, Frohmestraße 123-125, 22459 Hamburg: Monatstreffen mit buntem Programm. – Mittwoch, 5. Juni, 12 Uhr, Hotel Zeppelin, Veranstaltungsraum Empore, Frohmestraße 123-125, 22459 Hamburg: Kultureller Vortrag oder Autorenlesung. – Mittwoch, 4. September, 12 Uhr, Hotel Zeppelin, Veranstaltungsraum Empore, Frohmestraße 123-125, 22459 Hamburg: Videovortrag oder Autorenlesung. – Mittwoch, 2. Oktober, 12 Uhr, Hotel Zeppelin, Veranstaltungsraum Empore, Frohmestraße 123-125, 22459 Hamburg: Gedichte und Geschichten. – Mittwoch, 4. Dezember, 12 Uhr, Hotel Zeppelin, Veranstaltungsraum Empore, Frohmestraße 123-125, 22459 Hamburg: Vorweihnachtsfeier mit Liedern und Gedichten.

Informationen: Manfred Samel, Telefon (040) 587585, E-Mail: Manfred-Samel@Hamburg.de

Teutonen/Osnabrück – Sonnabend, 13. April, 14 Uhr, Gaststätte „Bürgerbräu“, Blumenhaller Weg 43, Osnabrück: Frühjahrestreffen. – Sonnabend, 26. Oktober, 14 Uhr, Gaststätte „Bürgerbräu“, Blumenhaller Weg 43, Osnabrück: Herbsttreffen. Nähere Informationen: Renate Berger, Telefon (05471) 4926.

Sachsen – Sonnabend, 23. März, 14 Uhr, DRK-Begegnungsstätte Eschenweg 60, 08060 Zwickau OT Marienthal: Jahresrückblick, Beisammensein, Lieder und Gedichte. – Sonnabend, 22. Juni, 14 Uhr, DRK-Begegnungsstätte Eschenweg 60, 08060 Zwickau OT Marienthal: Gedichte und Geschichten von Frieda Jung. – Sonnabend, 21. Septem-

LYCK



Göttingen – Freitag, 22., bis Sonntag, 24. März, Hotel Rennschuh, Kasseler Landstraße 93, 37081 Göttingen: Treffen Mittlere Generation, Organisation: Heidi Mader.

Lübeck – Sonntag, 28. April: Regionaltreffen, Organisation: Heidi Mader.

Hagen – Sonnabend, 24., und Sonntag, 25. August, Hotel Mercure: Kreistreffen.

Bremen – Donnerstag, 14. November: Lycker Treffen in Bremen, Organisation: Wilhelm Norra.

MOHRUNGEN



Bad Nenndorf – Sonnabend, 28. und Sonntag, 29. September, ab 13 Uhr, Hotel Esplanade/L'Orangerie, Bahnhofstraße 8: Heimatkreistreffen. Die Feierstunde mit einem interessanten Programmablauf und Mitgliederversammlung finden am 29. September statt.

Bad Nenndorf – Sonnabend, 28. September, ebendort: öffentliche Sitzung des 9. Kreistages.

NEIDENBURG



Neidenburg – Sonnabend, 29. Juni, Schloßpark am Schloßbeich: Feierlichkeiten zum 25-jährigen Bestehen des Vereins der Deutschen Minderheit in Neidenburg. Die Deutsche Minderheit freut sich über jeden Besucher aus Deutschland, denn zahlreiche Besucher aus Deutschland bekunden den gebührenden Stellenwert des Vereins in Neidenburg. Eine Reisegruppe aus Deutschland wird mit dem Flugzeug anreisen, um an der Veranstaltung teilzunehmen.

Bochum – Sonntag, 1. September, ab 9 Uhr, Erich-Brühmann-Haus, Kreyenfeldstraße 32, 44894 Bochum-Werne: Heimattreffen. Begleitet wird das Heimattreffen von der Wanderausstellung des Ostpreussischen Kulturzentrums Ellingen „100 Jahre Volksabstimmung im südlichen Ostpreußen am 11.07.1920“, die uns von Ellingen zur Verfügung gestellt wird. Ein Muss für jeden jüngeren Interessenten der Kreisgemeinschaft Neidenburg, da dieses einschneidende Ereignis nicht in Vergessenheit geraten darf.

Die Kreistagsitzung findet wie immer am Vortag des Heimattreffens statt. Eine besondere Einladung erfolgt noch zur gegebenen Zeit rechtzeitig.

JOHANNISBURG



Düsseldorf – Mittwoch, 1. Mai, 10.30 Uhr (Beginn 12 Uhr), Im Goldenen Ring, Burgplatz: 36. Regionaltreffen unter der Leitung von Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657.

Dortmund – Sonntag, 1. September, 9 Uhr (Beginn 11 Uhr), Kongresszentrum Westfalenhalle, Rheinlanddamm 200: 64. Johannisburger Haupt-Kreistreffen. Anfahrtsmöglichkeiten über B1 und U-Bahn 45 oder 46.

LABIAU



Leipzig – Sonnabend, 15. Juni, 10 Uhr, Gaststätte Seilbahn, Max-Liebermann-Straße 91, 04157 Leipzig: 5. Regionaltreffen. Anmeldung und Information bei Eberhard und Barbara Grashoff, Telefon (0341) 9010730.

Bremerhaven – Sonnabend, 3. August, 14 Uhr Kleingartenverein Süd, Helgoländer Straße 3: 44. Haffdörfertreffen der Haffdörfer Rinderort, Peldßen und Labagienen/Haffwinkel. Information bei Marita Jachens-Paul, Telefon (0471) 86176.

Otterndorf – Sonntag, 15. September der Stadthalle Otterndorf, Fröbelweg, 21762 Otterndorf: Hauptkreistreffen „70 Jahre Kreisgemeinschaft Labiau“. Information bei der Kreisvertreterin Brigitte Stramm, Telefon (04853) 562.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15

Ostpreußischen Landesmuseums zu verschiedenen Themenbereichen,

14 bis 16 Uhr: Feierstunde (unter anderem liest der Historiker Christopher Spatz aus seinem neuesten Buch „Heimatlos. Das Lager Friedland – ein ostpreußischer Schicksalsort in Niedersachsen“).

PR. EYLAU



Pr. Eylau – Wochenende 7. und 8. September: Stadtfest.

Verden – Wochenende 21. September, ab 13.30 Uhr (ab 11 Uhr: Empfang im Rathaus), und 22. September, Niedersachsenhalle, Lindhooper Straße 92, 27283 Verden/Aller: Kreistreffen mit Mitgliederversammlung, bei der alle Bezieher des Kreisblattes eine Stimme haben, und Neuwahl des Vorstandes.

Christoph Hinkelmann, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Ostpreußen-Museums in Lüneburg, hält einen Lichtbildvortrag über die Naturschönheiten der Kurischen Nehrung.

Herr Biesert steht auch in diesem Jahr allen Interessierten zur Verfügung, die eine Frage zu ihrer persönlichen Familienforschung haben.

PR. HOILLAND



Itzehoe – Sonnabend, 14., bis Sonntag, 15. September, Ständesaal des Historischen Rathauses und Hotel Schwarz, Itzehoe: Hauptkrestreffen.

Pr. Holland – Sonnabend, 21., bis Sonntag, 22. September, Pr. Holland: Jubiläumstreffen – 200 Jahre Gründung des Kreises Pr. Holland.

RASTENBURG



Wesel – Sonnabend, 10., bis Sonntag, 11. August, Niederrheinhalle: 63. Heimatkreistreffen.

Bad Fallingbostal – Freitag, 14., bis Sonntag, 16. Juni, 29683 Bad Fallingbostal: Korschener Treffen.

RÖSSEL



Neuss – Sonnabend, 21. September, 10 Uhr, Kirche Immaculata der Augustinerinnen, Augustinusstraße 46, 41464 Neuss, im Anschluss Berufsbildungszentrum, Hammfelddamm 2, 41460 Neuss: Hauptkrestreffen. Nach der Heiligen Messe um 10 Uhr findet die Feierstunde im Berufsbildungszentrum statt.

Näheres Programm wird noch bekannt gegeben.

SENSBURG



Unkel – Sonnabend, 6. April, 10.15 Uhr, Weinhaus zur Traube, Lühlingsgasse 5, 33572 Unkel/Rhein: 23. Kirchspieltreffen Hoverbeck sowie 18. Ortstreffen Selbongen.

Gelsenkirchen – Sonnabend, 27. April, 10 Uhr, Gaststätte Zum Türmchen, Oststraße 41, 45891 Gelsenkirchen-Erle: 13. Kirchspieltreffen Peitschendorf und Aweyden.

Bad Sassendorf – Sonnabend, 27. April, 9 Uhr, Hotel Haus Rasche-Neugebauer, Wilhelmstraße 1, 59505 Bad Sassendorf: 24. Kirchspieltreffen Sorquitten sowie 20. Kirchspieltreffen Warpuhnen.

Remscheid – Sonnabend, 18. Mai, 15 Uhr, Stadtparkteich beim Schützenplatz, Hindenburgstraße 133, 42853 Remscheid: 58. Traditionelle Stinthenngstwaschung.

TILSIT-RAGNIT



Bad Sassendorf – Sonnabend, 31. August, 14 Uhr, Hotel Haus Rasche, Wilhelmstraße 1, 59505

Bad Sassendorf: Mitgliederversammlung mit Wahl des neuen Kreistages. Nach der konstituierenden Sitzung des neuen Kreistages ist ein gemeinsames Abendessen geplant, dem sich ein gemütliches Beisammensein anschließen soll. Interessenten werden gebeten, sich wegen einer Übernachtung mit dem Hotel in Verbindung zu setzen unter Telefon (02921) 55501. Haus Rasche liegt in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs.

TREUBURG



Fintel – 26. bis 31. Mai, Resort-Hotel Eurostrand Fintel, Bruchweg 11, 27389 Fintel: Treffen Schwentainen und Rogonnen. Information bei Hannelore Kedzierski unter Telefon (0371) 855079 oder bei Achim Rattay unter Telefon (02152) 8099041.

Gütersloh – Sonntag, 16. Juni, Restaurant Bonne Vie, Carl-Bertelsmann-Straße 267, 33335 Gütersloh: Treffen Bärensgrund. Informationen bei Manfred Bednarzik unter Telefon (05244) 9275888.

Hagen (Westf.) – Sonntag, 25. August, 11 Uhr, Hotel Mercure, Wasserloses Tal 4, 58093 Ha-

gen: Kreistreffen gemeinsam mit den Lycker Heimatfreunden.

Hamburg – 30. August bis 1. September: Treffen Gonsken (Herzogskirchen). Informationen bei Ronny Haase unter Telefon (033731) 10394.

WEHLAU



Leipzig – Sonnabend, 15. Juni, Gaststätte Seilbahn; Max-Liebermann-Straße 91, 04157

Leipzig: 7. Regionaltreffen. Organisation: Eberhard Grashoff, Telefon (0341) 9010730. E-Mail: ebs.grashoff@web.de.

Bassum – Wochenende, 13. September, 17 Uhr, bis 15. September, 17 Uhr, Freudenburg, Bassum.: Hauptkrestreffen mit Mitgliederversammlung am Sonnabend, 14. September, 13 Uhr. Anmeldung zum Treffen wegen Essensdisposition erforderlich bei Gerd Gohlke, Sykerstraße 26, 27211 Bassum, E-Mail: gerd.gohlke@wehlau.nez, Telefon (04241) 5586 oder Mobil (0171) 5317892. Beiträge und Anträge zur Tagesordnung übermitteln Sie bitte schriftlich bis zum 10. August dem Vorsitzenden Gerd Gohlke



Bild: LO

**LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN**



**BADEN-
WÜRTTEMBERG**

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219. Sprechstunde nach Vereinbarung.



BRANDENBURG

Vorsitzender: Hans-Jörg Froese, Phoebener Chausseestraße 10, 14542 Werder, Telefon: (03327) 741603, E-Mail: lo.lg.brandenburg@gmail.com Internet: https://lolgbrandenburg.wordpress.com/

Altmühlfranken – Sonnabend, 23. März, 9 Uhr, Kulturzentrum Ostpreußen, Ordensschloss in Ellingen: Kulturtagung des Kulturzentrums Ostpreußen.

Ansbach – Sonnabend, 23. März: Kulturtagung des Kulturzentrums Ostpreußen, Sonderprogramm- Kulturzentrum Ostpreußen, Schloss Ellingen. – Freitag, 5. April, 19 Uhr, Hotel Gasthof Krone, Saal, Gunzenhausen: gemeinsames Essen „Königsberger Klopse“, anschließend „Gedenktage“ mit Beiträgen aus Pommern, Ost- und Westpreußen von Edith Richter und Jürgen Danowski.

Nürnberg – Dienstag, 26. März, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Nürnberg-Langwasser, Ende der U1 gegenüber: Wir bekommen Besuch von unserer Bezirksvorsitzenden aus Ansbach. Gäste und Freunde der Heimat sind herzlich willkommen.

Potsdam – Sonntag, 24. März, ab 11 Uhr, Galerie „Die Ersten Preußen“ in 14467 Potsdam, Am Neuen Markt 9d: Mitgliederversammlung mit zwei Vorträgen. Hierzu lädt der Vorstand der LO-Landesgruppe Brandenburg auch interessierte Gäste ein.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe – Sonntag, 31. März, Abfahrt 13 Uhr ab

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Zusendungen für Ausgabe 15

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der PAZ-Ausgabe 15/2019 (Erstverkaufstag: 12. April) bis spätestens Mittwoch, 3. April an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

PAZ wirkt!

Schüttelrätsel

Ölbaumwäldchen	Sportveranstaltung	niederl. Stadt am Rhein	motorlose Luftsportart	Herrenjackett	kleines Chirurgengemessener	Furchtgefühl	törichter Mensch	veraltet: Leinen	Tochter des letzten Zaren	Stadt im Sauerland (NRW)	Baby Speise	von geringer Länge	eingedickte Brühe
franz. Wallfahrtsort					künstlicher Wasserlauf			Standardisierung					
			abwendend: Liebhaber				Nebenbuhler				brausen, dröhnen		deutscher Komiker (Heinz)
Greifvogel		Handarbeitsmaterial						Agent, Spion					
			Staat im Himalaja		Stockwerk		Lichtsignalanlage	Musikzeichen			Leid, Not		engl. Filmkomiker (Charlie)
Stein mit eingeschrittenem Bild		Mittelung, Hinweis (Kzw.)			Überzug; Deckschicht			trainieren	Laubbaum, Ölbaumgewächs				
Firma				nämlich		Fehlbetrag, Verlust			österr. Komponist				
			Rassehund			Sonnenorbit unseres Planeten	römische Göttin der Jagd	besonderes Merkmal					
natürlicher Kopfschmuck		Niederschlag von Eiskörnern				Stadtteil von Berlin	hawaiianischer Gruß				Oper von Verdi		Telefonbenutzer
Lufttrübung			Region der Rep. Südafrika					aufgeregt, reizbar	radioaktives Schwermetall	fächerförmige Flussmündung			
								Pampasstrauch			Einwohner, Klausner		englische Schulstadt
			Fischfanggerät	flüssiges pflanzliches Speisefett	germanisches Volk				Metallbolzen	Verkaufschlager			
			Lastenheber						langschwänziger Papagei			vergangen, verstrichen	
							Kfz-Zeichen Cham	Atrium					
			Bratsche	früherer Lanzenreiter	hornähnlicher Stoff (Insekten)	Schlüssel einer Geheimschrift			Pferdegangart	Gesichtsausdruck			
			Zeichentinte				tierisches Milchorgan		poetisch: aus Erz bestehend	Hafen des antiken Rom		ausreichend, positiv	Bezahlung von Künstlern
			nagetierähnlicher Säuger	Wintersportgerät	germanische Gottheit	Bundesstaat der USA				Dunst über Großstädten		Abkürzung für Summa	
									Meerenge der Ostsee				
			gleichbleibend	Sitzpolster					dünnes Zweigholz				
			Nebenfluss der Aller			Ackergränze				Sinnesorgan			

So ist's richtig:

Mittelworträtsel: 1. Partikel, 2. Blüten, 3. Scherben, 4. Körper, 5. Schloss, 6. Kreislauf, 7. Konferenz – Tierose

Schüttelrätsel: 1. Twinstet, 2. Unkraut, 3. Tegulla

Magisch: 1. Twinstet, 2. Unkraut, 3. Tegulla

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

AELNZ	AFNU	AEMRU	AELRT	AADI	EMNO	GNOS
			ALOS			
AAFIM		ILMOTU				
DEEFI NRUZ						
DEEN			AGNR			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung eine Zierpflanze.

1	STAUB					FILTER
2	BACH					MEER
3	GLAS					HAUFEN
4	OBER					BAU
5	AUTO					LEHRE
6	BLUT					MITTEL
7	KLIMA					SAAL

Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Kombination aus Pullover und Jacke
2 nicht nutzbare Pflanze
3 mexikanischer Brantwein

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

de er zum Vorsitzenden der Dülkener Ortsgruppe der Landsmannschaft Ost-, Westpreußen und Danzig gewählt. Dieses Amt bekleidet er bis heute. 1999 wurde er zum Schriftführer im Vorstand der LO NRW gewählt, 2001 zum stellvertretenden Vorsitzenden der LO NRW und 2005 zu deren Vorsitzenden. 2017 übergab er den „Marschallsstab“ an Wilhelm Kreuzer, doch nicht, um sich zur Ruhe zu setzen. Stellvertretender Vorsitzender blieb er bis heute. Sein Wissen, seine Erfahrungen, seine ausgleichende und verbindliche Art sind heute nötiger denn je. Mit ganzem Herzen ist er Ostpreuße und Deutscher, und zwar im allerbesten Sinne.

Unter dem Vorsitz von Jürgen Zauner fanden (und finden bis heute) in NRW jährlich drei große Veranstaltungen statt. Es sind dies die Frühjahrs- und Herbsttagungen der LO NRW in Oberhausen mit aktuellen Teilnehmerzahlen von um etwa 60 bis 80 Personen sowie das jährlich stattfindende traditionelle Treffen auf Schloß Burg an der Wupper mit bis zu 800 Teilnehmern. Das Ostpreußentreffen auf Schloß Burg an der Wupper findet heute unter Beteiligung der Schlesier und der Pommeren statt, doch die Organisation obliegt nach wie vor den Ostpreußen.

In seiner Zeit als Vorsitzender hat Jürgen Zauner zwei wesentliche Dinge initiiert, die in ihrer Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden können: Es ist dies zum einen der Druck von Broschüren – basierend auf ausgewählten Vorträgen –, die von der LO NRW kostenlos bzw. gegen eine Spende abgegeben werden, und die Auflagenhöhen von insgesamt mehreren tausend Exemplaren und eine buchstäblich weltweite Verbreitung (u.a. Australien, Kanada, USA) erreichen. Ergänzend zu den Druckerzeugnissen war und ist Jürgen Zauner Initiator und Förderer der digitalen Plattformen Ostpreußen-TV, Ostpreußischer Rundfunk und Ostdeutsches Diskussionsforum (ODF), für die die LO NRW verantwortlich zeichnet. Insbesondere Ostpreußen-TV ist an dieser Stelle zu erwähnen. Unter www.ostpreussen-nrw.de oder

www.youtube.com/OstpreussenTV) können Videos rund um das Zeitgeschehen sowie von verschiedenen landsmannschaftlichen Veranstaltungen abgerufen werden. Einzelne Beiträge in Ostpreußen-TV erreichen Nutzerzahlen in einer fünfstelligen Größenordnung.

Jürgen Zauner hat seinen 80. Geburtstag am 5. März gefeiert. Doch es ist nicht „sein Ding“, die Hände in den Schoß zu legen oder gar die ostpreußische Sache verloren zu geben. In dieser Frage steht die Landesgruppe geschlossen hinter Jürgen Zauner. Auch in Zukunft kann und will sie nicht auf ihn verzichten. Wir wollen vielmehr gemeinsam für die ostpreußische Sache streiten, denn sie ist eine gute Sache. Eine gerechte Sache. Eine ehrenvolle Sache.

Lieber Jürgen Zauner, wir wünschen uns noch viele gemeinsame Jahre mit Ihnen.

Für den Landesvorstand
Wilhelm Kreuzer,
Vorsitzender

Düren – Mittwoch, 3. April, 18 Uhr, Haus des deutschen Ostens, Holzstraße 7a, 52349 Düren: Vortrag zum Thema „Heimat“ mit Frau Hages. Wer sich heimlich verbunden fühlt, ist bei uns herzlich willkommen. Wir freuen uns auf neue Mitglieder und Gäste. Die Gruppe trifft sich an jedem ersten Mittwoch im Monat. – Sonntag, 31. März, 14.30 Uhr, St. Joachim-Kirche, Joachimstraße 9, 52353 Düren: Ermlandertreffen mit Gottesdienst, es predigt Pfarrer Joachim-Klemens Plattenteich. Anfragen an Gerda Wornowski, Telefon (02421) 72776, E-Mail: gwornowski@gmail.com

Düsseldorf – Freitag, 29. März, 19 Uhr, GHH: Vortrag und Diskussion mit Gerhard Erb zum Thema „Entstehung, Existenz und Ende der Freien Stadt Danzig“. – Montag, 1. April, 19 Uhr, GHH, Film und Gespräch mit Florian Besolu „Zuwanderung nach Siebenbürgen“.



Wesel – Sonnabend, 6. April, 15 Uhr, Heimatstube, Kaiserling 4: traditionelles Frühlingsfest mit Grützwurst und einem schönen Programm. Anmeldung bis zum 23. März bei Paul Sobotta unter Telefon (0281) 45657 oder bei M. Rohde, Telefon (02862) 4403.

SACHSEN-
ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – 29. März, 14 Uhr, Begegnungsstätte der VS Gardelegen: Buchlesung.

SCHLESWIG-
HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bad Schwartau – Sonntag, 31. März, 11.30 Uhr, Mühlenberggymnasium Europaschule: Wir feiern den 70. Jahrestag der Gründung der Ortsgruppe Bad Schwartau.

Malente – Mittwoch, 3. April, 15 Uhr, Pflanzencenter Buchwald, Rövkampallee 39, 23714 Malente/OT Krummsee: Jahreshauptversammlung mit folgender Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung,
 2. Totenehrung,
 3. Jahresbericht des Vorsitzenden,
 4. Kassenbericht,
 5. Bericht des Kassenprüfers,
 6. Entlastung des Vorstandes,
 7. Wahlen,
 - a) Vorsitzender, b) stellvertretender Vorsitzender, c) Schriftführer, d) Kassenführer, e) stellvertretender Kassenführer, f) Beisitzer, g) zwei Kassenprüfer,
 8. Anfragen und Verschiedenes.
- Gäste sowie Freunde der Landsmannschaft sind herzlich willkommen.

Mölln – Die Mitglieder der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, treffen sich am 27. März um 15 Uhr im Quellenhof. Es geht diesmal um ein hochprozentiges Genussmittel,

nämlich den Machandel, auch Wacholderschnaps genannt. Destilliert und angeboten wurde dieses Getränk erstmals von Peter Stobbe aus Tiegenhof, Westpreußen [Nowy Dwor Gdanski]. Reinhard Barwig aus Lübeck weiß aber darüber noch viel mehr zu berichten. Er ist am 27. unser Gast. Eine Verköstigung findet allerdings nicht statt! Aber es gibt ja wieder die Möglichkeit, Kuchen oder Torte und Kaffee zu genießen.

Zu unseren Monatstreffen sind Mitglieder anderer Landsmannschaften sowie alle interessierten Gäste herzlich eingeladen.
Georg Braun, Schriftwart

ZgV – Wanderausstellung

Die Wanderausstellungen der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen sind an folgenden Orten zu sehen:

„Die Gerufenen – Deutsches Leben in Mittel- und Osteuropa“, 6. März bis 24. April, Kulturschule, Sewanstraße 43, 10319 Berlin, Öffnungszeiten: Montag bis Freitag, 7 bis 17 Uhr, Sonnabend und Sonntag geschlossen.

„In Lagern – Schicksale deutscher Zivilisten im östlichen Europa 1941–1955“, 8. März bis 3. April, Fichtelgebirgshalle, Jean-Paul-Straße 5, 95632 Wun-

siedel, Öffnungszeiten: Montag bis Freitag 8 bis 16 Uhr, Sonnabend 10 bis 12 Uhr, Sonntag geschlossen.

Für weitere Informationen: Organisationsbüro, Godesberger Allee 72-74, 53175 Bonn, Telefon (0228) 8100730, Fax: (0228) 8100752, Internet: www.z-g-v.de, E-Mail: info@z-g-v.de



Hilfe bei Familienforschung

Vielleicht auch in Ihrer Bibliothek

Die Familienforschung kann auf einen weiteren nützlichen Band des Deutschen Familienatlas zurückgreifen. Bei einem Preis von fast 300 Euro ist er eher nicht für den Privaterwerb geeignet. Band sieben ist ein Gesamtregister, herausgegeben von Konrad Kunze und Damaris Nübling, erschienen bei De Gruyter.

Die Familiennamen sind der einzige Bereich der europäischen Sprachen, welcher in seiner – sehr ausgeprägten – räumlichen Vielfalt noch höchst unzureichend erfasst ist. Noch sind die geschichtlich gewachsenen Namenlandschaften in erstaunlicher Stabilität erhalten. Sie werden im Bereich der Bundesrepublik Deutschland auf der Basis von Telefonanschlüssen anhand systematisch ermittelter und durch repräsentative Beispiele abgedeckter Themenkomplexe analysiert und die Ergebnisse in einem mehrbändigen Atlas mit mehr als 1000 kommentierten Karten dargestellt. Linguistischen Interessen wird durch einen grammatischen Teil (Graphematik, Phonematik, Syntagmatik der Namen) Rechnung getragen, kulturhistorischen durch einen lexikalischen Teil, der jeweils den spezifischen Aussagewert der fünf unterschiedlich motivierten Familien-



namenklassen (aus Rufnamen, nach Herkunft, Wohnstätte, Beruf, körperlichen oder charakterlichen Merkmalen) berücksichtigt.

Dadurch wird die Namensforschung erstmals auf ein tragfähiges Fundament rezenter Daten gestellt, das die Überprüfung alter und besonders die Entwicklung neuer Fragestellungen ermöglicht; ferner wird – da Namen sich gegenüber anderen Sprachbereichen retardiert entwickeln – eine erstrangige Quelle für die Sprachgeschichte, insbesondere die Rekonstruktion ausgesprochener mittelalterlicher Dialekte erschlossen, schließlich

ein hilfswissenschaftliches Instrument für Fächer von der Kirchen- und Sozialgeschichte über die Siedlungs- und Migrationsforschung bis zur Genetik bereitgestellt.

Übersicht über das Gesamtwerk: Band 1: Graphematik/Phonologie der Familiennamen I: Vokalismus, Band 2: Graphematik/Phonologie der Familiennamen II: Konsonantismus, Band 3: Morphologie der Familiennamen, Band 4: Familiennamen nach Herkunft und Wohnstätte, Band 5: Familiennamen nach Beruf und Stand, Familiennamen nach körperlichen und charakterlichen Merkmalen, Band 6: Familiennamen nach Rufnamen und seit 2018 auch Band 7: Gesamtregister, Verzeichnisse, Register, Literatur“. Dieser letzte Band von Kathrin Dräger mit über 2000 kommentierten Karten erschließt erstmals den Familienamenbestand der Bundesrepublik Deutschland nach statistischem Vorkommen und räumlicher Verbreitung. Linguistischen Interessen wird durch einen grammatischen Teil Rechnung getragen, kulturhistorischen Interessen durch einen lexikalischen Teil. Der Abschlussband 7 enthält ein Gesamtregister der rund 60000 im Deutschen Familienatlas (DFA) behandelten Familiennamen. PAZ

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Geister beschwören die Geschichte

Ein Nationalkomponist wurde in das entwurzelte Schlesien von 1945 verpflanzt



Jaroslav Fret wählte Breslau 1945 als Ort des Geschehens: Aufführung der „Gespenster“

nischen Ubiel bei Minsk stammenden Komponisten.

Moniuszko vertonte in seinen „Gespenstern“ den zweiten Teil von Adam Mickiewicz' romantischem Drama „Die Totenfeier“ (Dziady).

Im ostpolnischen, ukrainischen und weißrussischen Kulturkreis wurde zwei Mal im Jahr der Verstorbenen gedacht: zum Frühjahr, Anfang Mai und im Herbst zu Allerheiligen am 1. November. Zum Brauch gehörte das Anrufen

der Geister der Verstorbenen, um sich ihre Gunst zu erbitten. Die Geister der Verstorbenen galten als Beschützer der Fruchtbarkeit und guter Ernte. Der Brauch verlangte, dass die Geister in der Nacht vom 31. Oktober auf den

1. November auf den Friedhöfen angerufen und dort besonders reich bewirtet wurden – oft mit Speis und Trank, die der Verbliebene zu Lebzeiten besonders mochte. Dieses Volksritual hat Polens Nationaldichter der Romantik, Adam Mickiewicz (1798–1855), zum Motiv des zweiten Teils seines bekanntesten Dramas „Totenfeier“ (1823) gemacht.

Während bei Adam Mickiewicz die Seelen der Verstorbenen in einer verlassenen Kapelle auf einem Friedhof gerufen werden, verortete Jaroslav Fret seine Inszenierung in die Innenstadt von Breslau im November 1945. Sein Friedhof sind die Ruinen der zerstörten Stadt, aus der die Deutschen geflohen waren oder gerade vertrieben werden und in die Polen aus den Ostgebieten strömten. Fret zeigt, wie das erste Ritual des Geisterrufens auf dem fremden Friedhof ablaufen konnte. „Diese Ruinen und Straßen in meiner Inszenierung zeigen Breslau, aber die Stadt ist hier universal gedacht. Sie erzählt eine Geschichte, die das Lokale überschreitet“, sagte Fret in einer Pres-

sekonferenz nach der Premiere. „Dies, was die Identität der heutigen Breslauer ausmacht, ist nicht nur der Wiederaufbau der Stadt, sondern auch die Tatsache, dass wir hier Friedhöfe zu unseren gemacht haben. Ich kehre hier zu den Wurzeln der Pioniere zurück“, so Fret.

Jaroslav Fret (Jahrgang 1971) ist Polonist, Schauspieler, Bühnenbildner, Theaterregisseur und Direktor des Grotowski-Institutes in Breslau. Er war Vorsitzender des Theater-Kuratorenrates während der Dauer der Kulturhauptstadt Europa und leitet das Grotowski-Institut in Breslau.

Breslau will den 200. Geburtstag von Stanislaw Moniuszko während des langen „Maiwochenendes“ (der 1. Mai fällt auf einen Mittwoch und der 3. Mai, ein Freitag, ist zudem Nationalfeiertag in Polen) auf besondere Weise begehen. Geplant ist unter anderem die Vorführung des Vorkriegsstummfilms „Halka“ mit Livemusik aus der bekanntesten gleichnamigen Oper Moniuszkos. Diese gilt als die polnische Nationaloper schlechthin.
Chris W. Wagner

Das Rauhwollige Pommersche Landschaf

Gemeinsamer Erhalt des Pommernschafs und der Ostpreußischen Skudden

Der 2. Weltkrieg hatte auch auf die Tierzucht in den Ostgebieten bekanntermaßen sehr negative Auswirkungen. Nicht immer gelang es, die Tiere an ihren neuen Standorten im Westen weiterzuzüchten. Aber die Pommern haben es geschafft, traditionsreiches Erbgut der Schafzucht zu retten und in Deutschland vereinsmässig weiterzuzüchten. Dank sehr engagierter Züchter und ihrer Vereinsvorsitzenden Frau Anke Mückenheim (Schäfermeisterin), verfügt der Verein derzeit über 2700 eingetragene Mutterschafe und 250 Herdbuchzuchtböcke in den alten und neuen Bundesländern.

beit für die Deichpflege.

Die Schafhaltung im Deutschen Reich und damit auch in Pommern hatte in den letzten 150 Jahren eine ständige Reduzierung zu verzeichnen, da die Baumwollproduktion in Übersee der Schafwollproduktion ein harter Konkurrent war. Auch die züchterischen Fortschritte konnten diesen Trend nicht aufhalten.

Schafhaltung aller Rassen in Pommern

1850	2.500.000
1912	807.360
1941	491.720

Die Baumwolle war eben billiger zu produzieren als Schafwolle. Es war nicht das Unvermögen pommerscher Gutsbesitzer, Bauern und Deputatarbeiten, sondern der sich rapide verändernde Wollmarkt.

Bei den Schafen an der pommerschen Ostseeküste sowie auf den Inseln Rügen, Hiddensee und Ummanz waren trotz des feuch-

sowie Klauenerkrankungen zu verzeichnen. Das war ein typisches Merkmal einer Landschaftsrasse und im Jahre 1912 organisierte man die Zucht für diese alte Rasse mit dem Namen: „Rauhwolliges Pommersches Landschaf“. Diese Rasse überlebte seit vielen Jahren in der Kleinhaltung, in Kleingruppen ebenso wie in Herden mit Hütelhaltung. Es war eine pommersche Eigentümlichkeit, dass sehr viele Land-, Forst- und Fabrikarbeiter sich mit der Schafhaltung befaßten, um ein kleines Zubrot zu verdienen. Gehütet wurde auf Weideflächen, die für die landwirtschaftliche Nutzung nicht geeignet waren.

Nach dem 2. Weltkrieg gingen die Bestände in Ost und West weiter zurück. Ende 1970/80 flammte der Wunsch zur Erhaltung der alten Landrasse noch einmal auf. In der DDR war es Prof. Makowski, Universität Rostock, der als Acker- und Pflanzenbauer die Initiative ergriff und einen hohen Funktionär der Landwirtschaftspolitik, den späteren Minister für Land-, Forst- und Nahrungsgüter, Bruno Lietz, gewinnen konnte, um die Landrasse vor dem Untergang zu retten. Und so kam es, dass zur Wendezeit die Bestände in der DDR nicht kleiner waren als die in der BRD. Das ist ein schönes Beispiel des Überlebens der Wiedervereinigungsidee.

Ein äußerst geringer Bestand der Schafe der ostpreußischen Skudden hatte die Flucht und Nachkriegszeit in Deutschland

überlebt. Vorher lebten sie in Nordostpreußen und dem Baltikum. Sie sind etwas kleiner als das RPL und noch anspruchsloser. Nur der Bock trägt Hörner. Auch die Skudden zählen heute zu den gefährdeten Haustierrassen. Für diese Rasse trifft der Spruch zur Haltungsform zu: „Futter muss – Stall kann“. Ähnlichkeiten in der Genpopulation, die Bedürfnislosigkeit, östliche Herkunft sowie ökonomische Zwänge ließen nach 1990 die Verantwortlichen für Schafzucht in Deutschland die Fusion der Skudden und des RPL vollziehen. Dieser Zusammenschluss firmiert heute unter dem Namen: „Zuchtverband für Ostpreußische Skudden und das Rauhwollige Pommersche Landschaf e.V.“

Gerhard Fischer, Rostock

Quelle:

Tierzucht in Pommern, Stiftung Pommern 1996
Hubertus Hilgendorff, Flehm

Das Wollkontor des Zuchtverbandes wurde 1996 gegründet. Seitdem führt der Zuchtverband jährlich deutschlandweit die rassetypischen Wollen von Skudden und Pommern zusammen. Ziel ist die Vermarktung der verbandseigenen Wollen und deren Veredelung zu ebenso hochwertigen wie langlebigen Produkten.

Das Wollkontor des ZV-SP setzt dabei bewusst auf handwerkliche



Rauhwollige Pommersche Landschafe (Foto: ZVSP)

Qualität. Die meisten der Strickwollen, Tuche sowie gewebten Decken werden im österreichischen Mühlviertel auf bis zu 80 Jahre alten Maschinen gekämmt, möglichst schonend gesponnen und verwebt. Entgrannte, schwarze Strickwolle wird in Cornwall im Süden Englands verarbeitet. Decken, Westen und Tiere aus Wollflor kommen aus Görlitz.

So entstehen naturfarbene und pflanzengefärbte Strickwollen, erstklassige Filze, ansprechende und hochwertige Tweedstoffe, Wolldecken sowie Troyer, Filzpantoffeln, Geschenkartikel und flauschige Stofftiere. Die gesamte Produktpalette und weitere Info finden Sie hier:



Das niedliche Pommersche Landschäfchen ist auch ein Nackenkissen.

www.schafzuchtverband.de oder Info Tel. 069 / 891170. Jeder Kauf unterstützt das Fortleben der beiden Rassen.



Ostpreußische Skudden (Foto: ZVSP)

trag zur Beweidung der Deiche zu erhalten. Das wird gut bezahlt und garantiert eine naturschonende Ar-

ten Ostseeklimas nur sehr wenig Erkrankungen durch Leberegel, Lungen- und Magen-Darmwürmer

Swinemünde – hier war ich Zuhause

Das beste Eis in Swinemünde

Swinemünde war eine wunderbare Hafenstadt, aber sie war vor allem ein bekannter Badeort. Gäste aus ganz Deutschland genossen das besondere Flair und die wunderbare Lage der Stadt direkt an der Ostsee. Swinemünde war die Kreisstadt und Stettin die Bezirkshauptstadt. Die Urlauber genossen den herrlichen Strand und die komfortablen Kureinrichtungen. Aber auch viele kleine Geschäfte und der Hafen boten vielerlei Abwechslung. Bunte Märkte, auf denen die Bauern ihre Erzeugnisse anboten, zogen ebenfalls reichlich Besucher und Käufer an. Nicht zu vergessen zahlreiche Vergnügungstätten, die mit Tanz und Unterhaltung nicht nur die vielen Seeleute anlockten.

Die Urlauber konnten Schiffsreisen machen und hatten Gelegenheiten zum Wandern über beide Inseln und darüber hinaus. Auf der Insel Usedom gab es den Wolgast-See, Gothen-See, Balmer-See, Usedomer-See und das große Achterwasser. Ganz besonders ist der Lieper-Winkel, ein Landstreifen ins Achter-Wasser hineinragend, zu erwähnen und das Wasserschloss bei Mellenthin.

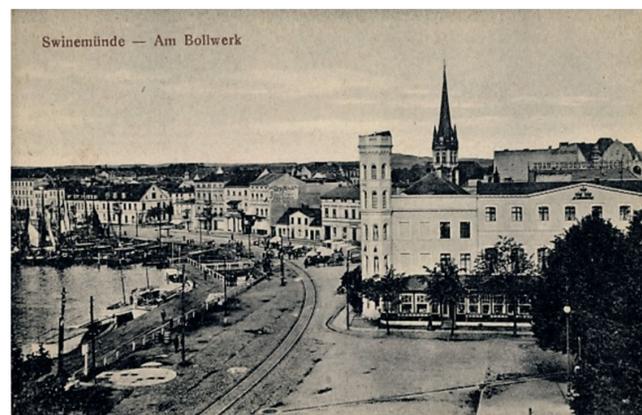
Auch meine Eltern partizipierten von dem Fremdenverkehr in der Stadt. 1928 hatten sie in der Gartenstraße 18 ein Restaurant mit Mittagstisch, eigener Konditorei und abends Musik und Tanz. Wenn man am Hafen auf dem kleinen Marktplatz steht, liegt ein paar Schritte weiter das alte Rathaus. (Heute haben die Polen eine Bücherei darin eröffnet.) Die Straße davor führt direkt zum Strand. Das war bzw. ist die Gartenstraße. Diese Straße stößt auf den Stadtpark und führt bis zum Strand am Park links

vorbei. Hier am Eingang zum Park rechts hat das Restaurant gestanden. Das Gebäude gibt es noch, allerdings in veränderter Form. In der Gartenstraße 18 wurde ich geboren und verlebte hier eine wundervolle Kindheit.

Später begann ich eine Lehre als Elektriker. Während meiner Lehre habe ich in jeder Freizeit meinem Vater im Geschäft, später am Bollwerk 28, geholfen. Ich wurde deshalb mehr ein Konditor als Elektriker. Zu diesem Betrieb gehörte ein großer Backofen, der mit Briquets beheizt wurde. Er stand lange Jahre still, bis ich den Mut aufbrachte und diesen wieder in Betrieb nahm. Vorher wurde der Kuchen auf Blechen vorbereitet und auf einem Spezial-Wagen zum Bäcker Schwichtenberg in der Färberstraße zum abbacken gebracht.

Es war schon ein großer Vorteil für meinen Vater, weil diese kleine Konditorei bis Stettin hin bekannt war. Auf der Straße vor dem Haus, Bollwerk genannt, lagen alle Fischerboote an einem langen Anlegesteg vor Anker. Von der Kirchenstraße bis zum kleinen Marktplatz direkt hinter den Bahngleisen standen die Verkaufsstände. Hier boten die Fischer ihre frischen Fische aus der Ostsee an. Schon früh morgens bekamen die Fischfrauen, so nannte man sie, ihr Kännchen heißen Kaffee aus unserem Café serviert. Bei meinem Vater gab es den besten Apfelkuchen mit Sahne oder das beste Eis von Swinemünde. Die Matrosen und Seeleute bekamen auch schon mal den Kuchen ohne Lebensmittelmarken. Das Geschäft florierte. Wenn abends der Kuchen verkauft war, holte ich schon mal einen heimlich gebackenen Kuchen für

die Stammgäste hervor. Ferner hatte mein Vater eine moderne Eismaschine aus Italien gekauft. Sie ging vollautomatisch und das Eis wurde viel sahniger. Für Geschäftsleute gab es noch Möglichkeiten gute Zutaten zu bekommen.



Am Bollwerk 28 hatte Familie Gesch eine Konditorei

Die vielen Seeleute brachten aus dem Ausland diese begehrten Zutaten mit.

Inzwischen hatte der Krieg längst Einzug in Swinemünde gehalten. Die leitende Militärführung fühlte sich im letzten Kriegsjahr in Swinemünde ziemlich sicher und es wurde alles getan, um die Insel zu vernebeln, wenn Flugzeugangriffe gemeldet wurden. Bis es am 12. März 1945 zum großen Bombenangriff kam. Man nahm an, dass es sich hier um einen Verrat per Funk gehandelt hat, weil die Insel sonst durch die Vernebelung nicht hätte geortet werden können. Mein guter Freund Willi Runge aus Kamminke und ich waren zu der Zeit Soldaten der 7. Panzerdivision, die in Gotenhafen eingeschlossen war, wir war-

teten auf Nachschub aus Swinemünde. Deshalb war die ganze Stadt voll gestopft mit Soldaten, die auf einen Transport warteten. Wir erlebten bei Gotenhafen zwei Sturmangriffe auf einer Höhe, die mit russischen Geschützen besetzt war. Wir hatten sie

länden versenkt. Meine Verletzungen wurden im Lazarett in der Dünenstraße behandelt. Jetzt hatte ich Zeit, die ganze Stadt nach dem Bombenangriff zu besichtigen. Eine Luftmine ging in unserem Nachbarhaus runter, in meinem Zimmer war die Außenwand weg. Ich konnte nun die ganze Nachbarschaft von meinem Zimmer aus überblicken. Die Backstube war erhalten geblieben und weitere Schäden gab es nicht. Es steht auch noch heute vollständig am Bollwerk 28. Die aufgebauten Stufen von früher bis zum Bürgersteig sind abgerissen. Die Altstadt, Fischerstraße bis hoch zur Grünestraße, Schulstraße bis zur Grenzstraße – alles war zerstört. Die Christuskirche am großen Markt blieb erhalten. Die Lutherkirche ebenfalls zerstört. Im Kurpark lagen die Truppen bereit zum Transport. Sie sind alle umgekommen. Die Toten wurden auf dem Golm, der höchsten Erhöhung um Swinemünde, in einem Massengrab begraben.

Ich wurde nach Bayern verlegt, dann nach Thüringen. Doch es zog mich zurück nach Swinemünde. Inzwischen hatten bekanntermaßen die Polen und die Russen hier das Sagen. Arbeit fand ich auf dem Swinemünder Wasserwerk am Wolgastsee. Nun war ich bis zum 31. März 1951 für die Rote-Armee-Einheit 10605 in verschiedenen Betrieben tätig. Auch auf der Marinewerft als Schiffselektriker. Dort lagen die kleinen Schnellboote von der Wolga, Zerstörer und Frachtschiffe. Es ging um alle Schiffsarbeiten und auch um MES-Anlagen (Minen-Eigenschutz-Anlagen). Die Schiffe wurden in der Kriegs-

zeit damit ausgerüstet, damit sie unbeschadet über Magnetminen fahren konnten, die von den Kriegsgegnern ausgelegt wurden.

Ferner kamen alle von Deutschland erbeuteten Kriegsschiffe von Hamburg und Kiel, die den Russen zugesprochen wurden, über Swinemünde nach Russland. Ein ganz großer und noch nicht in Betrieb genommener Flugzeugträger (Graf Zeppelin) wurde in den Hafen von Swinemünde geschleppt. Hier mussten wir an Bord gehen, um Materialien als Reserve auszubauen. Das war meine Aufgabe in dieser Marinewerft. Der Flugzeugträger wurde dann in der Ostsee versenkt.

Ich hatte einen russischen Ausweis und konnte damit die Grenze nach Ahlbeck passieren. Dort habe ich 1947 geheiratet und wohnte gleich danach in dem Haus meines Großvaters in der Karl-Marx-Straße 5. Mein Großvater betrieb in diesem Haus eine Konditorei mit Cafe. Seine Spezialität waren Flundern und Pralinen aus Schokolade. Dieses Haus konnte ich als Erbe übernehmen und habe es nach der Flucht aus der DDR meinen Eltern überlassen. Es wurde nach der Ausweisung meiner Eltern aus Swinemünde ein neuer Unterschlupf für ihr weiteres Leben.

Nach Heinz Gesch † 2009

(Bild: Privatsammlung)

Die Mutter von Heinz Gesch kam aus Labiau/Ostpreußen. Diese Aufzeichnungen stammen von 2003. Er hat seine Heimat Pommern oft besuchen können. In loser Folge werden auf unserer Pommern-Seite 19 seine Berichte erscheinen. BS

Reiche Afrikaner

Zu: Hurra, Afrika! (Nr. 4)

23 Millionen Euro Steuergeld will unsere spendable Bundesregierung in den nächsten vier Jahren für die Zusammenarbeit mit afrikanischen Museen ausgeben. Und dies, obwohl bekannt sein müsste, auf welchen Konten in den vergangenen Jahrzehnten ein Großteil der weltweiten Entwicklungshilfemilliarden gelandet ist.

Nämlich: 1,8 Milliarden Dollar bei Moussa Traore, dem Ex-Präsidenten von Mali, 3,5 Milliarden Dollar bei der ältesten Tochter des angolanischen Präsidenten José Edoardo dos Santos, Isabel dos Santos, 5,4 Milliarden Dollar bei Ngina Kenyatta, der Witwe von Jomo Kenyatta und Mutter des amtierenden kenianischen Präsidenten, und 7,3 Milliarden Dollar bei der „sehr“ engen Mitarbeiterin des ehemaligen nigerianischen Präsidenten Ibrahim Babangida.

Auf dem afrikanischen Kontinent tummeln sich 55 Dollarmilliardäre, während 35,2 Prozent der Bevölkerung schwer unterernährt sind (Quellen: „Forbes“, „Venture“ sowie Jean Ziegler's Buch „Ändere die Welt“).

David S. Vischer, Berlin

»taz«-Sprache

Zu: „Graf Zeppelin“ – Unvollendeter Flugzeugträger (Nr. 10)

Der Bericht von Martin Stolzenau erinnert in seiner Diktion an die „taz“ oder andere linkslastige Machwerke. Siebenmal benutzt der Autor das Wort „Nazi“, wo durchaus ein weniger ideologisch belasteter Ausdruck angebracht wäre: „auf Befehl der Nazis“, „in Anwesenheit zahlreicher Nazigrößen“, „begannen die Nazis“, „erreichte die Naziführung“, „vor der versammelten Naziprominenz“.

Vollends unangebracht ist der Ausdruck „Nazimarine“ zumal in Anbetracht der Tatsache, welche aufopfernde Leistung durch Schiffsbesatzungen erbracht wurde, indem sie gegen Kriegsende Tausende von Ostflüchtlingsen retteten. **Brigitte Bean-Keiffenheim, Frankfurt**

Weltrekordler der Verschlimmerungen

Zu: Ende der Fahnenstange (Nr. 6)

„Hoffentlich wird es nicht so schlimm, wie es schon ist“, soll bereits Karl Valentin erkannt haben. Doch scheint es so, als ob diese Regierung neue Rekorde in der nach oben offenen „Schlimmheitsskala“ erreichen will.

Besonders die „führenden Köpfe“ der SPD leben scheinbar immer mehr in einer selbst halluzinierten Märchenwelt. Die würde sogar wunderbar funktionieren, hätten sie viele fleißige Dukatenesel und noch mehr Goldene Gänse. Dann könnten sie unbegrenzt Wohlstand verteilen und sie würden wieder innig geliebt werden. Haben sie aber nicht. Und deshalb werden ihre fantastischen Pläne durch die unerbittliche Leere des Geldsackes leider nur große Enttäuschung bei ihren Wählern erzeugen, wenn die diese unrealisierbaren Ideen durchschauen. Eben nur „versprochen“ – mehr nicht.

Doch wer in einer Märchenwelt lebt, weiß eben nicht, wie es da draußen beim Wahlvolk in der rauen Realität tatsächlich aussieht und wie die letzten noch verbliebenen Wähler wirklich „ticken“. Vielleicht endet dieses lange Märchen namens SPD so, wie die



Neulich in Hamburg: Für die Umwelt schwänzt Schülerin Greta Thunberg permanent die Schule

Bild: Imago

Schulschwänzer quengeln, ohne etwas zu tun

Zu: Ermunterung zum Regelverstoß (Nr. 10)

Die schwedische Schülerin Greta Thunberg wird hofiert und als Umweltheldin herumgereicht. Meines Wissens hat sie keinerlei nennenswerte Taten in Richtung Umweltschutz vorzuweisen. Sie vermeidet sogar die Angabe konkreter Ziele oder gewünschter Ergebnisse ihrer Aktion. Dadurch vermeidet sie eine Erwartungshaltung und mögliche Kritiker oder Gegner.

Eine gesunde und intakte Umwelt ist ja zweifelsfrei wünschenswert für jedermann. Diese nebulöse und schwammige Aktion haben unsere Schulkinder aufgegriffen, da zumindest schulfreie Tage sogar mit Anerkennung der Gesellschaft dabei herauspringen. Als positiver Aspekt kann der

Einzug des Umweltschutzgedankens in unsere Schulen gesehen werden.

Die Welt zu retten erfordert aber größere Umwälzungen, die die Technologien betreffen und wohl auch die Gesellschaft berühren. Das wird sicher länger dauern. Die nun aktiven Schulschwänzer, die teilweise kurz vor dem Eintritt in ihr Berufsleben stehen, sind dann gefordert, diese Umwälzungen auszuführen. Von hier gibt es nur Schuldzuweisungen und Forderungen nach schnellen Änderungen an die bestehende Generation.

Aber wo sind die Vorschläge, Ideale und Gedanken, um eine bessere (Um-)Welt zu erreichen? Nur quengeln und erwarten, dass jemand anders es erledigt, reicht nicht. Das ist nicht mehr wie damals in der Kleinkindzeit.

Näher als das Ende der Welt ist jedoch das Lebensschicksal eines jeden Einzelnen. Um das eigene Leben zu meistern und möglicherweise auch Positives für die Umwelt zu erreichen, ist eine gute Bildung nötig. Kann aber dieses Ziel erreicht werden, wenn die Schule überfordert ist? Weil durch die Inklusion Kinder im Klassenverband sind, die an einer Fördereinrichtung besser aufgehoben wären, aber das Lernziel der ganzen Klasse gefährden? Weil Schüler den Unterricht aufhalten, die die deutsche Sprache nur ungenügend beherrschen? Diese Dinge sind auch für Schüler klar zu sehen, und um das zu ändern sollten sie auf die Straße gehen.

Greta weiß das alles nicht.

Wolfgang Simoleit
Lemwerder

Viele Anti-Gretas

Zu: Gretas Rache (Nr. 5)

In meiner *Preussischen Allgemeinen Zeitung* war ein schöner Beitrag über die Instrumentalisierung der Kinder zum Klimaschutz.

Ich war immer der Meinung, dass sich nur die Leser dieser Zeitung und ähnlicher Blätter ein ziemlich reales Bild über den Istzustand in Deutschland machen wollen und können. Irrtum: In der „Eckernförder Zeitung“ vom 8. Februar gab es fünf Leser-Beiträge zu diesem Thema.

Alle befassten sich in der einen oder anderen Art mit dem manipulierten Wahnsinn dieser Aktion. Und nicht ein veröffentlichter Brief, der ein Pro für diesen Irrweg zum Inhalt hatte. Gibt es Hoffnung?

Peter Karstens,
Eckernförde

Appell an Dieselfahrer: tanken und Gas geben

Zu: Ein Hauch von Frankreich (Nr. 4)

Wie immer traf die *Preussische Allgemeine Zeitung* auch mit diesem Artikel den Nagel auf den Kopf. Denn solange grüne Ignoranten und Klimahysteriker sogar aus der Opposition heraus bestimmen können, was für Deutschland gut und richtig und was schlecht und falsch ist, taumelt unser Vaterland in eine wirtschaftliche und politische Katastrophe hinein.

Das erfundene „Dieselproblem“ in Verbindung mit dem von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) willkürlich festgelegten Wert an Stickstoffdioxid (NO₂) ist dafür ein Beispiel. Das Maximum dieses Gases darf an Straßenkreuzungen 40 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft betragen. Verdeutlichen wir uns diesen Wert: Ein Kubikmeter Luft hat bei einem Druck von 760 Millimeter Quecksilbersäule und einer Temperatur von null Grad Celsius eine Masse von 1293 Gramm. Berechnet man nun den Prozentgehalt, so ergeben sich 0,0000031 Massenprozent NO₂. Bei Berechnung der Molekularanteile mittels Loschmidtscher Zahl heißt das: Auf 120 000 (in Worten: eine Millionundeinhundertzwanzigtausend) Moleküle des Gasgemisches Luft entfällt ein Molekül NO₂.

Nun behaupten bildungsferne Politiker, es gäbe 70 000 Studien zur Gesundheitsschädlichkeit von Stickstoffdioxid. Hierzu ist anzumerken: Nicht jede der 70 000

Veröffentlichungen ist eine Studie. Es ist keine Veröffentlichung bekannt, die den Nachweis erbringt, dass ein Molekül NO₂ in Gesellschaft von 1120 000 „Luftmolekülen“ gesundheitsschädlich ist. Selbst für Asthmatiker und Allergiker wurde dieser Nachweis nicht erbracht.

Und der Grenzwert von 40 Mikrogramm NO₂ pro Kubikmeter Luft kann risikolos mit dem Faktor 20 multipliziert werden, ohne dass es gesundheitsschädigende Wirkungen gibt. In diesem Falle wäre die Konzentration 800 Mikrogramm NO₂ pro Kubikmeter Luft, oder anders gesagt: Auf 56 000 Moleküle des Gasgemisches Luft entfiel ein Molekül NO₂. Auch ohne Automobile entstehen diese Konzentrationen in der Natur.

Dem Einwand grüner Politiker, die WHO habe doch den Grenzwert festgelegt und die Mitarbeiter dieser Organisation seien doch kluge Leute, muss man entgegenhalten: Auch der Reformator Martin Luther war unbestritten ein kluger Mann. Trotzdem glaubte er, dass in der Nacht vom 30. April zum 1. Mai eines jeden Jahres Hexen, auf einem Besen sitzend, auf den Brocken fliegen, um sich mit dem Teufel zu treffen. Damals verfolgte man Hexen. Heute verfolgt man Autofahrer und Stickoxide.

Speziell zum NO₂ ist zu sagen: Da das Reaktionsgemisch Stickstoff und Sauerstoff (Luft) bereits vorliegt, bedarf es zur Bildung des Stickstoffdioxid nur noch geeig-

Ziegel-Trophäen

Zu: Majolika aus Cadinen (Nr. 50)

Neben der Herstellung der Cadiner Majolika erwähnt der Autor im Heimatteil der PAZ auch die Ziegelherstellung, besonders in den 1930er Jahren.

Einen Großauftrag von Ziegeln für ein bedeutendes Bauwerk erwähnt er jedoch nicht, vielleicht Unkenntnis. Denn das Tannenbergs-Nationaldenkmal wurde nur mit Ziegeln aus Cadinen erbaut. Bei der Produktion dieser Ziegel wurde in viele dieser noch ungebrannten Steine, auf der Stirnseite, der Name Cadinen eingepresst. Einer dieser markierten Ziegel wurde dann jeweils einer größeren Einzelpartie als Herkunftsnachweis beigelegt. Diese auf der Stirnseite markierten Ziegel sind dann auch im Tannenbergs-Denkmal sichtbar gewesen.

Als ich Ende der 1970er Jahre mit meinem Auto nach Allenstein gefahren bin, um meine dort verbliebenen Verwandten zu besuchen, fuhr ich auch auf das zerstörte Tannenberggelände. Dort fanden wir in zwei noch vorhandenen Turmeingangsbogen Ziegel, auf deren Stirnseite der Schriftzug „Cadinen“ erkennbar war.

Diese Ziegel konnten wir aber nicht herausbrechen. Danach suchten wir in den Trümmern nach diesen markierten Ziegeln. Wir fanden auch einen halben Stein, und zwar genau mit dieser Markierung. Dieses Ziegelstück und zwei weitere Mauerbrocken habe ich zu meinem Auto getragen, und sie sind noch heute in meinem Besitz.

Ich besitze auch eine Kopie des Filmberichts der 2. Weißrussischen Armee, in der die Eroberungen von Insterburg, Allenstein, Elbing und Tolkemit zu sehen sind. Auch ein Filmbericht aus dem zerstörten Tannenbergsdenkmal ist dabei.

Diesen Filmbericht habe ich in den 1970er Jahren in Allenstein beschaffen können. Auch ein Majolika-Wandrelief mit Blumengirlenden-Motiv habe ich damals erwerben können. **Bruno Mischke Tönisvorst**

10 000 Schritte sollst du gehen

Willkommen in der Überwachungs-Diktatur – Wer heutzutage Sport treibt, lässt sich von Fitnessarmbändern kontrollieren

Während die Staatsform in Deutschland weiterhin demokratisch zu sein verspricht, unterwerfen sich immer mehr Menschen freiwillig der Überwachungs-Diktatur eines kleinen, unscheinbaren Gerätes, das in Form eines Armbands daherkommt. Die sogenannten Fitness-Tracker oder Fitnessarmbänder messen rund um die Uhr Puls und Blutdruck, zählen Schritte und Strecken, die zurückgelegt werden, und überwachen sogar den Schlaf.

Das klingt zunächst einmal positiv. Immerhin vermitteln die Geräte einen stetigen Überblick über wichtige Körper-Daten. Das Bewusstsein für die eigene physische Leistung wird geschärft. Die Anzeige der gemessenen Daten wird bei den Fitnessarmbändern kombiniert mit einem Motivations-Marathon, der darauf abzielt, den physischen Zustand des Trägers zu verbessern. Da die gemessene Leistung in den meisten Fällen überraschend gering ausfällt, zeigt der Motivations-Anteil der Geräte Wirkung. Er erzeugt einen Ansporn zu sportlicher Selbstdisziplin.

Mit ihrer permanenten Kontrolle sorgen die Armbänder, die es in jeder noch so abwegigen modischen Farbe zu Preisen von 20 Euro (mit nur wenigen Funktionen) bis zu rund 500 Euro zu kaufen gibt, dafür, dass der Träger jede Minute des Tages gut informiert ist über seinen physischen Zustand. Damit verbunden ist aber auch das Wissen, was der Fitness noch fehlt. Hier setzt das Belohnungssystem des Mini-Computers an. Sie haben die 10 000 Schritte geschafft, die pro Tag empfohlen werden? Dann wird ein kleines Feuerwerk auf der Anzeige sichtbar. Sie haben erst 9156 Schritte zurückgelegt? Die restlichen Schritte schaffen Sie doch spielend – sonst gehen

Sie heute leer aus. Frei nach dem Motto: Heute haben wir leider kein Feuerwerk für Sie, Sie waren schließlich nicht in der Lage, 10 000 Schritte zu absolvieren.

Erstaunlich ist, wie viele Menschen sich von dieser Art des Motivations-Terrors dazu bewegen lassen, ein paar Schritte mehr

kommen, helfen oft schon kleine Einschränkungen.

Wenn beim Kaffeekränzchen mit der Freundin der Bestellung ein hektischer Blick auf das Handgelenk vorausgeht und mit säuerlicher Miene angesichts der roten Balken, die angezeigt werden, statt Café Latte mit Sahnetor-

Zum Beispiel in Form eines pinken oder türkisen Armbandes. Wer braucht da noch die Selbstbestimmung?

Einige Krankenkassen hatten bereits angedacht, die Fitnessarmbänder für ein Belohnungssystem einzusetzen. Der Nachweis, täglich 10 000 Schritte zu gehen,

Argument. Außerdem sei nicht wissenschaftlich erwiesen, dass das Tragen von Fitness-Armbändern tatsächlich zu einer gesünderen Lebensführung beitrage. Der Ansatz wurde jedoch wieder verworfen. Inzwischen haben die ersten Träger von Fitness-Armbändern herausgefunden, dass Hän-

dem Smartphone gekoppelt werden. Erfolge können dann sogar umgehend der Fangemeinde bei Facebook mitgeteilt werden. Wir fügen uns offenbar nicht nur gern der Dauerüberwachung, sondern machen uns selbst gläsern.

Virtuelle Medaillen für persönliche Bestleistungen im Treppensteigen oder eine Rekord-Schrittzahl schaffen weitere Anreize. Dieser Anteil der Motivation wird Gamification genannt. Die Mühe des Menschen soll belohnt werden. Der Spaßfaktor beim Training soll erhöht werden, die Freude nach der Leistung unmittelbar greifbar sein.

Das Element Multi-Sport-Tracking unterscheidet das Laufen, Radfahren, Gewichtheben und andere Übungen. Der Bewegungsalarm macht Meldung, wenn ein Sportmuffel zu lange an einem Stück gegessen hat und dringend wieder in den Bewegungsmodus versetzt werden muss.

Als Belohnung für fleißiges Beachten der neu aufgezwungenen Fitnessregeln zeigt der Quälgeist am Arm aber auch das Fitness-Alter, die Stress- und Erholungsphasen. Fleißiges Üben kann dazu führen, dass der Computer einem in einem Jahr bescheinigt, dass man gefühlt drei Jahre jünger ist. Oder auch nicht.

Die Fitness von Herz und Kreislauf kann mit der speziellen Cardio-Fitness-App überwacht werden. Automatische Schlaflaufzeichnungen zeigen an, wie lange man in welcher Schlafphase unterwegs war und wie erholt man geschlafen hat. Aber keine Sorge, die Träume werden noch nicht gefilmt. Daran arbeitet mit Sicherheit aber auch schon ein findiger Unternehmer. Schließlich kann ein Alptraum, bei dem man um sein Leben rennt zu einer Beschleunigung des Herzschlags mit erhöhtem Kalorienverbrauch führen. *Stephanie Sieckmann*



Ansporn zu noch mehr Sport: Die Ergebnisse, welche die Fitnessuhr anzeigt, wollen beim nächsten Mal übertroffen sein Bild: Imago

zu machen oder beim Essen darauf zu achten, was sie zu sich nehmen.

Der für die Fitness-Überwachung zuständige Computer am Arm, der mittels Beschleunigungssensoren die Bewegung misst, ermittelt nämlich auch den Verbrauch der Kalorien und zeigt ihn schamlos an. Um zum optimalen Wert der Nahrungsaufnahme- und Verbrauchs-Balance zu

te ein Wasser mit einem fettreduzierten Joghurt-Törtchen bestellt werden, ist es soweit. Ihre Freundin ist dem erbarmungslosen Würgegriff der Fitness-Diktatur erlegen. Trösten Sie Ihre Freundin damit, dass der moderne Mensch eben auf sich und seine Gesundheit achtet und Verantwortung übernimmt. Gut, wenn man bei dieser anspruchsvollen Aufgabe Unterstützung hat. Oder nicht?

oder 30 Minuten bei einem Herzschlag von 120 zu joggen, könnte dafür eingesetzt werden, Punkte innerhalb eines Bonussystems gutgeschrieben zu bekommen. Das war der Gedanke.

Das Bundesversicherungsamt (BVA), die Aufsichtsbehörde für die gesetzlichen Krankenkassen, hatte Einwände gegen die Maßnahme. Datenmissbrauch sei nicht ausgeschlossen, lautete das

dewaschen und Kreisbewegungen mit den Armen ebenfalls in der Kategorie geleistete Schritte gewertet werden.

Die Produzenten der am Handgelenk getragenen Fitness-Computer entwickeln unterdessen immer neue Überwachungsmethoden auf Basis von aufwendigen Algorithmen und ergänzen ihre Produkte mit Apps und Modulen, von denen viele mit

Endstation Witwenbahn

Vor 110 Jahren eröffnet – Berlins Promi-Friedhof in Stahnsdorf

Die Bevölkerungszahl der aufstrebenden Metropole Berlin explodierte geradezu in der Gründerzeit. Von 1850 bis 1920 verzehnfachte sich die Einwohnerzahl. Es mangelte nicht nur an Wohnmöglichkeiten für all die Zugereisten Neu-Berliner, sondern auch an verfügbaren Beisetzungsflächen. Die Innenstadtfriedhöfe waren hoffnungslos überfüllt. So kam es dazu, dass sich die Stadtpfarreien des Berliner Synodalverbandes zum Ankauf einiger Grundstücke vor den Toren Berlins entschlossen.

Am 28. März 1909 wurde der Südwestkirchhof in Stahnsdorf bei Berlin eröffnet und eine Kapelle im Stil einer norwegischen Stabholzkirche errichtet. Wegen der großen Entfernung zur Mitte Berlins wurde sogar ein eigener S-Bahnanschluss gebaut. 1913 nahm die Friedhofsbahn ihren Betrieb auf. Diese als „Leichenbahn“ oder „Witwenbahn“ bezeichnete Linie transportierte auch Särge in den idyllischen Vorort.

Die Idee eines landschaftlich gestalteten Zentralfriedhofes wurde hier erstmals umgesetzt. So zog er bald viele Berliner an, um hier auf einer Gesamtfläche von 206 Hektar auf waldigen Wegen entlang zu spazieren, ihre Angehörigen zu besuchen oder einfach den eigenen Gedanken nachzuhängen.

Doch schon bald erlangte das ansprechende Terrain kunstge-

schichtliche Bedeutung durch zahlreiche Bildhauer, die Grabmale entwarfen und bauten, wie Alfred Grenander, Max Taut, Hugo Lederer, Hermann Hosaeus und Emil Cauer. Die Liste der Prominentengräber wurde lang und länger. So fanden hier unter anderem der Komponist Engelbert Humperdinck, der Königsberger



Mausoleum der Verlegerfamilie Langenscheidt in Stahnsdorf

Lovis Corinth, Friedrich Wilhelm Murnau, Louis Ullstein, die Familie von Siemens und viele weitere Persönlichkeiten des Berliner Lebens eine letzte Ruhestätte.

Als der Pinselheirich genannte Künstler Heinrich Zille 1929 starb, gaben ihm Tausende Berliner auf dem Südwestkirchhof Stahnsdorf das letzte Geleit zu seiner Grabstätte, wo er neben seiner Frau Hulda beerdigt wurde.

Heutzutage kümmert sich der Förderverein um die historischen Gräber und organisiert Führungen über den weltweit zehntgrößten Friedhof. Bis heute sind etwa 120 000 Bestattungen verzeichnet. Von der Anlage her kann dieses Gartendenkmal problemlos mit den berühmten und sehenswerten Friedhöfen wie Père Lachaise

in Paris oder dem Wiener Zentralfriedhof mithalten.

Jedem Berlin-Besucher sei ein Ausflug dorthin anempfohlen, auch, wenn heute die Friedhofsbahn von Wannsee stillgelegt ist. Nach dem Zweiten Weltkrieg trennte die Grenze den Friedhof von West-Berlin. So wurde die Linie nach dem Bau der Mauer 1961 eingestellt, das Mauerhofsäuschen 1976 gesprengt. *S. Friedrich*

Wetterfeste Erinnerungen

Sühnekreuze sind unverwüstlich, nur Vandalismus bedroht sie

Die in freier Natur aufgestellten Steinkreuze gehören ebenso zum christlich-abendländischen Erbe Europas wie ganze Kirchenbauten. Der Brauch ihrer Errichtung geht bis auf das 7. Jahrhundert zurück und verbreitete sich wohl von Irland und den britischen Inseln kommend über den ganzen Kontinent. Heute soll es in Europa noch rund 7 000 Steinkreuze geben, 4 000 davon in Deutschland. Besonders zahlreich sind sie in der Oberpfalz, Thüringen und Sachsen. In dem letztgenannten Freistaat erfassten die Heimatforscher inzwischen fast 450 solcher Zeugen der Vergangenheit.

Zuallermeist wurden die Kreuze als sogenannte „Seelgeräte“ für einen durch Mord, Totschlag, fahrlässige Tötung oder Unfall ums Leben gekommenen errichtet. Sie sollten die Menschen zu Gebeten für das Seelenheil des plötzlich Dahingegangenen veranlassen, da dieser keine Sterbesakramente erhalten hatte.

Wenn es einen haftbar zu machenden Verantwortlichen für den Tod des Betroffenen gab, so musste dieser das Kreuz auf seine Kosten aufstellen lassen – und zwar direkt am Ort des Geschehens und als Bestandteil der oft noch wesentlich umfangreicheren Sühneleistungen, welche in speziellen Schiedsverfahren von den Hinterbliebenen eingefordert wurden. Dabei trugen die „Seelgeräte“ keinen Namen oder ande-

re persönliche Daten, sondern wiesen maximal Darstellungen der verwendeten Tötungswaffen auf.

Nach der Reformation erlosch der Glaube an die Heilwirkung der Kreuze, weshalb kaum noch Neue hinzukamen. Außerdem verfielen sie manchmal durch Naturgewalten wie Hochwasser und Blitzschlag. Sehr viel öfter trug aber der Mensch Schuld:



Unscheinbares Mahmal: Steinkreuz im Dresdner Großen Garten für einen Totschlag an der ehemaligen Pirnaer Landstraße

Foto: Kaufmann

Nicht wenige Kreuze verschwanden beim Anlegen von Straßen oder wurden einfach als willkommenes Baumaterial betrachtet und in Haus- und Scheunenwände eingemauert.

Außerdem spielte der Aberglaube eine große Rolle. Von den „Seelgeräten“ abgeschabtes Gesteinsmehl sollte heilende oder gar magische Kraft besitzen – genauso wie abgeschlagene und in fließendes Wasser geworfene Stücke der Kreuzarme. Später verschleppten auch Souvenir-

Jäger beziehungsweise illegale Sammler das eine oder andere Kreuz.

Und dann wären da noch die diversen Schäden durch Randalierer, deren Attacken sicher in nicht wenigen Fällen aus einer antichristlichen Gesinnung resultieren. Jedoch ist die Dunkelziffer hier besonders hoch, weil die Zeugen der Vergangenheit eben meist an einsamen Plätzen ste-

hen, weswegen die Denkmalfrevler kaum je ertappt werden.

Einer Untersuchung des Pirnaer Heimatforschers Horst Torke zufolge ist inzwischen mindestens ein Drittel der einstmals aufgestellten Steinkreuze in der Sächsischen Schweiz und der Region rund um Dresden für immer verschwunden. Allerdings berücksichtigt diese Statistik nur solche Objekte, von deren Existenz wir überhaupt durch Urkunden, Bilder und anderes Quellenmaterial wissen. *Wolfgang Kaufmann*

Überraschender Sonderfall

Große und wichtige Bücher kommen oft von unvermuteter Seite. Dass ein Linker, noch dazu ein Mitglied der unter dem anmaßenden Alleinvertretungsnamen „Die Linke“ daherkommenden Ex-PDS, die Sache eines selbstbewussten Deutschlands als Friedensmacht vertritt, die historischen Schuldkonten ohne Einseitigkeit umfassend ausrechnet, dass ein Nicht-Historiker als Philosoph und Theologe in einem als rechtskonservativ verschrienen Verlag eine wissenschaftlich fundierte Untersuchung sowohl zum Judentum wie zu dessen wichtigstem Antagonisten im 20. Jahrhundert, dem Nationalsozialismus, vorlegt und dass dieser Drahtseilakt in dem Buch „Für ein Ende der Halbwahrheiten“ gelingt, ist ein überraschender Sonderfall.

Edelbert Richter, Jahrgang 1943, in der DDR ab 1977 in der Oppositionsbewegung aktiv, Mitbegründer des „Demokratischen Aufbruchs“, ab 1990 Mitglied der SPD, seit 2007 der „Linken“, mehrfach Abgeordneter (1990 Volkskammer, 1991 bis 1994 Europäisches Parlament, 1994 bis 2002 Deutscher Bundestag), geht es um die Suche nach vorurteilsfreier Einsicht in die Ursachen. Ihm fehlt die dumpfe Etikettiersucht jener Parteifreunde, in deren Augen er längst ein nationalistisches Element ist.

Kaum jemand wird wegen Kritik an Adolf Hitler als Österreich-Hasser verbellt. Nicht ganz so selten, aber genauso absurd ist es, wenn die Anprangerung eines jüdischen Wirtschaftsspekulanten wie George Soros als „Antisemitismus“ abgestempelt wird. Schon deshalb ist dieses Buch eine mutige Tat, denn es wagt sich in vermintes Gelände, wenn es das geschichtliche Wirken bestimmter jüdischer Poli-

Halbwahrheiten sind halbe Lügen

tiker und Organisationen nicht als per se ideal und korrekt darstellt.

Denn, wie Franz Loeser, Sohn im Holocaust ermordeter Eltern, kühl konstatierte: „Es gab und es gibt eben auch jüdische Verbrecher. Jene Zentralräte, die dies abstreiten, singen mit im schrillen Chor der Deutschland-Hasser. Kollektivschuld, Alleinschuld am Ersten wie am Zweiten Weltkrieg, Segnung des alliierten Feuersturms gegen deutsche Städte – das ist ihre monotone grausliche Melodie.“

Zur ganzen Wahrheit gehören für den Autor nicht zuletzt die unwillkommenen, unangenehmen Fakten der Geschichte – der amerikanische Rassismus und Antise-

mitismus (unter anderem Henry Fords), die teilweise unumgängliche brutale Selbstbehauptung des historischen Judentums (im ersten Teil des Buches unter dem Titel „Ein nüchterner Blick auf die jüdische Geschichte“ bilanziert), die zahlreichen Väter der Rassenideologie (unter ihnen der jüdischstämmige englische Premier Disraeli), der nach über 100 Jahren Dreiteilung verständliche, aber dennoch verheerende polnische Chauvinismus und Großmachtwahn der Zwischenkriegszeit.

Während die von deutscher Seite geschehenen Verbrechen überall auf der Welt eingehend öffentlich dokumentiert werden, verbreitet man – zum Teil wie in Polen sogar gesetzlich sanktioniert – über die Sieger die Legenden der Nachkriegs-umerziehung. Dagegen setzt Richter zahlreiche bittere Einsichten: die militärisch-politische Bedrohung Deutschlands von Napoleon bis zum Kalten Krieg, die Haupt-

schuld Englands und Frankreichs am Ersten und ihre Mitschuld am Zweiten Weltkrieg, den Raubfrieden von Versailles als wichtigsten Faktor für den Aufstieg Hitlers. Ein fundiertes, unbedingt lesenswertes Buch. Lohnend für den Konservativen zur Erweiterung des eigenen Horizontes, lohnend erst recht für Liberale und 08/15-Linke, die sich aus den Eierschalen ihrer Selbsthassvorurteile befreien wollen, lohnend aber auch für jüdische Leser, welche die bittere Medizin der Kritik zu schätzen wissen, die Israel seit den Tagen der Erzväter und Propheten stets mehr geholfen hat als alle verlogenen Komplimente zusammen.

Rolf Stolz



Edelbert Richter: „Für ein Ende der Halbwahrheiten. Korrekturen an unserem Bild vom Judentum und Nationalsozialismus“, Edition Sonderwege, Manuscriptum Verlagsbuchhandlung, Lüdinghausen und Berlin 2018, broschiert, 448 Seiten, 24,80 Euro

Deutsch von außen gesehen

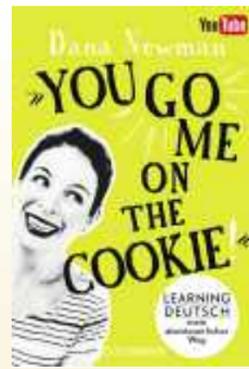
Es ist interessant, wenn jemand von außen unser Land und unsere Sprache betrachtet. Die Amerikanerin Dana Newman lebt seit ein paar Jahren in Deutschland und stellte fest, dass die deutsche Sprache für einen Nichtmuttersprachler voller Tücken steckt. In dem Buch „You go me on the cookie“, kann man teilhaben an dieser Neuentdeckung der eigenen Sprache.

Die Autorin beschreibt ihren abenteuerlichen Weg, Deutsch zu lernen, und nur ein völlig humorloser Mensch wird sich von den flüssigen, witzigen Beschreibungen nicht mitreißen lassen. „Warum benötigt eine Sprache drei Artikel?“, fragt sich die Autorin und erläutert ihren Kampf mit den tückischen grammatikalischen Regeln.

Es kommt schnell zu Fehldeutungen, die lustige Szenen nach sich ziehen, wenn man darüber keine Kenntnis hat. Ein „ß“ sieht für Amerikaner wie ein „B“ aus und die US-Bürger

fragen sich, was dieser Buchstabe mitten in einem Wort zu bedeuten hat? Ein Ausflug hat nichts mit fliegen zu tun, ein Aufzug nichts mit einer Eisenbahn und der Feierabend selten etwas mit einer Party. Städte mit einem „Bad“ vor ihrem Namen, sind nicht „schlecht“ und Dialekte werfen alles im Deutschkurs Gelernte wieder über den Haufen. Verwirrend wird es, wenn es um deutsche Sprichwörter geht. Die „beleidigte Leberwurst“ oder „belegte Zimmer“ haben rein gar nichts mit Nahrungsaufnahme zu tun.

Es macht Spaß, Newman durch das deutsche Sprachwirrwarr zu folgen. Amüsant und sehr unterhaltsam liest sich das Buch fast in einem Rutsch. *Silvia Friedrich*



Dana Newman: „You go me on the cookie! Learning Deutsch – mein abenteuerlicher Weg“, Goldmann Verlag, München 2019, Taschenbuch, 208 Seiten, 10 Euro

»Keine Revolution in Sicht«

Revolutionen gehören zu den Rimmer wiederkehrenden Ereignissen in der Geschichte, seit uns die neolithische Revolution die Sesshaftigkeit und das planmäßig produzierende Wirtschaften beschert hat. Dabei weist jede Revolution zwei Gesichter auf: ein politisch-materielles und ein philosophisches. Das Letztere behandelt das Buch „Philosophie der Revolution“ aus der Feder von Gunnar Hindrichs, seines Zeichens Professor an der Universität Basel.

Nach Auffassung des Autors sorgen Revolutionen kontinuierlich für neue Regeln, an denen sich das menschliche Handeln in der Folgezeit ausrichten müsse. Das gelte insbesondere für die Oktoberrevolution von 1917, deren Nachhall unsere Gesellschaft bis heute präge. Zugleich, so

Hindrichs weiter, stehe sie aber auch am Ende der Epoche der Revolutionen. Die Gegenwart sei somit „revolutionslos“. Was momentan als Aufruhr, Unruhe und Gärung erscheine, werde trotz aller Entzweiung zu keiner weiteren Umwälzung der Regeln führen. Das resultiere aus dem sukzessiven Scheitern der Oktoberrevolution in den Jahren zwischen 1917 und 1989. *Wolfgang Kaufmann*



Gunnar Hindrichs: „Philosophie der Revolution“, Suhrkamp Verlag, Berlin 2018, gebunden, 396 Seiten, 29 Euro

Kulturkenner bricht Lanze für Russland

Russland und Deutschland sind trotz aller politischen Gegensätze wissenschaftlich, wirtschaftlich und kulturell miteinander verzahnt. Wenn man sich mit dem Land beschäftigt, hinreise und sich selbst ein Bild vor Ort mache, werde man dieses faszinierende Land lieben lernen, so Hans-Joachim Frey, ein deutscher Kulturmanager und Leiter des Semperopernballs. Mit seinem Buch „Russland lieben lernen“ bricht er eine Lanze für das Land.

Der Sprössling einer ostpreußischen Familie hat einen familiären Bezug zu Russland: Sein Urgroßvater Eduard August Maaß war 1913 Pfarrer an der St. Annenkirche in St. Petersburg, der ersten lutherischen Kirche in der damaligen russischen Hauptstadt. Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs veränderte sich die Lage der Deutschen in St. Petersburg, 1918 floh Familie Maaß über Riga nach Tilsit.

Über die mütterliche Linie ist Frey mit dem in Tilsit geborenen Schauspieler Armin Müller-Stahl verwandt. Die Familie erlebte die

Flucht gleich zweimal: 1918 floh sie aus St. Petersburg, 1945 musste sie in Ostpreußen alles zurücklassen. Geblieben waren Kochrezepte wie Piroggen und die Wehmut über eine gute alte Zeit, aber auch Erinnerungen an die schrecklichen Erlebnisse während der Flucht und Vertreibung. Freys Buch schmücken zahlreiche Bilder, neben erhaltenen Familienfotos auch die von Menschen, denen er im Laufe seiner Karriere begegnet ist.

Vorfahren lebten in St. Petersburg

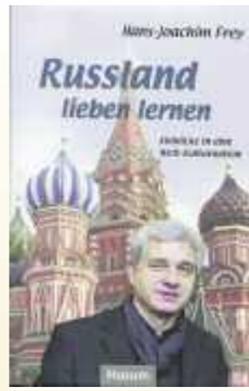
Nach dem Studium an der Hochschule für Musik und Theater in Hamburg absolvierte Frey einen Studiengang im Fach Kulturmanagement. Nach Erfolgen an der Semperoper kam Frey erstmals als Organisator des Nachwuchsgesangswettbewerbs „I Cestelli Competizione dell'opera“ mit Russen in Kontakt. In Dresden begegnete ihm die 300-jährige Verbindung zwi-

schen Russland und Dresden auf Schritt und Tritt. Als Frey beim Dresdner Semperball 2009 erstmals Putin als Gast begrüßen durfte, hatte das Auswirkung auf seine künftige Karriere. Immer wieder reiste der Kulturmanager nach Moskau und St. Petersburg, aber auch in entlegene Orte.

Fasziniert vom Bolschoj-Theater, dem „Tempel göttlichen Tanzes, genialer Musik und gewaltiger Stimmen“, und der Begeisterung der Russen für klassische Musik und Theater entwickelte Frey sich zum „Versteher der russischen Seele“. Seit 2018 leitet Frey ein neues Kultur- und Festivalzentrum in Sotschi. Seine Vision: Sotschi soll ein „Salzburg am Schwarzen Meer“ werden.

Die überaus große Aufzählung von Berühmtheiten und Funktionsträgern, mit denen Frey zu tun hatte, sowie die schnellen Orts- und Themenwechsel überfordern und langweilen Leser, die sich mit dem Kulturbetrieb der klassischen Musik nicht auskennen. Lebendige Schilderungen, etwa wie der Alltag am Bolschoj- oder am Marijniskij-Theater aussieht, enden dagegen leider viel zu schnell.

Manuela Rosenthal-Kappi



Hans-Joachim Frey: „Russland lieben lernen. Einblicke in eine Weltkulturation“, Husum Verlag, Husum 2018, gebunden, 360 Seiten, 24,95 Euro

Der Historiker Antony Beevor über Hitlers letzte Schlacht im Westen

Antony Beevor ist einer der renommiertesten Historiker für Militärgeschichte, seine Bücher über Stalingrad und Berlin 1945 erreichten Höchstauflagen. Auch das jetzige über die „Ardennenoffensive 1944“ zeichnet ein ebenso präzises und faktenreiches wie umfassendes Bild von „Hitlers letzter Schlacht im Westen“.

Am 11. September betraten US-Truppen erstmals deutschen Boden. Tage später beschloss Hitler einen Gegenangriff aus den Ardennen. Ziel war, während der Schlechtwetterperiode die Eroberung des wichtigen Nachschubhafens Antwerpen. „Schwerste Bedenken“ des Oberkommandos Heeresführung blieben ohne Wirkung. Nach dem Fall von Aachen kam es zu einer für beide Seiten äußerst verlustreichen Zermürbungsschlacht am Hürttenwald. Am 16. Dezember, um 5.20 Uhr, be-

gann das deutsche Artillerief Feuer auf die überraschten US-Truppen, die lange nicht das Ausmaß der Offensive erkannten. Die Amerikaner erlitten schwere Verluste, kämpften erbittert, was nach Ansicht ihrer Generäle „wohl der wichtigste Beitrag“ war. Mehr und mehr wurde der äußerst brutale Charakter dieses Krieges offenbar: Dem Verfasser zufolge begann die SS, US-Gefangene zu erschießen. Vor Weihnachten töteten die US-Verbände nicht nur Gefangene von SS, sondern auch Wehrmachtsoldaten.

Entscheidend wurden die Kämpfe um das belgische Drehkreuz Bastogne. Wehrmachts-Einheiten forderten die eingekesselten US-Streitkräfte zur Kapitulation auf, andernfalls würden sie durch Artilleriefire vernichtet. Der US-General lehnte ab, obwohl seine Truppen bei 17 Grad Celsius Kälte an Erfrierungen sowie an Lebens-

mittelknappheit litten, doch bei den deutschen Soldaten war diese noch größer.

Bei diesen Gefechten befand sich auf US-Seite der 21-jährige Henry Kissinger, ein deutscher Jude aus Fürth, der später bekannte Politiker der USA. Am ersten Weihnachtstag standen Wehrmachts-Verbände 900 Meter vom Stadtrand Bastognes entfernt. Generalfeldmarschall Rundstedt teilte Hitler mit, die Offensive sei gescheitert und empfahl den Rückzug. Dieser hingegen befahl weiteren Angriff. Doch die Deutschen mussten aufgeben: Treib-

stoffmangel, zu wenig Munition, Nachschubprobleme und besonders die US-Luftmacht waren die Ursachen.

Das Buch schildert das unsagbare Leiden und die Verluste der zwischen den Fronten lebenden belgischen Zivilbevölkerung. Im Füh-



Antony Beevor: „Die Ardennen-Offensive 1944“, Pantheon-Verlag, München 2018, gebunden, 480 Seiten, 17 Euro

rerhauptquartier erklärte Göring, der Krieg sei verloren. Zugleich verstärkten sich die Differenzen zwischen der Wehrmacht und der SS, die Vorfahrtsrechte auf den Straßen beanspruchte und die bessere Waffen besaß. Ähnlich wollte der britische General Montgomery das Oberkommando über die gesamte Front und US-General Eisenhower verdrängen – die Folge war eine „unüberbrückbare Kluft“ zwischen beiden.

Bei einer Temperatur von minus 20 Grad griffen am Neujahrstag etwa 1000 deutsche Flugzeuge in die Kämpfe ein. Energisch wandte sich General de Gaulle gegen einen Rückzug aus Straßburg. US-General Patton sah die Lage deprimierend: „Wir können den Krieg noch verlieren, die Deutschen frieren und hungern mehr als wir, aber sie kämpfen besser.“ Dennoch mussten diese Mitte Januar mit dem

Rückzug beginnen. Hitler hatte die Ardennenschlacht in seiner Neujahransprache nicht mehr erwähnt. Dem Autor Beevor zufolge hatte er nicht mit der entschlossenen Gegenwehr der US-Armee gerechnet.

Die erschreckende Bilanz? Die deutschen Verluste beliefen sich auf etwa 80 000 Gefallene, Verwundete und Vermisste. Die Amerikaner hatten 75 482 Verluste, davon 8407 Tote. Die Briten verloren 1408 Soldaten, darunter 200 Tote. Die belgische Zivilbevölkerung beklagte bei diesen Kämpfen 2500 Tote. Deutsche V-Raketen verursachten das Sterben von weiteren 8000 Personen und 23 584 Verwundete. Abschließend vertritt der Autor die Ansicht: „Vielleicht bestand der größte Fehler der Deutschen darin, die Soldaten einer Armee zu unter-schätzen, die sie zu verachten vorgaben.“ *F.-W. Schlomann*



Ulrike Renk
Das Lied der Störche
 Roman
 Ostpreußen 1920: Frederike verbringt eine glückliche und unbeschwerte Kindheit auf dem Gut ihres Stiefvaters in der Nähe von Graudenz. Bis sie eines Tages erfährt, dass ihre Zukunft mehr als ungewiss ist: Ihr Erbe ist nach dem großen Krieg verloren gegangen, sie hat weder Auskommen noch Mitgift. Während ihre Freundinnen sich in Berlin vergnügen und ihre Jugend genießen, fühlt sich Frederike ausgeschlossen. Umso mehr freut sie sich über die Aufmerksamkeit des Gutsbesitzers Ax von Stieglitz. Wäre da nur nicht das beunruhigende Gefühl, dass den deutlich älteren Mann ein dunkles Geheimnis umgibt ... Ein berührende Familien-Saga die auf wahren Begebenheiten beruht. Die Autorin Ulrike Renk lebt als freie Autorin in Krefeld. 512 Seiten
 Nr. P A1150 Taschenbuch 12,99 €



Ludwig Reiners
Der ewige Brunnen
 Ein Hausbuch Deutscher Dichtung
 1.136 Seiten
 Gebunden
 Nr. P A0950 19,95 €

Der ewige Brunnen ist die berühmteste Sammlung deutscher Gedichte. Auf über 1.100 Seiten sind mehr als 1.600 Gedichte aus acht Jahrhunderten zusammengestellt. Die Ausgabe wurde von Albert von Schirnding überarbeitet und durch Gedichte aus den letzten fünfzig Jahren erweitert. So ist dieses „Hausbuch deutscher Dichtung“ jetzt aktualisiert und auf den neuesten Stand gebracht. Mit seiner Gedichtsammlung „Der ewige Brunnen“ – Ein Hausbuch deutscher Dichtung hat Ludwig Reiners vor über fünfzig Jahren ein Werk zusammengestellt, das inzwischen selbst zum Klassiker geworden ist. Für Millionen Leserinnen und Leser wurde dieses Buch zum Ort der Begegnung mit der deutschen Dichtkunst.



Aldona von Hüon de Schoye
Frühling, Sommer, Herbst und Winter
 Die schönsten Gedichte für das ganze Jahr
 304 Seiten/Kartonierte
 Nr. P A1042 10,00 €

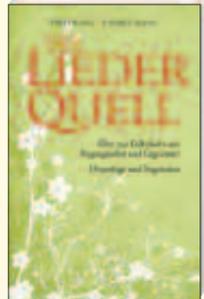
Wir leben mit dem Lauf der Jahreszeiten: Nach verschnitten Landschaften erfreuen wir uns an blühenden Knospen, sitzen an langen Tagen im strahlenden Sonnenschein, bis uns bunte Wälder zum Spaziergang anlocken, die schon bald wieder unter einer Schneedecke liegen ... Jede Jahreszeit hat ihre ganz besondere Schönheit. Von jeher haben Dichter die wechselnden Stimmungen der Monate in Worte gefasst. Dieser Band versammelt die schönsten Gedichte zu den vier Jahreszeiten, die unseren Lebenslauf stetig begleiten.



Josef Kraus
50 Jahre Umerziehung
 Die 68er und ihre Hinterlassenschaft
 Der 50. Geburtstag von „68“ wurde mit viel Wehrmacht und Heiligensprechung begangen. Kritik und Selbstkritik sind nach wie vor eher nicht angesagt. Dabei haben die 68er eine durchaus ambivalente Vor- und Wirkungsgeschichte. Einerseits rühmen sie sich großspurig, aber zu Unrecht, mit ihnen hätten die Liberalisierung der Bundesrepublik und die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit begonnen. Tatsächlich sind sie auf Entwicklungen aufgesprungen, die längst in Gang gekommen waren. Bei allem Anti-Amerikanismus, den sie vor sich hertrugen, übernahmen sie den größten Teil ihrer Ideologien und ihres Aktionismus von US-amerikanischen Vorbildern, einschließlich der „Reeducation“ – Absicht der Westalliierten. Andererseits haben die 68er – und ihre Epigonen – erfolgreich den Marsch durch die Institutionen beschritten. Dies aber nicht nur in den linken Parteien Deutschlands, sondern auch in großen Teilen der CDU, ferner in den Medien, den Kirchen und ganz besonders den Schulen. 190 Seiten
 Nr. P A1379 Kartonierte 19,90 €



Ulrike Renk
Die Jahre der Schwalben
 Roman
 Kurz nach ihrer Hochzeit erfährt Frederike, dass ihr Mann eine schwere Krankheit hat. Er geht in ein Sanatorium, und Frederike hofft auf seine Genesung. Doch als er stirbt, steht Frederike vor den Trümmern ihres Lebens. Allein und ohne eigenes Vermögen muss sie das Gut mit der großen Trakehnerzucht bewirtschaften. Jahre der Verzweiflung und Einsamkeit folgen, bis sie Gebhard von Mansfeld kennenlernt. Ganz langsam gelingt es ihr, wieder an das Glück zu glauben. Doch dann kommt Hitler an die Macht, und plötzlich weiß Frederike nicht, ob sie und ihre Liebsten noch sicher sind. Der 2. Teil der großen emotionalen Familiensaga aus Ostpreußen, die auf wahren Begebenheiten beruht.
 560 Seiten
 Nr. P A1186 Taschenbuch 12,99 €

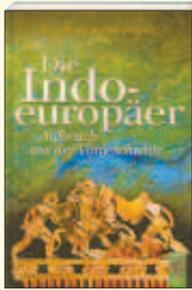


Theo Mang und Sunhilt Mang
Der Liederquell
 Über 750 Volkslieder aus Vergangenheit und Gegenwart – Ursprünge und Singweisen
 1.328 Seiten/Gebunden
 Nr. P A0959 19,95 €

Diese umfassende Sammlung mit mehr als 750 Volksliedern, einschließlich der bekanntesten Kinder-, Weihnachts- und geistlichen Lieder, zeichnet einen Querschnitt durch 1000 Jahre deutscher Liedkultur. Alle Lieder werden in Text und Melodie (mit Akkordbezeichnung) und einem ausführlichem Kommentar zur Herkunft und Überlieferung vorgestellt. Damit ist ein „Gebrauchs-Liederbuch“ und ein „Lesebuch“ entstanden, das den Sangesfreudigen ein Leben lang begleiten kann und ihn als „Nachschlagewerk“ auf der Suche nach geeignetem Liedmaterial kaum im Stich lassen wird. Eine repräsentative Auswahl der bekanntesten und schönsten französischen und englischen Volkslieder ermöglicht gemeinsames Singen mit der Welt.



Nicholas Stargardt
Der Deutsche Krieg
 Zwischen Angst, Zweifel und Durchhaltewillen – wie die Menschen den Zweiten Weltkrieg erlebten
 Einzigartig und fesselnd erzählt der renommierte Oxford-Historiker Nicholas Stargardt in „Der Deutsche Krieg“ aus der Nahsicht, wie die Deutschen – Soldaten, Lehrer, Krankenschwestern, Nationalsozialisten, Christen und Juden – den Zweiten Weltkrieg durchlebten. Tag für Tag erleben wir mit, worauf sie hofften, was sie schockierte, worüber sie schwiegen und wie sich ihre Sicht auf den Krieg allmählich wandelte. Gestützt auf zahllose Tagebücher und Briefe, unter anderem von Heinrich Böll und Victor Klemperer, Wilm Hosenfeld und Konrad Jarausch, gelingt Nicholas Stargardt ein Blick in die Köpfe der Menschen, der deutlich macht, warum so viele Deutsche noch an die nationale Sache glaubten, als der Krieg längst verloren war und die Gewissheit wuchs, an einem Völkermord teilzuhaben. Ein verstörendes Kaleidoskop der Jahre 1939 bis 1945 im nationalsozialistischen Deutschland. 848 Seiten
 Nr. P A1143 Taschenbuch 16,99 €



Reinhard Schmoeckel
Die Indoeuropäer
 Aufbruch aus der Vorgeschichte
 Kartonierte
 587 Seiten
 Nr. P A0880 24,80 €

Ursprünglich in den Steppen des südlichen Innerasiens beheimatet, begann sich ein Hirten- und Bauernvolk schon vor sechstausend Jahren in immer neuen Auswanderungswellen über ganz Europa und große Teile Asiens auszubreiten. Griechen, Römer, Germanen, Slawen, Kelten, Perser und die frühen arischen Eroberer Indiens – sie alle sind Abkömmlinge des gleichen mysteriösen Hirtenvolkes. Eine ungeheure Dynamik, ein Leistungs- und Gestaltungswillen von beispielloser Kraft müssen diesem Volk seit vorgeschichtlichen Zeiten innegewohnt haben. So sind heute fast alle Europäer deren biologische und geistige Erben. Reinhard Schmoeckel gelingt es, die Entstehung einer vielfältigen indoeuropäischen Kultur und den wirkmächtigen Aufbruch der sich daraus entwickelnden Völker aus der Vorgeschichte anschaulich zu beschreiben.

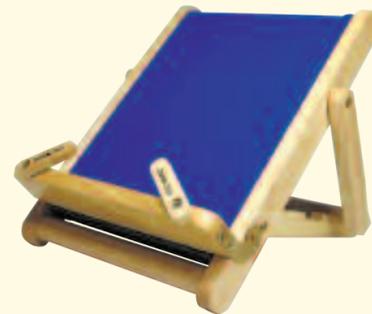


Ulrike Renk
Die Zeit der Kraniche
 Roman
 Nach dem dringlich herbeigesehten Ende des Krieges besetzen die sowjetischen Truppen das Land. Viele Gutsfamilien verlassen ihre Heimat und fliehen in Richtung Westen. Auch Gebhards Brüder und seine Mutter. Er jedoch kann sich einfach nicht dazu entschließen, das Land seiner Väter zu verlassen. Dann wird er verhaftet. Frederike droht das gleiche Schicksal. In letzter Sekunde schafft sie es zu fliehen – aber wird ihr ein Neuanfang gelingen? Und was ist mit Gebhard? Der Abschluss der großen Ostpreußen-Saga von Bestsellerautorin Ulrike Renk.
 515 Seiten
 Nr. P A1273 Taschenbuch 12,99 €



Reinhard Schmoeckel
Deutschlands unbekannte Jahrhunderte
 Geheimnisse aus dem Frühmittelalter
 510 Seiten/Gebunden
 Nr. P A0881 29,80 €

Was war in unserem Land – Deutschland – vor etwa 1500 Jahren los? Das war die Zeit zwischen dem Ende des Römischen Kaiserreichs und den Kaisern eines „Heiligen Römischen Reichs“, die nun plötzlich aus Mitteleuropa stammten? Gab es da bei uns überhaupt „Geschichte“? Gab es Ereignisse, die vielleicht bestimmend für die weitere Entwicklung der Menschen und des Landes waren? Allerdings glauben die Historiker, davon kaum etwas zu wissen, denn niemand hat ja damals in unserem Land schreiben können. Dr. Reinhard Schmoeckel ist es gelungen, aus einer großen Fülle von Detailuntersuchungen vieler Privatscher, darunter auch seiner eigenen, ein überraschend lebendiges Bild jener Zeit vor anderthalb Jahrtausenden zusammenzustellen, ein Bild, das bisher noch keinen Eingang in die Geschichtswissenschaft gefunden hat.



Buchständer aus Holz und Stoff für kleinere Bücher
 Für Bücher mit einer Buchhöhe von maximal 24 cm. Mehrere einstellbare Lesewinkel fördern eine den Rücken schonende Sitzhaltung. Farbe des Bezugs: Waldgrün
 Nr. P A0443 Buchständer aus Holz 22,95 €



Gerhard Bahr
Berlin Zeitensprünge
 Kartonierte
 390 Seiten
 Nr. P A1120 19,80 €

Gewachsen aus der Vereinigung zweier Handelsniederlassungen an der Spree, Sitz der Könige und Kaiser Preußens, Hauptstadt des Deutschen Reiches, geteilte und wiedervereinigte Stadt – aus der Perspektive eines Architekten und Landesplaners mit dem Herzen eines Berliners mit ostpreußischer Abstammung, gewährt uns Gerhard Bahr einen tiefen Einblick in die wechselhafte Entwicklung der Stadt mit ihren geschichtlichen und kulturellen Beziehungen. Als unfreiwillig Zeitzeugen des Zweiten Weltkrieges wird dem Autor Geschichte zu persönlicher Geschichte, an der er den Leser auf eine Weise teilhaben lässt, welche die Lebensrealität der Menschen zu dieser Zeit eindrucksvoll begrifflich macht. Ein Beitrag zur Geschichte Berlins mit Blick hinter die Kulissen und jenseits der üblichen Geschichtsschreibung.



Sibylle von Olfers
Etwas von den Wurzelkindern
 Gebunden
 128 Seiten
 Nr. P A1337 4,95 €

Schwer hat es der Maikäfer Sumsemann: Gerade Witwer geworden, weiß er noch immer nicht, wie er sein sechstes Beinchen wiederbeschaffen soll, das einst seinem Urahn abgeschlagen worden war und seither allen Sumsemanns fehlt, denn die Nachtfee hat es versehentlich auf den Mond gezaubert. Doch da begegnet er dem Geschwisterpaar Peterchen und Anneliese, und gemeinsam mit den beiden begibt er sich auf eine abenteuerliche Reise zu den Sternen, um das Bein zurückzuholen. Bassewitz' zauberhafte Geschichte von „Peterchens Mondfahrt“ (1915), illustriert von Hans Baluschek, ist ein Klassiker der deutschsprachigen Kinderliteratur.

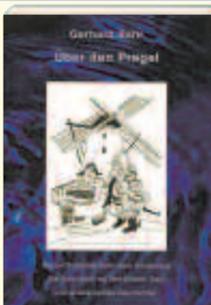


Sibylle von Olfers
Etwas von den Wurzelkindern
 Gebunden
 36 Seiten
 Nr. P A1222 4,95 €

Am Jahresanfang weckt Mutter Erde die kleinen Wurzelkinder, dann werden die bunten Kleidchen genäht und die Käfer frisch bemalt und danach ist endlich der Frühling da! Seit über 100 Jahren begleiten die Wurzelkinder von Sibylle von Olfers Familien durch die Jahreszeiten. Ein zeitlos schöner Bilderbuch-Klassiker! 36 Seiten

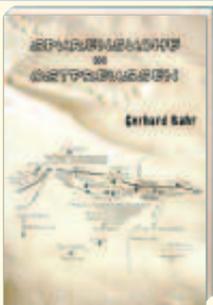


Leselampe (Farbe blau)
 Der lange schwenkbare Leuchtturm sorgt für eine flexible Ausrichtung des Lichts, die kräftige Klammer sorgt für sicheren Halt am Buchdeckel.
 Nr. P A1098 Leselampe 12,95 €



Gerhard Bahr (331 Seiten)
Über den Pregel
 Mit der Schniefke-Bohn nach Königsberg – Die Geschichte mit dem blinden Gaul und andere kuriose Geschichten
 Kartonierte
 Nr. P A1119 16,80 €

Geistreiche und kurzweilige Geschichten entführen uns in das Leben der Landbevölkerung und die Geschichte Ostpreußens. Ob auf Reisen mit der Schniefke-Bohn nach Königsberg oder mit der Hungerharke zur Aust, ob bei einer Begegnung mit Kant im Nebel oder Napoleon in seiner Kutsche – mit viel Hintergrundwissen humorvoll erzählt und gekonnt illustriert gibt Gerhard Bahr einen tiefgreifenden Einblick in eine fast schon vergessene „Provinz“ mit ihren landschaftlichen Eigenheiten, kulinarischen Köstlichkeiten und ihren unvergessenen Berühmtheiten. Eine Lesereise mit Tiefgang, die uns Geschichte aus dem Blickwinkel der einfachen Leute erleben lässt. Der Autor Gerhard Bahr wurde 1928 in Ostpreußen geboren.



Gerhard Bahr
Spurensuche in Ostpreußen
 Kartonierte
 396 Seiten
 Nr. P A1121 19,80 €

Auf den Spuren der Bewohner Ostpreußens führt uns der Autor durch die vielgestaltige Geschichte dieser fast vergessenen Landschaft. In frühen Zeiten durch Kriege und Pest von seinen Ureinwohnern stark entvölkert, haben Einwanderer aus ganz Europa im Laufe der Jahrhunderte Orte und Kultur geprägt. Wo Regierungen mannigfaltig wechselten, blieben für alle Zeiten die Errungenschaften der Menschen dieser Provinz, ihrer Literaten, Künstler, Wissenschaftler, geistlichen und adeligen Persönlichkeiten. Anekdotenhaft erzählt ein profunder Kenner des Landes Heiteres und Nachdenkliches, lässt uns alten Sagengestalten begegnen, auf Pferdemarkt schlendern, Könige besuchen, mit Fischersfrauen plaudern und den Wegen der Nachkommen Ostpreußens folgen. Der Autor Gerhard Bahr wurde 1928 in Ostpreußen geboren.

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:
RAUTENBERG Buchhandlung
 in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
 Beethovenstraße 5 B
 97080 Würzburg
 Telefon 09 31/ 46 58 89-12
 Telefax 09 31/ 46 58 89-29
 Email info@rautenberg-buch.de
 Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

MELDUNGEN

EU-Skeptiker legen kräftig zu

Brüssel – Das EU-skeptische Parteienbündnis „Europa der Nationen und der Freiheit“ (ENF) kann laut einer Umfrage des Instituts Insa im Auftrag der „Bild“-Zeitung mit deutlichen Zugewinnen bei den EU-Wahlen rechnen. Das ENF, dem unter anderem die italienische Lega und die FPÖ angehören, steigt demnach von 37 auf 67 Parlamentssitze. Verlierer sind die etablierten Parteien. H.H.

Linke vertrauen dem ORF

Wien – Dem österreichischen Staatssender ORF vertrauen die Österreicher umso mehr, je weiter links sie politisch stehen. Dies ergab eine Umfrage im Auftrag des ORF-Publikumsrates. Danach gaben Personen, die sich selbst als „links“ einschätzen, dem Sender deutlich bessere Noten als solche, die sich für „rechts“ halten. Von „Mitte links“ bis „Mitte rechts“ zeigt sich eine gleichmäßig abfallende Linie. H.H.

ZUR PERSON

Junge »Kubaner« gegen Merkel

Es gab Zeiten, da verstand sich die Junge Union als linkes Gegengewicht zur CDU-Mutter. Heute sind die Jungen konservativer als die Alten. Der Beweis war beim Deutschlandtag der Jungen Union in Berlin zu erleben: Dort wählten die Delegierten nicht einen mitteldeutschen Homosexuellen zum neuen Vorsitzenden, sondern den niedersächsischen Juristen und Spitzenkandidaten der Jugendorganisation für die Europawahl, **Tilman Kuban**.

Der aus Barsinghausen stammende 31-Jährige folgt auf Paul Ziemiak, der von der neuen CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer zum Generalsekretär berufen wurde. Ziemiak hatte sich zuvor für den Thüringer Stefan Gruhner als Nachfolger eingesetzt. Damit galt dieser als Kandidat des Merkel-freundlichen Establishments.

Kuban gilt als Merkel-Kritiker. Er hat in den Vorjahren auch nicht mit Kritik an der Immigrationspolitik gespart und forderte die konsequente Abschiebung ausländischer Straftäter oder abgelehnter Asylbewerber. Auf dem JU-Deutschlandtag punktete er bei seinen „Kubanern“, wie sich seine Anhänger nennen, mit Spottgesängen gegen Grüne, Jusos, Linke und deren Forderungen nach Schulrolexen für das „dritte bis 312. Geschlecht“.

Dass er sich außerdem ein Ministeramt für Friedrich Merz wünscht, war wohl auch ein Seitenhieb gegen Kramp-Karrenbauer, dessen erster Kritiker im Falle einer Kanzlerschaft von AKK er wohl sein dürfte. Als Jugendtrainer im Fußball und Schiedsrichter gibt sich Kuban sehr bodenständig.

Ansonsten verlief seine bisherige Karriere typisch für einen kommenden Berufspolitiker: Nach bestandem Jurastudium in Osnabrück und Referendariat beim Oberlandesgericht Celle ist er für die Unternehmerverbände Niedersachsen im Bereich Recht tätig und hat einen Sitz im Aufsichtsrat der Stadtwerke Barsinghausen. Auch dieser junge Rebell etabliert sich so langsam. H. Tews



Propheten und Genossen

Wie die Schülerdemos Pflicht werden, warum die Kommunisten auch mitmachen, und wie Hofreiter im Radio eingebrochen ist / Der satirische Wochenrückblick mit HANS HECKEL

N a also, die Not hat ein Ende: Die freitags demonstrierenden Schüler müssen immer weniger den Unterricht schwänzen, weil erste Schulen dazu übergegangen sind, die „Fridays for Future“-Kundgebungen zum offiziellen Schulausflug zu erklären. Damit ist die Teilnahme nicht nur legal, sie ist sogar Pflicht.

Wieso die Schüler demonstrieren, schreien sie laut und lustig heraus. Sie sind sauer. Weshalb? „Weil ihr uns die Zukunft klaut!“ Das schmerzt. Aber wer ist mit „ihr“ eigentlich gemeint? Die Regierung? Kann nicht sein, die Kanzlerin hat sich ja schon solidarisiert mit den Kindern, marschiert im Geiste also mit, „weil ihr uns die Zukunft klaut“. Unser Staatsoberhaupt, der Bundespräsident, war sogar schon persönlich bei einer Freitagsdemo.

Ja, auf wen sind die Schüler denn also sauer? Gar auf die gesamte ältere Generation? Kann auch nicht hinkommen, denn neuerdings traben selbst die „Grandmas for Future“, („Omies für die Zukunft“) brav mit bei den Schülern. „Älter“ als Omies kann eine Generation per definitionem nicht sein, wenn wir die Ur-Omies da einfach mal druntermischen.

Ihren Lehrern und Eltern sind die Kinder ebenfalls nicht böse, denn die kommen ja auch mit zur Demo und sind richtig stolz auf ihren Nachwuchs. Es muss sich um eine höhere, genauer gesagt, abgrundtiefe niedere Macht handeln, gegen die da demonstriert wird. Womöglich eine Macht, die nicht von dieser Welt ist?

Kathrin Göring-Eckardt weist uns den Weg zur Erleuchtung: Bei einer Kanzelrede in der evangelischen Salvatorkirche in Duisburg bezeichnete sie die Ikone der Bewegung, die 16-jährige Schwedin Greta Thunberg, als Prophetin und verglich das Mädel mit dem Propheten Amos, der schon im 8. Jahrhundert vor Christus ein Strafgericht Gottes vorhergesagt habe. Göring-Eckardt lobte dabei das „Wunder des Engagements“ der Schüler.

Freunde, was sind wir in Fahrt! Propheten! Wunder! Göttliche Strafgerichte! Hier direkt bei uns, wir dürfen alle zusehen, live und in Farbe, statt das immer nur in

heiligen Schriften oder dröhnenden Kinoschinken zu bewundern. Endlich passiert mal was, endlich wird's so richtig schön düster apokalyptisch. Und wer von den Schülern jetzt nicht hingeht, wo die Aufläufe zum Schulausflug erklärt wurden, der schwänzt den Sekten-Sabbat und muss hart bestraft werden.

Mit dabei sind jetzt auch die irdischen Menschheits-Erlöser von der dunkelroten Front. Der Jugendverband der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) namens „Rebell“ und die Jugendgruppe der Linkspartei haben sich in Frankfurt am Main an die Spitze der wundersamen Bewegung gesetzt und finden für ihre Forderungen bei den Kindern laut Augenzeugen großen Anklang.

Die Botschaft der Genossen war zu erwarten: Der Kapitalismus zerstört das Klima, nur der Sozialismus kann es retten. Ja, das „Klima“ ist im Sozialismus tatsächlich anders als unter den Bedingungen der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft, wie ich selbst bestätigen kann.

Bei meinem letzten längeren Besuch hinter der Mauer weilte ich im August 1989 rund zwei Wochen in Ost-Berlin. Nach oben schlossen die würzigen Dämpfe aus den Schornsteinen des VEB „Fortschritt“ den Himmel zuverlässig ab, damit von den wertvollen Gasen der Zweitakter nichts verloren ging. Der Himmel, welcher sich zu der Zeit über Hamburg in klimabedrohlichem Blau präsentierte, zeigte sich über Ost-Berlin in beruhigendem Pastell, immer so ein bisschen milchig.

Ich hätte dieses schöne Bild noch viel ausgiebiger genießen können, wären da nur nicht diese grässlichen Kopfschmerzen gewesen. Die kamen bestimmt von den Umtrieben der kapitalistischen Umweltvernichter im nahen West-Berlin.

Immerhin blieb mir ein klares Bild davon, wie es unserer Umwelt und dem „Klima“ ergehen dürfte, wenn wir deren Schutz in die fürsorglichen Hände der

Kommunisten legten. Passend dazu lernen die Schüler von heute ganz spielerisch, wie erfüllend es sein kann, von Lehrern und Funktionären zum Demonstrieren für die gute Sache auf die Straße geschickt zu werden, wo Eltern, Großeltern und Medien mit der richtigen Haltung ihnen zuzubeln.

Wobei wir die Umdeutung zum offiziellen Schulausflug nicht überbewerten wollen. Eigentlich war das gar nicht mehr nötig. Wozu soll man Kälber an die Leine nehmen, wenn sie freiwillig auf den Wagen springen?

„Regeln“ sind im neuen Deutschland längst reine Ansichtssache. Wer die Macht hat, braucht sich nicht mehr drum zu scheeren. Umso mehr bebede der deutsche Blätterwald vor Entgeisterung über die jüngsten Nachrichten aus Großbritannien.

Dort hat der Parlamentspräsident verboten, dass das Unterhaus noch einmal über den bereits abgelehnten Brexit-Antrag der Regierung abstimmt. Eine Regel, deren Ursprung im 17. Jahrhundert liegen soll und deren Endfassung angeblich von 1844 stammt, untersagte solche Mehrfachabstimmungen über ein und denselben Gegenstand. Besonders pikant: Der Parlamentspräsident gilt selbst als harter Brexit-Gegner, hat mit der Weisung also gegen seine eigenen politischen Interessen gehandelt, nur um die demokratischen Regeln einzuhalten.

Wir Deutsche fassen uns an den Kopf. Regeln? Na und? Von (verbotenen) Euro-Rettungsmaßnahmen über den (vertragsbrüchigen) Atomausstieg nach Fukushima und das Niedermähen unserer Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen seit 2015 bis zum Jubel der Staatsspitze über massenhaftes Schulschwänzen haben wir gezeigt: Regeln sind was für verknocherte Demokraten, die von „Rechtsstaat“ faseln und nicht begreifen wollen, dass es allein auf die richtige ideologische Linie ankommt, wenn's drauf ankommt. Regeln und Gesetze ersetzen wir

durch unseren festen Glauben an das Gute, an unsere Führer und Propheten und deren „Mission“, die uns zum Licht führt und uns womöglich gerade noch vorm klimatischen Gefegfeuer zu retten vermag. Wir wollen nicht der demokratisch-rechtsstaatlichen Ordnung nach vorgehen, wir wollen „in Panik geraten“, wie Prophetin Greta es uns befohlen hat.

Wie überaus lästig das Herumreiten auf Gesetzen bei der Erfüllung der „Mission“ werden kann, musste Göring-Eckardts grüner Parteifreund Anton Hofreiter im „Deutschlandfunk“ durchleiden. Ein ganz fieser Kollege stellte ihm da die simple Frage: „Herr Hofreiter, was bedeutet Schulpflicht?“ Der Befragte wollte sich hinter den Kindern verschanzen und antwortete: „Wer hier von Schulpflicht spricht, infantilisiert die jungen Menschen, möchte die jungen Menschen reduzieren.“

Da Hofreiter die Frage damit aber nicht beantwortet hatte, stellte sie der freche Interviewer drei Mal. Das Gestammel des Politikers wurde dabei von immer längeren „Ääh“-Lauten zerklüftet. Die Schüler hätten das doch „selbst“ entschieden, so Hofreiter.

„Selbst“? So, so! Nun langte der Rundfunkmann erbarmungslos hin und machte mit ruhiger Stimme den Sack zu. Voller Tücke fragte er Hofreiter, was er denn dazu sagen würde, wenn sich die Schüler „selbstständig“ dazu entschlossen, während der Schulzeit gegen Einwanderung oder gegen die EU zu demonstrieren. An der Stelle war die Unterhaltung zu Ende.

Ein überaus ärgerliches Gespräch. Offensichtlich war Hofreiter nicht darauf gefasst, dass ihm der Angestellte eines öffentlichen Senders dermaßen unartige Fragen stellt. Trotzdem hätte der Politiker die Attacke weitaus professioneller parieren können.

Angela Merkel hätte den Radioheini in Sachen Bruch des Gesetzes zur Schulpflicht ganz anders abgefertigt: „Wenn man nicht mal mehr Gesetze brechen darf, dann ist das nicht mein Land!“ Oder „Fridays for Future ist alternativlos!“ Oder auch einfach: „Scheitert Greta, scheitert die Welt!“

MEINUNGEN

Der früherer Neuköllner Bezirksbürgermeister **Heinz Buschkowsky (SPD)** geht in der „Bild“-Zeitung (15. März) auf Distanz zu den **Schülerdemos zum Klima** und deren prominente Unterstützer:

„Engagement nur in der Schulzeit – ist das nicht ein bisschen durchschaubar? Demonstrieren lässt sich's auch samstags und sonntags bestens ... Aber zur Besinnung wird wohl niemand kommen, wenn die Schüler für ihren lockeren Umgang mit Pflichten auch noch Lob von der Kanzlerin ernten. Und sogar der Bundespräsident sich bei den Schulschwänzern unterhakt und selbst mitmarschiert.“

Bruno Bandulet fordert in der „Jungen Freiheit“ (15. März) angesichts der immer gefährlicheren Rivalität zwischen den USA und der kommenden Weltmacht **China** eine geopolitische **Neuausrichtung des Westens**:

„Zusammen mit Russland, dem unentbehrlichen Rohstofflieferanten Chinas, würde Westeuropa mehr Gewicht auf die Waagschale bringen. Die Sanktionen gegen Russland blockieren dessen Entwicklung und damit einen lukrativen Absatzmarkt für die deutsche Wirtschaft – und sie treiben die Russen gegen ihren Willen in die Arme ihres übermächtigen Nachbarn (China).“

Hamed Abdel-Samad meint auf „Achtgut.de“ (17. März) über die Reaktion auf das Attentat in neuseeländischen **Christchurch**:

„Die, die nach einem islamistischen Terroranschlag immer betonen, dass der Terror keine Religion hat, haben nach dem Anschlag auf die Moschee in Neuseeland festgestellt, dass der Terror doch eine Rasse hat. Die gleichen Leute, die zu recht verlangen, Muslime nicht unter Generalverdacht zu stellen, reden nun ungehemmt vom ‚weißen Mann‘ als Kategorie.“

Harald Martenstein verzweifelt im „Tagesspiegel“ (18. März) am britischen Gerangel um den **EU-Austritt**:

„Die Briten möchten nicht in der EU bleiben, rausgehen aber wollen sie auch nicht. Es handelt sich hier um den ersten ernsthaften Versuch der Menschheitsgeschichte, ein physikalisches Gesetz mit Hilfe von Parlamentsabstimmungen abzuschaffen.“

Der frühere CDU-Politiker **Willy Wimmer** trauert der **alten Bundesrepublik** nach. Auf „FreieWelt.net“ (17. März) schreibt er:

„Der Zustand, in dem sich Deutschland befindet, ist eine Zumutung für diejenigen, die noch die Bonner Republik erlebt haben. Bei allen Problemen, die es damals gab, konnte man ebenso auf eine freie und ausgewogene Presselandschaft wie auf eine tragfähige rechtsstaatliche Ordnung zählen ... Der Unterschied zu heute? Landauf- und landab verkünden uns die Regierenden, dass man darum wisse, was das Beste für das Land und die Menschen sei. Dabei brauche man weder Rat noch Widerspruch. Wer in dieser neuen Welt nicht spürt, dem wird kein Platz in den Medien mit seinen Ansichten eingeräumt, dem wird das Bankkonto entzogen, er wird von Erichs Ex-Schergen gewinnungspolizeilich in die Mangel genommen.“